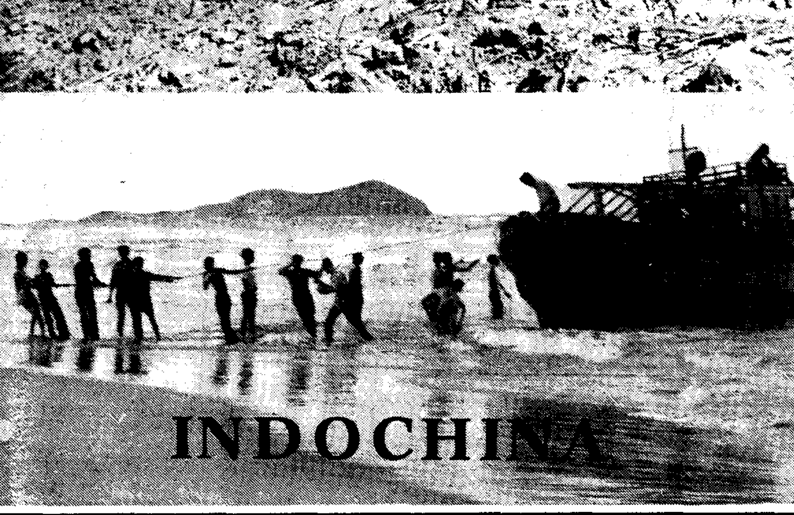
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w







NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Nr. 80 September 1979 DM 2.50

informationsdienst südliches afrika

wird herausgegeben von der Informationsstelle Südliches Afrika e.V. und der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und West-Berlin e.V. Er erscheint monatlich und bringt Nachrichten, Dokumente und ausführliche Analysen über die aktuellen Entwicklungen im Südlichen Afrika und die Beziehungen der BRD zu dieser Region.

Umfang monatlich 32 Seiten
Einzelpreis: DM 3.–
Abo incl. Porto: DM 30.–

Schwerpunktthemen Anfang 1979

Heft 1/2	1979	Südafrika – Iran: Versiegt der Ölstrom?
Heft 3	1979	Krügerrand
Heft 4	1979	Rassendiskriminierung am Arbeitsplatz
Heft 5	1979	Kinder in Südafrika
Heft 6	1979	Kultur und Widerstand



Der gesamte Jahrgang 1978 des Informationsdienstes ist übrigens im Rückabo zum Sonderpreis erhältlich. Statt für DM 30.- sind die 10 Hefte für nur DM 25.– erhältlich (zzgl. Porto).



ISSA publiziert und vertreibt außerdem umfangreiche andere Literatur zum Südlichen Afrika. Fordern Sie unsere Bücher- und Materialliste an, wenn Sie mehr darüber wissen wollen.

Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA)
Blücherstr. 14, 5300 BONN
Tel.: 02221/ 21 32 88



impressum blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74 003
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

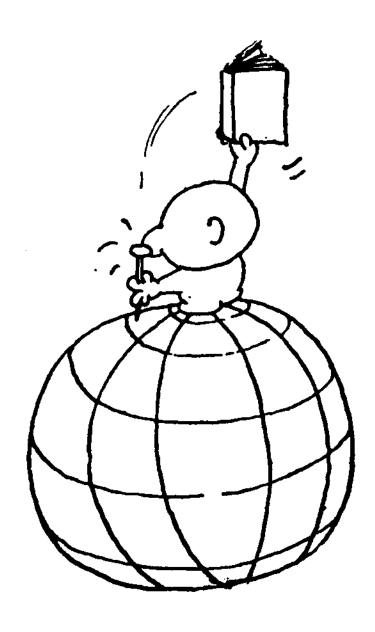
Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid , Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755;

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr.5 5204 Lohmar 1, Tel.: 02246 / 78 82

Druck: SOAK Hannover, Tel. 17618

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.



Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,- (für Rentner, Arbeitslose, Schuler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,-).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Turkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Sudpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,- bzw. 20,-

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Bolivien

Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie?

1977 kündigte der ehemalige Präsident des Militärregimes General Banzer Suarez Wahlen für 1978 an. Somit reihte sich Bolivien in die Gruppe lateinamerikanischer Militärdiktaturen ein, die unter dem Eindruck der internationalen Wirtschaftskrise einerseites und internem Druck andererseits den Prozess zur „Öffnung oder Rückkehr zur Demokratie" propagieren. Der Zeitpunkt für die Ankündigung einer „Redemokratisierung" war sicherlich nicht zufällig gewählt: hatten sich Jahre relativer wirtschaftlicher Prosperität, an der freilich nur eine verschwindend geringe Minderheit der Bevölkerung teilhatte, in durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes von 6,3% (1972 - 1976) niedergeschlagen, so betrug der Zuwachs 1977 nur noch 4,8%. Zur gleichen Zeit stieg die Auslandsverschuldung von 591 Mio. US $ 1971 auf 1486 Mio. US $ 1977, wobei gleichzeitig im selben Zeitraum die Rückzahlbedingungen von Seiten der Geldgeber (IWF - BID) verhärtet wurden. Der Bergbau, der 1977 ca. 70% des Gesamtexportes Boliviens erbrachte, befand sich in einer schwierigen Situation: ein veralteter Maschinenpark erforderte dringende Neuinvestitionen, während wegen des sinkendesn Zinngehaltes des Erzes die Rentabilität des Abbaus abnahm. Die Drohung der USA, ihre Reserven an Zinn auf den Weltmarkt zu werfen, beeinträchtigte außerdem jahrelang das Preisniveau auf dem Weltmarkt. Auf dem Erdölsektor war jahrelang aus Profitgründen eine Raubbaupolitik aus den überschätzten Reserven des Landes betrieben worden, um durch eine beschleunigte Förderung die Entschädigungszahlungen für die Verstaatlichung der „Gulf Oil" (1969) in sieben statt — wie vorerst vereinbart — in 20 Jahren abzuwickeln.

Bislang konnte sich Bolivien mit Rohöl selbst versorgen; ab 1980 wird Bolivien voraussichtlich Erdöl importieren müssen.

Die Masse der Bevölkerung in Bolivien hatte zu keiner Zeit Anteil an dem Erlös aus den reichhaltigen Rohstoffvorräten des Landes. Selbst nach der Nationalisierung der Bergwerke 1965 brachte Zuaso (heute auch wieder Kandidat) Bolivien wieder in starke Abhängigkeit vom Ausland, als er einen „Dreiecksplan" zur Gesundung der Minen abschloß. Die Regierungen der USA und Westdeutschlands und die Inderamerikanische Entwicklungsbank nahmen daran teil. „Er sah unter anderem die Verminderung der Anzahl der Minenarbeiter, die Einfrierung der Löhne, die totale Kontrolle über die Entwicklung der Gewerkschaften ... vor" (aus Moema Viezzer, aa. O. S.67)

Die mißliche Wirtschaftslage wirkt sich allerdings stark auf die Teile der Bevölkerung aus, die immer am Existenzminimum leben und verstärkt ihren Widerstand. Um außerdem Spannungen innerhalb der gespaltenen Streitkräfte zu mildern, wollte Banzer bei den Wahlen nicht teilnehmen. General Pereda Asbún sollte der „offizielle Präsidentschaftskandidat" sein.

Nachdem der General Perada Asbún in den 78iger Wahlen trotz massiver Manipulationen und Wahlbetrugs nicht die Mehrheit erringen konnte, übernahm er nach einem Staatsstreich die Macht. (21.7.1978) Er sollte sich erweisen, daß die Regierung Pereda Asbún keinerlei Aussichten auf politische Stabilität besaß: sie stieß auf die Ablehnung sämtlicher politischer Parteien und blieb selbst im Offizierskorps nicht unwidersprochen. Lediglich ein Teil der Agrarbourgeoirsie in Santa Cruz im Osten des Landes unterstützte ihn. Nachdem diese Regierung zunehmend handlungsunfähiger wurde, kam es am 24.11.78 zu einem erneuten Staatsstreich, diesmal unter der Führung des Generals Padilla Arancibia. Diese Regierung versprach erneute Wahlen für den 1.7.79. Zunächst zu Teilen der Linken fast euphorisch begrüßt, dämpfte sich dieser Optimismus gegenüber dieser neuen Militärregierung bald, nachdem der Rückzug der Militärs aus den Minengebieten kategorisch abgelehnt worden ist. Zudem wurden einige fortschrittliche Militärs zunehmend von ihren Posten verdrängt. Kurz vor den Wahlen kündigte Padilla an: Die Streitkräfte werden sich im August '79 von der Regierung zurückziehen, aber gegenüber der kommenden Regierung werden sie eine wachsame Haltung einnehmen," (EL DIA, Mexiko 22.2.79)
Ungeachtet dessen konzentrierte sich das politische Geschehen auf die Wahlen im Juli '79.

Die Kandidaten und politischen Parteien.

AMNR: Victor Paz Estenssoro war der Spitzenkandidat der AMNR (Allianz der nationalen revolutionären Bewegung). In dieser Wahlfront war neben der MNR (Nationale revolutionäre Bewegung) die Christdemokratische Partei (DC) vertreten. Deren Vizepräsidentschaftskandidat Ossio Sanjines vertritt vornehmlich die Interessen der Bergbaubourgeoisie, des städtischen industriellen Bürgertums, der Handelsbourgeoisie und der Zwischenhändler. Weiterhin wird dieses Wahlbündnis von einem Teil der Landarbeiter unterstützt, die in Paz Estenssoro noch den Revolutionär sehen, der ihnen 1953 in einer Agrarreform das Land gab. Des weiteren sind in dieser Front als kleinere Parteien die marxistisch - leninistische FRI (Frente Revol. d. izguirda), die PRA (Autentische revol. Partei) und die MNTK (Nationale Bewegung Tupak Katari) eine für indianische Gruppen eintretende Partei. Dieses Wahlbündnis will das kapitalistische System beibehalten, jedoch in einem „demokratischen Rechtsstaat" nur den „großen nationalen Problemen" entgegentreten zu können. (Aus der pol. Plattform des AMNR) Unterstützt von der Carter - Regierung und den christdemokratischen Parteien Europas führten sie den wohl teuersten Wahlkampf in Bolivien durch.

UDP: (Demokratische Volkspartei) Diese, der Sozialdemokratie nahestehende Wahlfront stellte als Spitzenkandidaten Hernan Zuaso von der MNRI (Linke Nationalistische Rev. Bewegung) auf. Kandidat für die Vizepräsidentschaft war Jaime Paz Zamoro von der MIR (Bewegung der revol. Linken einer Abspaltung der CD). Des weiteren befinden sich in dieser Front die PCB (kommunistische Partei Boliviens) und ein Teil der trotzkistischen POR (Partido obrero Revolucionario). Dieses Wahlbündnis fand die Unterstützung der Minenarbeiter, Landarbeiter, des verarmten Kleinbürgertums und der Studenten.

Dieses Wahlbündnis erhoffte mittels einer Öffnung zur Demokratie, mittels Wahlen, sich einen Freiheitsbereich zu schaffen, um so nach und nach auf dem parlamentarischen Weg soziale Reformen durchzuführen, die dem „Bolivianischen Volk ein menschenwürdigeres Dasein mit Fortschritt und Sicherheit" ermöglichen sollte. Insgesamt erinnerte der gesamte Wahlkampf und die politische Basisarbeit an die UP (Unidad Popular) Allendes bei seinem Wahlkampf 1970 in Chile.

PS 1: Die sozialistische Partei Nr.1 mit dem Spitzenkandidaten M. Quiroga Sta Cruz, einem Intellektuellen aus Cochabamba. Nachdem diese im März '79 aus der sozialistischen Partei ausgestoßene Partei vergeblich versucht hatte, mit der FRI und der UPD ein Linksbündnis zu bilden, ging sie alleine in die Wahlen. Nach eigenen Worten vertritt sie Landarbeiter und Arbeiter, die sich für die jetzige Konjunktur eine soziallistische Alternative ohne Bündnis mit anderen Klassen wünschen.

ADN: (Accion democratica National: Demokratische nationale Aktion) Diese Partei wurde von Ex - Diktator Banzer gegründet, um die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten, die am engsten mit dem internationalen Kapital verbunden ist, z.B. die Bergbauunternehmen, die Import- Exportgesellschaften und die agroindustrielle Bourgeoisie im Osten Boliviens. Diese reaktionärsten Teile des Bürgertums, sowie fa-

schistische Gruppen der Armee und Grundstücks- und Wohnungsspekulanten sind Träger dieser Bewegung. Durch eine massive Wahlpropaganda, in der er vor der „Machtübernahme des marxistisch - atheistischen Schreckgespenstes" warnte und für die „Erhaltung der christlichen Familie als Grundstock der freien Gesellschaft" plädierte, konnte er einen Teil der Desorientirten, vom politischen Leben ferngehaltenen Landbevölkerung für sich gewinnen.

Andere Parteien waren die **VO** (Vanguardia Obrera), eine Abspaltung der trotzkistischen POR, die für „Arbeiterstaat und Sozialismus" eintrat, die **MITK** (Indianerbewegung Tupaj Katari) die sich auf eine Rückkehr des Inkareiches berief, die **PUB** (Partei der Bolivianischen Einheit), die **FSB** (Bolivianische sozialistische Falange) eine faschisitsche Partei nach den Richtlinien der NSDAP und die **APIN**, eine weitere rechtsextremistische Partei.

Zur Wahlenthaltung riefen Teile der POR (POR/MASA) und vom Wahlbündnis der FRI abgesprungene Marxisten auf, die in diesen Wahlen einen „weiteren Betrug des Imperialismus und der mit ihm verbündeten Bourgeoisie Boliviens sahen.

Zu den Wahlergebnissen

An den Wahlen hat 88,57% der wahlberechtigten Bevölkerung teilgenommen. Um 0.30 Uhr des 2. Juli '79 begann ein wahrer „Auszählungskrieg" in den verschiedenen Radiosendern mit dem Ziel, per angeblich vorliegender Wahlergebnisse — die je nach politischer Interessenslage der Sender unterschiedlich waren — die öffentliche Meinung zu manipulieren. Dieses Durcheinander von Radiomeldungen, Presseverlautbarungen, und „offiziellen" Meldungen erstreckte sich über die nächsten Tage und Wochen. Zudem wurden Drohungen von verschiedenen, der AMNR naheliegenden Kreisen ausgestoßen, daß es einen Bügerkrieg geben würde, falls die Regierung nicht die Macht an V. Paz Estenssoro übergebe.

Nachdem das Wahlgericht nachträglich mehrere „Korrekturen" vorgenommen hatte, (so wurden unter verschiedenen Vorwänden 168000 Stimmen annuliert) wurde Anfang August ein Wahlergebnis bekanntgegeben, bei dem der anfängliche Vorsprung der UDP von mindsestens 5% gegenübre der AMNR bis auf 1500 Stimmen zurechtfrisiert worden war. Nach einem schwer durchschaubaren, nach Departementsverteilung gestaffelten Proporzsystem hatte Paz Estenssoro im Kongress 64 Mandate gegenüber 46 Mandaten von Siles Zuaso. Zur absoluten Mehrheit fehlten der AMNR jedoch 9 Mandate.

Wahlergebnisse:

VO	**16560**
PUB	**18979**
AMNR	**527184**
ADN	**218587**
UDP	**528696**
MITKA	**28344**
APIN	**60262**
PS 1	**70762**
Enthaltungen	**54896**
Ungültige	**168000**

Informationen aus: EL DIA, Mexiko, Presencia Bolivien, Conyuntura Bolivien, Informationszentrum Bolivien, Belgien.

Nach Bekanntwerden der offiziellen Wahlergebnisse hatte der Gewerkschaftsverband COB zu einem 24 stündigen Generalstreik für den 2.8.79 aufgerufen, um gegen die Manipulation der Wahlergebnisse zu demonstrieren. Siles Zuazo trat in einen Hungerstreik und erklärte, „daß die Bolivianische Militärregierung Peredas in Komplizenschaft mit dem Nationalen Gerichtshof die Wahlen zu gunsten der AMNR Paz Estenssoros manipuliert habe."

Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte (Siles 46, Paz 64, Banzer 21) sollte der Kongress den Präsidenten wählen. Nach 7 Wahlgängen in der Nacht vom 4. zum 5. August stand 24 Stunden vor der geplanten Machtübergabe noch kein Sieger fest. Beide führenden Koalitionen unterstützten ihren Mandanten. Banzer enthielt sich mit seinen 21 Stimmen, nachdem ein Bündnis mit der AMNR gescheitert war.

Vor der Alternative eines neuen Putsches einigten sich schließlich UDP und AMNR auf einen Kompromiß. Der Senatspräsident Walter Guevara Arce wurde zum Interimspräsidenten bis zu erneuten Wahlen in einem Jahr gewählt. Da Guevara Arce Kandidat der PRA war, die selbst in der Wahlkoalition der AMNR beteiligt war, erscheint es zweifelhaft, daß die kommenden Wahlen einen anderen Sieger als den Kandidaten des „Offizialismus" V. Paz Estenssoro ergeben werde.

Chile

Hungerstreik

Am Montag, den 3. September haben 75 Familienangehörige von verschwundenen Gefangenen in Santiago de Chile einen Hungerstreik begonnen. Unter ihnen befinden sich 15 Kinder. Die Hungerstreikenden haben sich verteilt auf sechs Kirchen und die Dänische Botschaft. Mit diesem Hungerstreik wollen sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen:

1. Aufklärung des Schicksls der Verschwundenen
2. Die in dem Massengrab von Lonquén exhuminierten Leichnahme sollen den Familien zur Bestattung übergeben werden
3. Die verantwortlichen für die Entführung der verschwundenen Gefangenen sollen zur Rechenschaft gezogen werden. Vor allen Dingen der Polizeioffizier, der für die Morde in Lonquén verantwortlich ist und als solcher bereits identifiziert werden konnte. (Siehe Rundbrief und Materialien!)

Am 4. September haben 3 chilenische Flüchtlinge in Bonn sich dem Hungerstreik ihrer Landsleute in Santiago angeschlossen. Ebenso in Paris und Rom sind aus Solidarität Hungerstreiks begonnen worden. Es ist damit zu rechnen, daß sich der Streik auf weitere Städte Europas ausdehnt.

Am Abend des 4. September hat in Santiago eine Massendemonstration stattgefunden, zu der die Kirche und die Gewerkschaften aufgerufen hatten. Ihre Hauptforderung lautete:

„Rückkehr zur Demokratie"

Zu Tode gefoltert

Am 15. August wurde in der Nähe von Santiago der Lehrer Federico Alvarez von der Geheimpolizei CNI (EX - DINA) verhaftet. Fünf Tage später starb er im Krankenhaus an den Folgen barbarischer Folterungen. Sein Körper trug deutlich sichtbar die Spuren der Folter.

Bitte schreiben Sie Briefe an den Präsidenten des Obersten Gerichtshofen in Chile, und fragen Sie nach den Ursachen des Todes von Alvarez:

Dr. Israel Borquez Montero
Presidente de la Corte Suprema
Corte Suprema
Plaza Montt Varas
Santiago de Chile

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an die chilenische Botschaft in Bonn: Kronprinzenstr. 16, 53 Bonn 2.

Repression in Chile nimmt zu

Seit Juni hat das chilenische Regime stärkere Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung durchgeführt. Dieses geschah z.T. in aller Öffentlichkeit. So hat es Fälle von Erschießungen durch die CNI auf offener Straße gegeben. Anschließend wurde dann offiziell von angeblichen Bombenexplosionen gesprochen. Ein Beispiel hierfür ist der Tod des 70jährigen Sozialistenführers aus La Serena. Die CNI behauptete, er habe eine Bombe in seinem Haus gehabt. Deshalb sei er gestorben.

Am Sonntag, dem 5. August, umstellte die CNI ein Haus in Arrayantal und eröffnete dann sofort das Feuer. Ein Mann im Haus wurde getötet; eine 23jährige Frau, Ana Pelaililio, wurde verletzt und dann zusammen mit dem Journalisten Oscar Fredes verhaftet.

Anfang August hat es ausgedehnte Polizeiaktionen im Raum von Valdivia und Arica gegeben. In Arica wurden 50 Personen zusammengetrieben; anschließend wurden 13 Personen festgenommen.

Die Verhafteten werden fast ausnahmslos während der ersten Tage ihrer Haft in geheimen Lagern festgehalten. Amnesty international erhält laufend glaubhafte Zeugenaussagen über Fälle von Elektrofolter an Gefangenen.

Offizieller Empfang des chilenischen Außenministers bei Genscher am 17. September!

Während die chilenische Regierung fortfährt mit Folter und Mord, empfängt der deutsche Außenminister und Vizekanzler seinen Kollegen aus Chile in Bonn, Es ist der erste Besuch eines hohen Regierungsmitglieds aus Chile in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Putsch.

Multinationale Gesellschaften — darunter viele deutsche wie Siemens, BASF, Hoechst und Krupp — investieren in Chile u.a. mit der Begründung, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Tatsache ist, daß viele Arbeitslose auch in Chile wegrationalisiert werden. Die Arbeitslosigkeit wird offiziell mit 14% angegeben, ist aber in Wirklichkeit viel höher: Mindestens 30% der Landarbeiter sind arbeitslos: 15000 Menschen haben seit 1974 allein bei der Eisenbahn ihre Arbeit verloren.

Das Geld, das durch Investitionen großer Firmen wie deutscher und europäischer Banken nach Chile fließt, wird zu einem großen Teil dazu benutzt, Pinochet's Armee und seine Geheimpolizei zu bezahlen und um Waffen zu kaufen, Im Budget des Regimes für 1979 sind 82.061.000 US$ für Verteidigungszwecke, hingegen nur 7.255.000 US$ für das Gesundheitswesen und 2.955.000 US$ für das Erziehungswesen vorgesehen.

Die Bundesrepublik Deutschland war immer ein wichtiger Handelspartner Chiles. Aber diese Art von Hadelsbeziehungen hat den chilenischen Arbeitern in den vergangenen Jahren überhaupt nicht geholfen. Im Gegenteil, ihre wirtschaftliche Lage hat sich ständig verschlechtert.

Westdeutsche Gewerkschafter für Chile

„Es handelt sich bei der Junta nicht nur um ein Militärregime, sondern um ein echt faschistisches Regime, das alles daran setzt, die Gewerkschaften kaputt zu machen." Das erklärte ein Mitglied der DGB - Delegation im November 1978 nach der Rückkehr aus Chile.

Der DGB hat sich seit dem Putsch immer auf die Seite der chilenischen Arbeiter gestellt.

Die Hans - Böckler - Stiftung des DGB hat die Gewerkschaften in Chile sowohl ideell als auch materiell unterstützt. Sie hat auch vielen Gewerkschaftern geholfen, die gezwungen waren, aus Chile zu flüchten und im Exil zu leben.

In der ganzen Bundesrepublik Deutschland gibt es seit dem Putsch örtliche Gruppen von Gewerkschaften, die für Chile arbeiten.

Finanzielle Unterstützung für das chilenische Volk ist nicht nur offiziell vom DGB, sondern auch von örtlichen Gewerkschaftsgruppen geleistet worden. Auch Kinderspeisungsstätten und Werkstätten erhalten finanzielle Hilfen z.B. durch eine Gruppe von Lehrern aus der GEW.

In Hamburg und Bremen haben Gewerkschafter einen Boykott von chilenischen Waren organisiert, um gegen die Wirtschaftspolitik des Militärregimes zu protestieren. (Nach einem Extrablatt der Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen, Bonn)

Informationen und Vorschläge für Aktionsmöglichkeiten:

- *Aktionen zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile, Heerstr. 178, 53 Bonn*
- *CHILE -Brot und ein Schluck Milch sind Siege*
  Broschüre zur Ausstellung von Stoffbildern einer chilenischen Frauengruppe, mit Aktionsvorschlägen, Informationen über Selbsthilfeprojekte und gewerkschaftlichen Widerstand (2,50 DM, Bezug über: Aktion Dritte Welt, Postf. 5328, 78 Freiburg)
- *AUSSTELLUNG: Stoffbilder einer chilenischen Frauengruppe. Anfragen wegen Entleihmöglichkeiten an die*
  Chile Initiativgruppe Freiburger Gewerkschafter. c/o R. Schlegel, Breisgauerstr. 9, 7800 Freiburg i.Br., Tel. 0761/8 24 13.

Peru

Die blutige Unterdrückung des Lehrerstreiks — und die Antwort des Volkes

Die peruanischen Lehrer sind seit drei Monaten im Streik!

— Als Horacio Zeballos Gámez, Führer der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP (Sindicato Unico de Trabajadores en el Education del Peru) am 18. Juni eine Protestversammlung verließ, wurde er von der Geheimpolizei verhaftet. Für Zeballos, der an Lymphdrüsenkrebs und Diabetes leidet, kann dies aufgrund des Fehlens jeglicher medizinischer Versorgung und Folterung den Tod bedeuten (AI 19.7. / NZZ 11.7.)

— Am 19. Juli, an dem in ganz peru ein Generalstreik, zur Unterstützung der SUTEP stattfand, starben durch Polizeikugeln der 17jährige Schüler Johnny Penaranda Sansibar, der Arbeiter José Pérez Lopez, der Universitätslehrer Santiago Blas Flores. (Amauta, Peru, 7.8.)

Trotz brutaler Repression, - Folterungen, - Ermordungen, - Verhaftungen von mehr als 2000 Lehrern, - Entlassungen von ca. 5000 Lehrern, - Verteufelungskampagnen, in den von den Militärs kontrollierten Medien, - Aufhebung der Grundrechte, - Besetzung der Büros der SUTEP und linken Parteien, der Streik der Lehrer geht weiter!

Die Stärke der Repression, die Breite der Unterstützung durch die Bevölkerung und andere Gewerkschaftsverbände und die große internationale Resonanz (fast jede Woche finden sich Berichte über den Streik in europäischen Zeitungen z.B. NZZ, Le Monde, Guardin, SZ, TAZ, usw.) zeigen, daß die Bedeutung dieses nunmehr dreimonatigen Streiks weit über einen nur ökonomischen Streik, mehr Lohn, hinausgeht. Dieser Streik fordert das politische System Perus heraus. Er kann zu ökonomischen und politischen Zündschnur werden. Er stellt möglicherweise einen der Striche durch die Rechnung der abgewirtschafteten Militärs dar, die Macht der militärischen Diener des Weltwährungsfonds an die rechten, zivilen Diener des Währungsfonds, d.h. den rechten Parteien, (APRA, hat rechte und sozialdemokratische Flügel und Christdemokraten) zu übergeben. Warum?



— Am Mittwoch, den 27. Juni marschierten in der peruanischen Stadt Pucallpa Hunderte von Lehrern friedlich zum Schulamt, um den Zuständigen ihre Forderungen nach ausreichender Lohnerhöhung, Wiedereinstellung aller entlassenen Lehrer, Freilassung aller Verhafteten und Anerkennung ihrer Gewerkschaft vorzutragen. Plötzlich stand der Zug einer Einheit „Sinchis" gegenüber, einer Spezialeinheit der Guardia Civil, die dem „antisubversivem Krieg" dient. Sie griffen den Zug sofort mit Tränengas und Schrotgeschossen an. Viele Lehrer wurden verletzt, mehrere verloren das Augenlicht.

Die Bevölkerung von Pucallpa, die, wie in ganz Peru, den Streik der SUTEP breit unterstützt, antwortete auf dieses Massaker am 2. Juli mit einem Generalstreik.

Peru befindet sich seit Jahren in einer sehr schwierigen ökonomischen und politischen Situation!

Infolge der Mißwirtschaft der Militärs (z.B. der ständigen Ausdehnung parasitärer Sektoren der Wirtschaft: z.B. Militärausgaben s. Kasten) und der weltweiten Wirtschaftskrise (z.B. Rezession 74 - 75) des Kapitalismus, die die halbkolonialen Länder wesentlich stärker traf und trifft als die kapitalistischen Zentren, sah sich das Militärregime von General Morales Bermudez einem Schuldenberg von 8 Mrd. $ gegenüber (TAZ 20.7.). Um den totalen Zusammenbruch der Wirtschaft mit Hilfe von ausländischen Krediten zu verhindern, sah sich das Regime gezwungen, der vom Internationalen Währungsfond (IWF) „empfohlenen" Politik zu folgen, d.h. einer Politik, mit der die Kapitalisten über die Krise hinweg kommen (TAZ 26.6. / FR 16.7. / Guardian 25.7.).

„Austeritätspolitik" war das Zaubermittel, mit dem, wie in Zaire, Türkei, Portugal, Chile, Argentinien, Sudan, usw. die Kassen gefüllt werden sollten und die Mägen der Bevölkerung geleert wurden.

Diese Sparpolitik azf Kosten des Volkes beinhaltet eine dauernde **Anhebung der Preise**: der Verbraucherpreisindex stieg in Peru von 100 (1975) auf 417 (Juni 1979) (Marka, Peru, 7.6.).

Am 1. Juli stiegen die Preise für Brot, Zucker, Reis und Benzin um durchschnittlich 34% (Guardian 25.7.). Gesamtinflationsrate 1978: 57% (SZ 14.9.) bei gleichzeitiger **Beschränkung der Lohnerhöhung**: Zwar ist im Zeitraum von '75 - '79 das Nominaleinkommen z.B. der Lehrer um 14% gestiegen, aber im gleichen Zeitraum haben sich die Lebenshaltungskosten um 317% erhöht, d.h. das Realeinkommen hat sich immens verringert (TAZ 20.7.). Mehr als die Hälfte der Arbeiter verdienen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn, 95DM im Monat. Die Lehrer stellen hierbei keineswegs eine privilegierte Schicht der Lohnabhängigen dar.

Ein anders Element dieser Sparpolitik stellt die **Entlassung von Arbeitern** sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich dar: So wurden 30000 Staatsangestellte (meist Linke) entlassen, nur noch 38% der erwerbsfähigen Bevölkerung haben einen vollen Arbeitsplatz!

Ein weiteres Mittel stellt die Kürzung von Investitionen dar, die auf kurze Sicht unrentabel sind, d.h. weniger Ausgabn für Krankenhäuser, Schulen, Sozialhilfe, usw..

Insgesamt gesehen zielt diese IWF - Politik auf die Etablierung einer ultraliberalen Wirtschaftspolitik ab, die ausländischen Kapitalisten die optimale Einflußnahme und das optimale Eindringen in die peruanische Wirtschaft erlaubt. (siehe Artikel zu Nestlé - Peru)

Jedoch: Der Gewinn der Einen bedeutet das Leiden der Anderen:

Mehrere hunderttausend Bewohner der Elendsviertel von Lima sind gezwungen, sich regelmäßig von Hühnerfutter zu „ernähren", welches von multinationalen Konzernen gewinnträchtig produziert wird (FR 16.7.).

Diese Austeritätspolitik zeitigt in der letzten Zeit zwar Erfolge: Die Verschuldung konnte etwas abgebaut werden, die Zahlungsbilanz hat sich erholt (FR 17.6. / NZZ 23.5.), aber das Volk nagt am Hungertuch.

Manuel Morayra, Präsident der peruanischen Zentralbank äußerte hierzu: „Die Austeritätspolitik kostet ungefähr 500000 tote Kinder" (Spiegel 3.9.). Von 1000 Kindern sterben derzeit 109 bevor sie gehen lernen. (Spiegel 3.9.)

Früchte der internationalen kapitalistischen Wirtschaftspolitik oder wie E. Galeano in seinem Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas" schreibt: „Die internationale Arbeitsteilung besteht darin, daß einige Länder sich im Gewinnen und andere sich im Verlieren spezialisieren ... Lateinamerika war frühentwickelt: Schon seit fernen Zeiten spezialisierte es sich im Verlieren."

Indes ist in Peru in den letzten Jahren die Massenbewegung als Antwort auf diese Politik stark angewachsen und zeigt eine zunehmende Militanz.

Das peruanische Volk verfügt über eine lange Tradition von Volkskämpfen. Speziell in den frühen fünfziger und sechziger Jahren gab es eine Vielzahl von Kämpfen, z.B. zwischen Campesinos und Großgrundbesitzern.

Zu einer weitgehenden Demobilisierung kam es 1968, als die Militärs unter General Velasco an die Macht kamen und mit ihrem „Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus das Volk lange Zeit über den wahren Charakter dieses Regimes täuschen konnten. Die Entwicklung der letzten Jahre machte deutlich, daß die Militärherrschaft nur eine der Varianten, mit denen möglicherweise systemsprengende Massenbewegungen kanalisiert bzw. falls dies nicht möglich ist, unterdrückt werden können (vgl. Chile, Argentinien), ist.
Nachdem alle legalen Wege von der SUTEP versucht worden waren, die Einlösung zu erreichen, traten die Lehrer am 4. Juni '79 in den unbefristeten Streik.

Die SUTEP forterte u.a. ihre Anerkennung als legitime Vertreterin der Lehrer, die Achtung der verfassungsmäßigen Grundrechtte auf Streik- Meinungs- und Versammungsfreiheit, weiter eine 100%ige Gehaltserhöhung und verbesserte Sozialleistungen.

Würde die Gehaltserhöhung von der Regierung bewilligt, bedeutete dies, daß das Einkommen der Lehrer immer noch unterhalb der als Existenzminimum betrachteten Summe liegen würde (TAZ 20.7.).

Ein wichtiges Ziel stellt auch die Wiedereinstellung der mehr als 5000 aus politischen Gründen entlassenen Lehrer dar, sowie die Freilassung der mehr als 2000 verhafteten Lehrer. Fast alle Führer der SUTEP sind seit Januar verhaftet worden (Guardin 25.7. / TAZ 28.7. /Neue 17.8.).

1968 — 28% d. Staatshaushaltes für die Streitkräfte	31,9% d. Staatshaushaltes für das Erziehungswesen
1978 — 35% d. Staatshaushaltes für die Streitkräfte	14,0% d. Staatshaushaltes für das Erziehungswesen

Der Streik geht weiter und radikalisiert sich:
- Der Streik hat sich auf 95% aller Lehrer ausgedehnt.
- Ein Großteil der Schüler hat sich solidarisiert (ist ja klar!) (Neue 17.8.)
- Die Elternschaft unterstützt breit den Streik.
- Die Universitätslehrer und 10000 Universitätsangestellte streiken seit einem Monat (Guardian 25.7.). 26 von 27 Unis sind geschlossen.
- Überall im Land finden Unterstützungsstreiks statt (z.B. Bankangstellte und Minenarbeiter). In Cuzco, Arequipa und Pucallpa fanden Generalstreiks statt (Guardian 25.7. / Neue 21.8. / SZ 12.7.).
- Mehrere Botschaften wurden friedlich besetzt (NZZ / SZ / FR 28.7.)
- Mehrere Führer und Mitglieder der konstituierenden Versammlung der beiden linken Wahlblocks UDP (demokratische Volksunion) und FOCEP (Arbeiter, Bauern, Studenten - Front) u.a. Barrantés Lingán und der sehr bekannte Trotzist Huge Blanco führen einen Hungerstreik zur Unterstützung der Lehrer durch.
- Am 19. Juli 1979 fand im ganzen Land der anfangs erwähnte Generalstreik, u.a. zur Unterstützung der SUTEP statt. der das ganze Land total lähmte. (Le Monde 21. 7. u.a.).

Folgende statistische Daten zeigen auf, daß die soziale Zusammensetzung der Lehrer in etwa der der peruanischen Bevölkerung entspricht:

8% der Lehrer sind Kinder von Landarbeitern
16% der Lehrer sind Kinder von Arbeitern
20% der Lehrer sind Kinder von Angestellten ohne Ausbildung
19% der Lehrer sind Kinder von Kleinhändlern
9% der Lehrer sind Kinder von Angestellten mit Ausbildung
7% der Lehrer sind Kinder von Akademikern
10% der Lehrer sind Kinder von Bauern und Landbesitzern

57% der Lehrer sind Frauen
40% der Lehrer sind zwischen 25 und 34 Jahre alt

Zwischen der Lage des Lehrers und der Lage des Volkes bestehen kaum Unterschiede: beide sind unterdrückt und unterbezahlt. Die peruanische Krise trifft die Lehrer ebenso hart wie die anderen Teile des Volkes.

Diese Radikalisierung und Politisierun stellt für die Militärs zunehmend eine Gefahr dar, vor allem was ihren Übergabeplan betrifft: Bei den, wie üblich, manipulierten Wahlen zur konstituierenden Versammlung im Juli 1978, die die Aufgabe hatte, eine neue Verfassung auszuarbeiten und die Wahlen 1980 vorzubereiten, konnten die rechten Parteien APRA und Christdemokraten noch eine Stimme erringen. (Mitglieder linker Parteien, die in den Wahllokalen die Wahl mitkontrollieren sollten, sowie führende Kandidaten der Linken wurden kurzfristig vor der Wahl verhaftet und danach wieder freigelassen.)

Die Linke Perus, die bislang stark zersplittert war (es gibt in Peru über 50 linke Parteien), sieht sich durch den Druck der Basis stark zu einer Vereinheitlichung gezwungen.

Das erste Resultat dieser Vereinheitlichung waren 1977 die Bildung zweier Wahlblocks, der UDP (grob als maoistisch - orientiert zu kennzeichnen) und der FOCEP (trotzkistisch), in denen sich die Mehrheit der revolutionären Parteien zusammengeschlossen hat.

Am 7.7.79 gaben diese beiden Blöcke zusammen mit anderen linken Parteien, z.B. der KP - mayoria, der linken Abspaltung der KP Perus, eine gemeinsame Erklärung heraus. Sie zielt auf die Bildung einer gemeinsamen Front ab, die der besseren Koordination und Zentralisierung der Kämpfe dienen soll.

Damit aber stehen für die Linke die Chancen nicht schlecht, die Wahlen 1980 zu gewinnen, insbesondere nach dem Tod von Haya de la Torre, dem Führer der APRA, der aufgrund des Ansehens, das er bei großen Teilen des Volkes besaß — de la Torre war in den 30iger Jahren der führende Kopf im antiimperialistischen Kampf — als einziger in der Lage war, die verschiedenen Flügel der APRA zusammen zu halten. Dem Image Haya de la Torres wird auch der Wahlsieg der APRA zur konstituierenden Versammlung zugeschrieben.

Eine wesentliche Rolle in diesem Zusammenhang spielt auch das Verhalten der APRA gegenüber den Streiks der letzten Jahre. Sie war ständig bemüht, die Streiks zu brechen und zu diffamieren, ohne eine Antwort auf das Elend der Bevölkerung geben zu können. Diese arbeiterfeindliche Politik dürfte die Chancen, den Wahlsieg wiederholen zu können, stark verringern, wodurch aber eben der Plan der Militärs, die Regierungsgewalt an eine rechtsgerichtete zivile Regierung zu übergeben, gefährdet würde.

Dies und der Wille die Sparpolitik fortzuführen, macht es für die Militärs notwendig, Gewerkschaften und revolutionäre Organisationen noch stärker zu unterdrücken, um so eine weitere Ausdehnung der Streiks zu verhindern. Dies erklärt somit auch die harte Linie gegenüber dem Streik der SUTEP und zeigt die Wichtigkeit auf, die dieser Streik als beispielhafter Widerstand gegen das Regime und seine Politik für die Arbeiterklasse besitzt.

WICHTIGWICHTIGWICHTIGWICHTIG

Um den Streik fortführen und erfolgreich beenden zu können, braucht die SUTEP dringend Geld und internationale Unterstützung. Das insbesondere deshalb, da die peruanischen Gewerkschaften, im Gegensatz zu den deutschen, über keine Streikkasse verfügen und ein Streik für jedes Gewerkschaftsmitglied eine ungeheure finanzielle Belastung darstellt. Um trotzdem streiken zu können, werden deshalb in ganz Peru auf der Straße und in den Betrieben Bons zur Unterstützung der SUTEP verkauft. Diese Unterstützungsaktion wird auch im Ausland durchgeführt. So unterstützte z.B. die GEW den letztjährigen 81-tägigen Streik mit einem Verkauf von Bons in der BRD.

Spenden, mit denen z.B. Volksküchen finanziert werden, Familienangehörige von verhafteten Lehrern geholfen wird usw., sind auch für den nun über drei Monate dauernden Streik von großer Bedeutung.

Spenden an die SUTEP werden vom Informationszentrum 3. Welt direkt an eine Kontaktadresse der SUTEP in Lima weitergeleitet.

Konto: ADW Technische Hilfe Kto. Nr. 11500—750, PschA Karlsruhe, Stichwort: SUTEP

Fragt auch Eure Kollegen und Freunde!!



Die Bevölkerung organisiert Volksküchen

Die Politik der Perulac - Nestlé oder 45000 Liter täglich in den Fluß oder vor die Hunde

Täglich werden im Norden von Peru 45000 Liter Frischmilch in den Fluß geschüttet oder den streunenden Hunden gegeben.

Schuld an dieser Situation hat die **Perulac - Nestlé**, Tochtergesellschaft der hinreichend bekannten Firma Nestlé in der Schweiz. Sie nimmt nur 75000 Liter von 120000 Litern täglich ab, die ‚übrigen' 45000 gehen den Fluß abwärts. Sie ist exclusive und absolute Eignerin des Milchmarktes in Cajamarca im Norden Perus und kann sich ein solches Verhalten leisten.

Gebunden durch diesen Vertrag mit **Perulac - Nestlé** sehen sich die Milchlieferanten gezwungen, ihre Milchproduktion, die sie auf das Doppelte erhöhen könnten, so niedrig wie möglich zu halten. **Perulac - Nestlé** weigert sich, auch nur einen Liter mehr als im Vertrag vorgesehen abzunehmen, mit der scheinheiligen Begründung, ihre Kapazität müßte erst ausgebaut werden. Sie zieht es vor, Milchpulver zu importieren, um daraus Büchsenmilch wie ihr Zwilling **Gloria - Caracion** in Arequipa herzustellen, ein System, das übrigens außer in Peru und in Panama nirgends mehr auf der Welt existiert. **Nestlé** besitzt außerdem in Neuseeland Milchpulver - Fabriken, die die Hauptimportquelle für Peru darstellen.

Dieses Milchpulver verkauft nun **Nestlé** an die zentrale staatliche Handelsgesellschaft **Epchap**, die dieses drittklassige Produkt, durch staatliche Subventionen verbilligt, an die peruanische Tochter von **Nestlé** weiterverkauft.

Die Preisvorteile bei der Einfuhr von Milchpulver mit Hilfe der Militärregierung macht es für **Perulac - Nestlé** und **Gloria - Carnacion** wesentlich attraktiver und billiger, Milchpulver einzuführen, als Frischmilch des Landes zu verwerten. Auf diese Weise verschafft und schützt die peruanische Militärregierung die hohen Gewinne der Transnationalen. Zusehends ersetzt sie durch diese Politik die wertvolle Frischmilch durch Pulvermilch.

Von 1965 bis 1977 hat sich die Einfuhr von Milchpulver mehr als verdoppelt — von 225000 auf 577000 Tonnen. Aufgrund der ständigen Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln, die zum großen Teil Folge der Streichung der staatlichen Subventionen der Endverbrauchspreise sind, wurde Milch ausgesprochen zum Luxusartikel. Vom Nationalinstitut für Ernährung wird als Minimalverbrauch 120 Liter pro Person und Jahr empfohlen. Dagegen senkte sich der 1972 schon sehr niedrige Verbrauch von 52 litern pro Person und Jahr auf 12 Liter im Jahre 1979. In europäischen Ländern liegt der Konsum bei 365 Litern/Person/Jahr.

Ein Großteil der unterernährten peruanischen Familien kann sich keine Milch mehr kaufen.

Quelle: AMAUTA, Peru; Nr. 212, 21.6.'79

L.M., Peru

Mexiko:

Ölkatastrophe

Anfang Juli explodierte ein Bohrloch der staatlichen mexikanischen Ölgesellschaft (PEMEX) im Golf von Mexiko, etwa 80 km von der Küste entfernt. Die Meldungen über die täglich ausströmende Ölmenge — rund 4000 Tonnen — und die gescheiterten Versuche, das Bohrloch zu stopfen, sind schon zur Routine geworden. Diese Ölkatastrophe — nach Zeitungsmeldungen „eine der größten in der Welt" (z.B. FR 30.8.) (welche war die größte?) — hat gravierende Folgen, die zu bedenken geben.

1. Es fließen täglich riesige Mengen Öl ins Wasser — zu einer Zeit angeblicher Ölknappheit. Sollten die Entlastungsbohrungen bis Oktober fertig sein, so sind bis dahin rund 400000 Tonnen Petroleum ins Meer geflossen oder anders ausgedrückt: soviel wie 50000 deutsche Einfamilienhäuser in einem Jahr Heizöl gebrauchen (ZEIT. 10.8.). Finanziell ist dies — samt Reparaturen — sicher zu verkraften, für ein Land, das (bzw. dessen Führungselite) angesichts der erst jüngst endeckten unermesslichen Erdölvorräte in einem Ölrausch lebt.

2. Viel folgenschwerer sind die Konsequenzen für die Umwelt: für Flora und Fauna, für Wasser und Strände. Das Öl verbreitet sich gegen die Küsteen von Texas und Florida zu, die Bucht von Campeche ist schon verseucht. Diese Küstenregionen sind fischreiche Gebiete, wo Fisch- und Krabbenfang eine sehr wichtige Einkommensquelle für die Küstenbewohner bedeuten. Dies wird aber nicht mehr möglich sein.

   Die Schäden für Flora und Fauna sind kaum vorstellbar: es dauert Jahrzehnte, bis ölverseuchte Gebiete und Gewässer sich regeneriert haben. Außerdem kann der Genuß von ölverseuchten Meerestieren bei Menschen Krebserkrankungen hervorrufen (NNZ 4.7.).

   Auch wird die Karibik nicht mehr Touristen anziehen, so daß sich die Tourismusindustrie auf ihren Untergang einstellen muß.

3. Die Ausmaße der Ölkatastrophe wird von den zuständigen Verantwortichen verharmlost. die PEMEX - Chefs versichern unermütlich, daß keine Gefahr für die Umwelt bestünde. Die Hälfte des Petroleums verbrenne an Ort und Stelle, ein Viertel werde auf der Wasseroberfläche „abgerahmt", ein Achtel löse sich von selbst auf, und der Rest verdampfe. (FR 30.8.). Außerdem seien die meisten Strände in dem betreffenden Gebiet wegen des feinkörnigen Sandes relativ leicht zu reinigen ... (FR 6.8.).

   Die PEMEX - Leute sehen außerdem in dem Unglück durchaus positive Seiten: die Explosion und das anhaltende Feuer an der Unglücksstelle deuten auf riesige Erdölvorkommen hin! (NZZ 21.7.)

   Diese Verharmlosungsstrategie der Mexikaner droht auch zu einem Konflikt mit den USA zu werden. Sollten die Küsten von Texas und Florida verseucht werden, so werden die USA Schadensersatzforderunge stellen. Mexiko seinerseits würde Forderungen an die USA wegen Verschmutzung durch nukleare und industrielle Abfälle geltend machen (FR 30.8.). In der Tat sind die US - Firmen in Mexiko keinesfalls umweltfreundlich. Ein Beispiel dafür sind die neulich festgestellten Erkrankungen bei Kindern in den Grenzstädten zu USA durch die US -Firma ARASCO (Kupfer, Blei, Zink und andere Mineralien).

4. Der Ölboom in Mexiko hat negative Folgeeffekte, die von den Verantwortlichen nicht beachtet werden. Zu den Bohrungen werden aus dem Festland ungelernte Arbeiter hingeflogen, die unter Mißachtung aller Sicherheitsvorkehrungen arbeiten. In den naheliegenden Städten hat der „Ölrausch" — insbesondere in Villahermosa — zu einer gewaltigen Einwanderung und damit zur Inflation geführt. Hier stoßen zwei Entwicklungsländer häufig anzutreffende Phänomene aufeinander: auf der einen Seite eine rapide Urbanisierung mit negativen Folgeeffekten wie Arbeitslosigkeit, Slumbildung, Inflation, Prostitution und auf der anderen Seite eine traditionelle Wirtschaft und Lebensweise, die jezt zerstört werden, durch die Nebeneffekte einer plötzlichen Reichtumsquelle.

5. Weltweit gibt diese Ölkatastrophe Anlaß zum Bedenken. Die moderne Wissenschaft ist zwar in der Lage, Großtechnologie aufzubauen, aber unfähig, die negativen Folgen davon zu beseitigen.

Daß es dringend notwendig wäre, Methoden für die Beseitigung von Ölschäden zu entwickeln, zeigen die häufigen Tanker- und andere Unfälle mit Öl. Hier seien nur einige Beispiele aufgeführt:

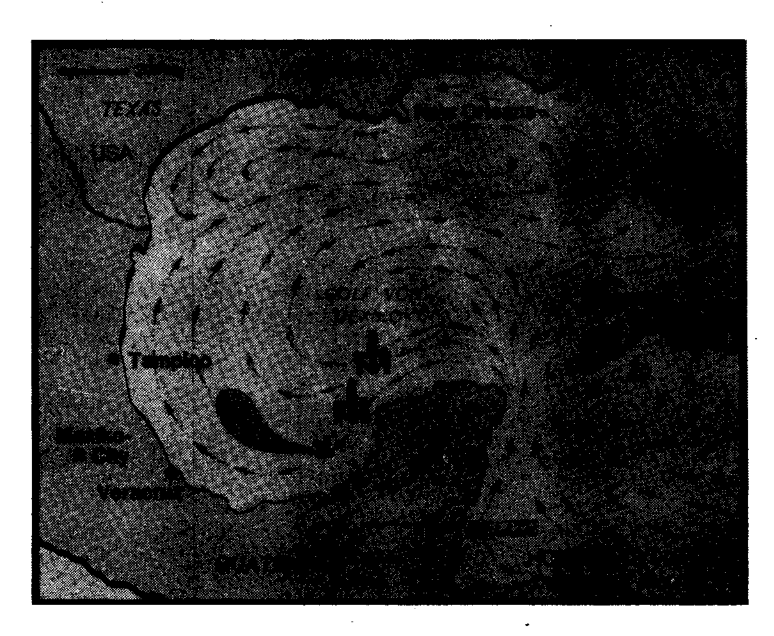
— der Zusammenstoß von zwei Tankern vor Trinidad im Juli '79 (Frage: Wie können zwei Riesentanker aufeinanderfahren?)

— es soll außerdem 14 Bohrlöcher geben, die nicht unter Kontrolle sind, u.a. eines von Mobil Oil im Golf von Mexico (schon seit fünf Jahren), im Persischen Golf, vor Singapur, in Indonesien und in China (FR 2.8.)

Die heute wohl einzige bekannte Methode, das Öl im Wasser zu beseitigen, ist der Versuch, das Öl mit Chemikalien zu binden, was aber als umweltschädigender gilt, als wenn daß Öl im Wasser bleibt.

Fazit: Die Weltmeere sind bald alle mit Öl verseucht. Dann können wir buchstäblich im Öl baden.

rs



Mit anderthalb Kilometer pro Stunde treibt der Ölteppich von Ixtoc Eins (x) auf die amerikanische Küste zu

Nicaragua

Trotz der Gründung bzw. Wiedergründung einiger kleiner Parteien in den letzten zwei Wochen werden diese aller Voraussicht nach in der nächsten Zukunft Nicaraguas kaum eine Rolle spielen. Die Sandinisten selbst lassen sich jedenfalls noch Zeit mit der Grundung ihrer eigenen Partei, die erst allmahlich von der Basis her aufgebaut werden soll. Mittlerweile versuchen Regierung und FSLN, jeden ideologischen Kampf zwischen Tendenzen oder Parteien zu vermeiden, um die innere Freiheit herzustellen, die für ihre gegenwärtige Allianzpolitik nach außen hin — von Kuba bis zur Sozialdemokratie – unabdingbar ist.

Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD	:	Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau)
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (London)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libération (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)

Sozialdemokratische Parteigründung

Deshalb reagierte die Nationale Führung der Sandinisten äußerst empfindlich, als sich eine neugegründete „Sandinistische Sozialdemokratische Partei" (PSDS) kürzlich der Presse vorstellte. „Wir können nicht zulassen, daß andere, die nichts Konkretes für das Volk und seinen revolutionären Kampf getan haben, versuchen, das sandinistische Gedankengut zu verfälschen", war die harte Antwort von Carlos Núñez, Mitglied der FSLN-Führung, darauf, daß eine Handvoll Leute, die fast ausnahmslos mit den Sandinisten nie etwas zu tun gehabt hatten, mit einem Mal deren Namen für sich beanspruchen. Die Gründung einer Partei, die sich lediglich sozialdemokratisch nennt, scheint die Frente dagegen nicht zu fürchten.

Andererseits hing die scharfe Reaktion der FSLN wohl auch mit dem Versuch dieser Parteigründer zusammen, die finanzielle Unterstützung der europäischen Sozialdemokratie anzufordern. Genau dies hatte die Christlich-soziale Partei (PSC) nach der Regierungsübernahme in Venezuela durch ihre Schwesterpartei COPEI geschafft. Seit dem März versiegte die bis dahin beste Finanzquelle der Frente aus den Öleinnahmen der Regierung Carlos Andrés Pérez fast völlig.

Allerdings hatte schon eine umfangreiche Delegation der Sozialistischen Internationale, die vor vier Wochen in Managua zu Gast war, ihren Mitgliederparteien empfohlen, politisch nur mit der Regierung und der Frente Sandinista zusammenzuarbeiten. Nicht allein, weil es offensichtlich ist, daß die meisten von denen, die sich heute sozialdemokratisch nennen, im Grunde konservatives Gedankengut vertreten (neben der neuen PSDS auch die konservativ-demokatische Partei PCD, ein Zusammenschluß von drei Dissidentenfraktionen der Somoza-offiziellen Oppositionspartei). Der Hauptgrund dafür, daß die Sozialistische Internationale in ihrer Nicaragua-Politik eine Ausnahme macht, und sich nicht (wie in in El Salvador und Honduras) mit ideologisch eindeutig festgelegten, aber innerhalb des Widerstandes wenig bedeutsamen Parteien verbündet, liegt gerade in der Einheit der nicaraguanischen Organisationen begründet, die sich im Laufe dieses Jahres herausgebildet hat.

Die Vereinigung der drei Tendenzen der FSLN war nach der blutigen Unterdrückung des Volksaufstandes vom September letzten Jahres fast unausweichlich geworden (setzt man einmal voraus, daß verkrustete parteipolitisches Schemata, wie sie in den meisten lateinamerikanischen Ländern anzutreffen sind, in Nicaragua fehlen). Die „Insurreccionalistas" (Terceristas genannt) mußten einsehen, daß ein mehr oder weniger spontaner Volksaufstand gegen Somozas militärische Übermacht nicht siegen konnte. Die Anhänger eines „langen Volkskrieges" (GPP-Fraktion) ihrerseits merkten, daß angesichts der ungeheuren Repression das Volk seine Wut gegen die Diktatur nicht mehr über lange Jahre hinaus zügeln würde.

Beschränkte Macht der Bourgeoisie

Der gemeinsame Sieg hat dann zweifellos die Einheit der Frente Sandinista gestärkt. Ja, erst danach begann eigentlich die Auflösung der getrennten Organisationsstrukturen der einzelnen Tendenzen. Innenpolitisch konnte durch das Zusammengehen aller Sandinisten verhindert werden, daß die in den letzten beiden Jahren zu Somoza in die Opposition geratene Bourgeoisie den Gewinn aus dem militärischen Sieg der Sandinisten zog. Gerade sie hat es noch nicht geschafft, wirtschaftlich und politisch gestärkt aus dem Krieg hervorzugehen. Die Enteignungen sind zwar auf die Güter Somozas und seiner engen Verbündeten beschränkt geblieben, doch haben die Verstaatlichungen des Bankwesens und des Außenhandels mit Agrarprodukten - das wirtschaftliche Rückgrat der nicaraguanischen Bourgeoisie - ihre ökonomische Macht schon jetzt beschränkt. Man kann zwar noch nicht von einer Sozialisierung der Wirtschaft sprechen - aber die Option daraufhin wird bisher offengehalten. Die aktive Rolle ist in den zwei Monaten seit der Regierungsübernahme in keinem Punkt auf die Bourgeoisie übergegangen.

Erschwerte Bündnispolitik

Außerpolitisch ist zur Zeit eine breite Allianzpolitik die einzige Alternative zur Unterwerfung unter die USA. Bis fast zuletzt hat die Carter-Regierung versucht, die Regierungsübernahme der Junta zu verhindern oder sie zumindest um einige rechts stehende Mitglieder zu erweitern. Gegenwärtig liegt das Hauptinteresse der Vereinigten Staaten darin, eine Ausbreitung des „nicaraguanischen Übels" zu verhindern. Erster Kandidat für dieses „Übel" ist zweifellos El Salvador, wo sich die Konflikte nicht zufällig nach dem Sieg der Frente Sandinista sehr zugespitzt haben, und wo inzwischen die Widerstandsorganisationen alle Hände voll zu tun haben, spontane und damit selbstmörderische Aufstände zu verhindern.

Da für eine Allianzpolitik der Nicaraguaner auch der zuvor vielgepriesene Andenblock nicht mehr infrage kommt, der sich unter der Führung der christdemokratischen Regierung Venezuelas weitgehend vor den Karren der USA hat spannen lassen, bleibt das bündnisbereite Spektrum auf Kuba, die übrigen blockfreien Staaten und die Sozialistische Internationale mit ihren Regierungsparteien beschränkt. Ein äußerst prekäres Gleichgewicht ist dabei herzustellen - und eines, das eben auch seiner innenpolitischen Absicherung bedarf. Die wiederum besteht in der zumindest vorläufigen Garantie des nichtsomozistischen Privateigentums und in der Einbeziehung der bisherigen oppositionellen Bourgeoisie in die Regierung. Für wie wichtig und ohne Alternative alle Gruppen und Tendenzen der Sandinisten dieses Bündnis in der sogenannten „Phase der Rekonstruktion" halten, zeigt relative Härte, mit der die Regierung reagiert hat, als eine Zeitung (El Pueblo) und, einige Wochen später, die Internationale Brigade „Simón Bolívar" Politik gegen die Prinzipien dieses Bündnisses gemacht haben.

Ebenso wie es der Revolutionsregierung offensichtlich Mühe macht, ein außenpolitisches Gleichgewicht herzustellen, das die antiimperialistische Tradition des Sandinismus nicht aufgibt, so beruht auch das innenpolitische Bündnis der Sandinisten mit der einheimischen Bourgeoisie auf einem durchaus labilen Kompromiß. Seine Grundlage ist ein ökonomisches Minimalprogramm, in dem für die jetzige Phase des Wiederaufbaus - und nur die steht öffentlich zur Diskussion - der Bourgeoisie, die zumindest nicht direkt mit Somoza liiert war, eine aktive Beteiligung in Form von Investitionen und Profiten zugestanden wird. Alle Tendenzen der FSLN sind sich längst darüber klar, daß in der gegenwärtigen Situation in einem zerstörten Land mit einer total abhängigen Wirtschaft ein direkter Übergang zu einer sozialistischen Ökonomie illusorisch wäre.

Für die große Mehrheit der Bevölkerung bedeutet das vorläufig, weiter mit der, wenn auch durch Reformen gemilderten, kapitalistischen Ausbeutung zu leben. Auf dem Lande ist die Änderung der Produktionsverhältnisse schon im Gange. Etwa 50% des bebaubaren Bodens können als „somozistisch" enteignet werden, und ein großer Teil davon ist auch bereits in die Hände von Kooperativen übergegangen. Nach Möglichkeit versucht das Agrarreforminstitut INRA die Zerstückelung des Grundbesitzes in kleine Familienparzellen zu verhindern und den Campesinos die Vorteile von Kooperativen klarzumachen. Soweit sie über den Eigenverbrauch hinaus produzieren, können sie ihre Produkte an die staatlichen Betriebe zu Festpreisen verkaufen.

Industrieproduktion noch gering

Stärkere Probleme bereiten der Regierung die Produktionsverhältnisse in der Industrie, wo nach den selbstgesetzten Kriterien nur etwa ein Viertel der Betriebe enteignet werden können. Die unmittelbare Lebenslage der Arbeiter kann auch nicht kurzfristig einfach durch massive Lohnerhöhungen verbessert werden, denn die meisten Unternehmen produzieren noch gar nicht. Im Rahmen der gegenwärtigen Allianzpolitik hat die Regierung zunächst einmal ein Interesse daran, daß die Unternehmer selbst ihr während der letzten zwei Jahre ins Ausland geschafftes Kapital wieder zurückholen und damit die Investitionen finanzieren, für die die Regierung vorläufig kein Geld aufbringen kann. Statt allgemeiner Lohnerhöhungen verfügte die Regierung zunächst einmal die Auszahlung der während des Streiks und des Aufstandes im Juni und Juli ausgefallenen Löhne, was erheblichen Widerstand bei Teilen der Unternehmer hervorrief, schließlich aber, zum Teil modifiziert als „Ratenzahlung", allgemein akzeptiert wurde.

Während sich die drei Tendenzen der Frente über diese Wirtschaftspolitik einig geworden waren, die erst allmählich steigende Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung vorsieht, begannen einige Gruppen gleich nach dem Sturz Somozas, Sofortforderungen aufzustellen, die, wenn sie Gewicht erlangt hätten, die prekäre Allianz in der „Phase

der Rekonstruktion" unmittelbar hätten sprengen müssen.

Einstellung von „El Pueblo"

„El Pueblo", die Tageszeitung des (nach lateinamerikanischen Begriffen) maoistisch orientierten Frente Obrero griff noch im Juli - die neue Regierung war kaum im Amt - deren „bourgeoise" Ausrichtung an, ohne dabei die Inhalte der Politik abzuwarten, die weit eher von weniger im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehenden und der FSLN angehörigen Vizeministern bestimmt wurde, als von den in der Mehrzahl bürgerlichen Ministern. Als „El Pueblo" dann noch in scharfen Kommentaren die Regierung als „kurzfristige Übergangsregierung" bezeichnete, wurde sie zunächst einmal geschlossen. Denn gegen Ende Juli verfügte die Frente noch nicht über ein eigenes Publikationsorgan, mit dessen Hilfe sie ihre Allianzpolitik öffentlich hätte verteidigen können. Mittlerweile hat es offenbar eine Einigung zwischen Frente Obrero und der FSLN gegeben und „El Pueblo" soll demnächst wieder erscheinen.

Die Ausweisung der Brigade

Der Fall der Mitte August aus Nicaragua ausgewiesenen internationalen Brigade „Simón Bolívar" hat durchaus ähnliche politische Hintergründe. Den etwa 70 großenteils kolumbianischen und costaricanischen Mitgliedern wurde von der FSLN-Führung vorgeworfen, an ihren Arbeitsplätzen eigenmächtig Politik betrieben zu haben. Die Brigade war erst etwa drei Wochen vor Kriegsende an der Südfront eingetroffen, und nach dem 19.Juli wurden ihre Mitglieder - einige einzeln, die meisten jedoch in Gruppen - an verschiedenen Orten eingesetzt. Nach eigenen Angaben haben sie in Managua in kurzer Zeit 68 Gewerkschaften gegründet - nach Meinung der FSLN aber dies unabhängig von der neugegründeten Gewerkschaftszentrale getan und dabei Forderungen wie die nach sofortigen starken Lohnerhöhungen aufgestellt, die nach Auffassung der Regierung zum jetzigen Zeitpunkt unerfüllbar sind. Weiterhin sollen sie an nicht genehmigten Fabrikbesetzungen (also von solchen Unternehmern, die nicht als Somozisten angesehen werden) beteiligt gewesen sein.

Politisch steht allerdings zusätzlich hinter der scharfen Reaktion der FSLN, daß die Führung der Brigade bei bekannten kolumbianischen Mitgliedern der IV. Internationalen lag. Ihre Partei PST hatte damals bereits die Junta in Managua als „Bourgeoisregierung" abqualifiziert.

Die Mitglieder der Brigade wurden anläßlich eines Treffens, zu dem alle in Managua zusammengekommen waren, verhaftet und in ein Flugzeug nach Kolumbien gesetzt. Berichte (auch in der taz veröffentlicht), nach denen die Brigadisten in Managua festgehalten worden seien und gar einige Argentinier in der Gefahr gestanden hätten, in ihr Heimatland abgeschoben zu werden, sind nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge, das sich der Brigadisten annahm, unzutreffend.



25 Mitglieder der Brigade, die nicht nach Kolumbien wollten, verließen das Flugzeug bei der Zwischenlandung in Panamá und wurden von dort nach Costa Rica abgeschoben, da 18 von ihnen Costaricaner waren. In San José hielt man sie dann noch mehrere Tage zwar nicht in einem Gefängnis aber in einem von der Polizei bewachten Haus fest, bis das UNO - Flüchtlingskommissariat ihre Freilassung erreichte.

(aus FAZ 17./18. Sept. '79)

Nicaragua hungert

Informationsbüro Nicaragua: 16.8.79

Den neuen Machthabern ist kein Vorwurf zu machen: Einen Tag nach dem Einmarsch in Managua richteten sie die ersten Hilferufe an Staaten und Organisationen in aller Welt. Deutlich zeichnete sich ab, was dann sehr schnell harte Wirklichkeit wurde: Nicaragua ist ein Land ohne Ernte, ohne Lebensmittelvorräte, ohne funktionierende Industrie, ohne Goldreserven. Zwei Millionen Menschen stehen vor dem Nichts. Bereits am 10. August 1979 zeichnete Gesundheitsminister Kuehl ein dunkles Bild der Lage: „Die gesundheitliche Situation der Bevölkerung — vor allem in den zerstörten Großstätten — verschlechtert sich von Tag zu Tag. Es fehlt an Ärzten, Ambulanzen, Medikamenten. Noch wichtiger wäre ausreichende kräftige Ernährung, denn viele der häufig auftretenden Krankheiten sind Mangelkrankheiten."

Eine Besucherin berichtete nach dem Besuch des Büros für Wideraufbau in Managua: „Ich betrat das Gebäude am Nachmittag. Die fünf dort arbeitenden Männer hatten ausnahmslos an diesem Tag noch nichts gegessen; sie warteten auf eine der Maschinen mit neuen Lebensmitteln aus Mexico. Auf meine Frage sagten sie, eine Mahlzeit am Tage sei der Normalfall, manchmal gebe es nichts."

Nach Auskunft der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus benötigt Nicaragua zur Zeit täglich 300 Tonnen Lebensmittel, erhält aber im Durchschnitt täglich nur rund 60 bis 100 Tonnen. Die USA hatten tägliche Lieferungen von 200 Tonnen zugesagt, ihr Versprechen allerdings nicht wahrgemacht. Die nicaraguanische Regierung steht vor dem Problem, daß alle Welt von Hilfe für Nicaragua spricht, jede Regierung sich jedoch auf die andere verläßt. Es ist nicht abwegig zu vermuten, daß die reichen westlichen Industrienationen zunächst einmal abwarten, ob das Wohlverhalten der neuen Regierung großzügige Hilfe rechtfertigt. Die Delegation der Bundesregierung kam mit Lebensmitteln im Wert von 300000,- DM und hatte die Stirn, die Meldung über diese Trinkgeld - Ablieferung auch noch in die Presse zu bringen — dazu die Meldung, die schon Somoza zugesagten 10,5 Mio. DM (Kredit) würden nun ausgezahlt.

Die Solidaritätskomitees in Europa haben beschlossen, ihre augenblickliche Arbeit auf die Beschaffung von Geldern und Lebensmitteln zu konzentrieren.

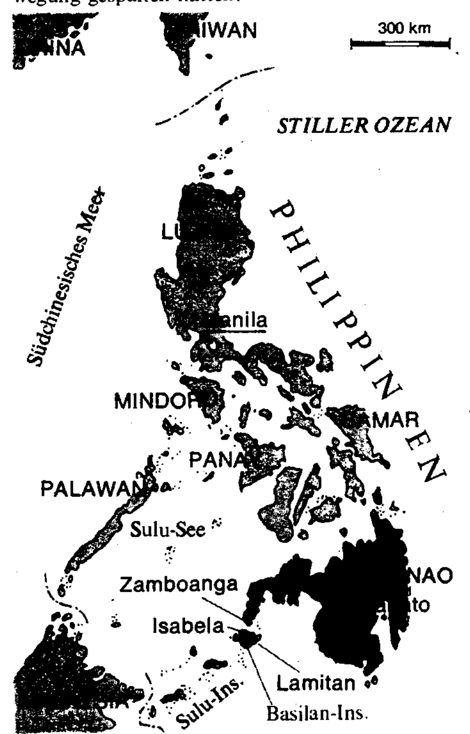
Nicaragua - Nachrichten 8/79, August



Philippinen

Das gewinnende Lächeln der Madame Marcos

Ab 1521 kamen die Spanier als verspätete Kreuzzügler, mit dem Katechismus in der einen und dem Schwert in der anderen Hand. Sie brachen fürs erste den erbitterten Widerstand des Volkes, vorwiegend Malaien, rissen den Außenhandel an sich, führten die Geldwirtschaft ein, enteigneten tausende Bauern und begannen mit der Zerstörung der weitgehend selbstversorgenden Landwirtschaft. Konnten die Bauern die Steuern oder die Pacht nicht mehr zahlen, wurden sie zu Zwangsarbeit verurteilt. Nach einer Kette von rund 200 Aufständen seit Magellans Landung gelang endlich jener ab 1896. Doch fünf Jahre später kamen die Philippinos unter das Joch der Amerikaner, die den Aufstand gegen die Spanier nur scheinbar unterstützt und die antikoloniale Bewegung gespalten hatten.



Die Amerikaner waren gründlicher als die Spanier. Über eine halbe Million Philippinos kam durch Folter, KZs, Niedermetzeln der Zivilbevölkerung ganzer Dörfer und in den Kämpfen ums Leben. Eine der Parolen an die US - Soldaten lautete damals: „Tötet jeden über zehn!" Immer mehr Pachtbauern wurden in den Ruin getrieben und mußten sich als Tagelöhner auf den großen Zucker-, Taback- und Hanfplantagen verdingen. Besaßen 1903 nur 0,8% der Bevölkerung 35% des gesamten nutzbaren Bodens, so befanden sich 50 Jahre später über 40% in den Händen von nur 0,4% (1). Durch Gewalt wurden die Philippinos zu Lieferanten billiger Agrarprodukte. 1934 machten allein Zucker, Kokusnußerzeugnisse, Taback und Hanf 90% aller Exporte aus (2). Diese Exporte gingen in die USA, die auch die Importe des Landes beherrschten, wozu sie alle Zölle beseitigten. Damit hatten die USA den philippinischen Markt fast vollständig monopolisiert.

Von 1941 bis 1945 hielten die Japaner das Reich der 7107 Inseln mit der dreieinhalbfachen Größe Österreichs besetzt. 1946 wurde das Land zwar politisch als Republik unabhängig, unterliegt seither aber immer noch der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Auslandes, vor allem der USA, die sich diese durch enorme Wirtschafts- und Militärhilfe (16000 stationierte US - Soldaten) absichern.



Diktator Marcos, Frau Imelda

Seit 1965 regiert Präsident Ferdinand Marcos, seit September 1972 durch Kriegsrecht und ein Scheinparlament. Und mit ihm seine Frau Imelda, Gouverneur von Metro - Manila und weisungsbefugt gegenüber den Ministern. Um seine politische Fassade aufzupolieren (für das Ausland vor allem), ließ Marcos im April 1978 Wahlen abhalten, bei denen der Oppositionsführer Benigno Aquino im Gefängnis saß. Lange vor der endgültigen Auszählung der Stimmen erklärte Marcos, er habe die Wahlen gewonnen. Fast gleichzeitig wurde in Manila das Militär in Alarmbereitschaft gesetzt. Trotzdem demonstrierten über tausend Menschen. An ehrliche Wahlen hatte niemand geglaubt. Bei dieser ersten „Wahl" in fünf Jahren Kriegsrecht ging es um die Aufstellung eines vorläufiges Parlamentes. Es soll die demokratische Vorarbeit für eine Beendigung des Kriegsrechtes nach weiteren fünf Jahren leisten — nach Marcos Worten (3).

Der Ausnahmeszustand hat die Reichen reicher, die Armen ärmer gemacht. Der Preis des Reises, des Hauptnahrungsmittels auf den Philippinen, wurde seit 1972 verdoppelt, die Preise für Milch und Brot verdreifacht. Die Reallöhne der Arbeiter wurden um etwa ein Drittel hinabgedrückt (Angaben nach Regierungsstatistiken, Anm. 4). Die Liste der Widersprüche ist lang, die Armut und das Elend riesig.

Während 1970 die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung über ein Viertel das gesamten Nettoeinkommens „verdienten, mußten sich die ärmsten 40% mit rund einem Zehntel begnügen (5). 85% aller Philippinen gelten heute laut offiziellen Angaben als arm (6). Die „Weltbank" schätzt, daß zu Beginn der 70er Jahre ungefähr die Hälfte aller Landfamilien weniger Geld besaß, als für eine ausreichende Ernährung und andere Lebensnotwendigkeiten erforderlich gewesen wäre (7). Dies ist kein Wunder bei einer Landverteilung, die höchst ungerecht ist: Weniger als ein Prozent der Bevölkerung von rund 45 Millionen Einwohnern (zu über 80% Katholiken) verfügt auch heute über rund die Hälfte des Agrarlandes, während Millionen Bauern kein Land oder weniger als einen Hektar besitzen; zu wenig, um davon leben zu können (8). Die 1972 angekündigte Landreform blieb Papierwerk. Theoretisch wurde den Kleinbauern und Pächtern von Reis- und Maisland (und nur diesen) zwar der Besitz von 3 ha bewässertem oder 5 ha unbewässertem Land in Aussicht gestellt. Doch die dafür im Zeitraum von 15 Jahren aufzubringenden Kosten (praktisch eine Bezahlung) sind für die Mehrzahl der über eine Million unter dieses Gesetz fallenden Familien unerschwinglich. Im Durchschnitt bearbeitet eine Bauernfamilie nur einen Hektar Land, was kaum für den Eigenbedarf reicht. Die Landreform schließt außerdem 3,7 Mio. ha (von insgesamt 10 Mio. ha agrarischer Nutzfläche) aus, womit unter anderem die Zuckerbarone verschont bleiben (9).

Die Ernährugslage ist dementsprechend miserabel. Zwei Drittel aller Familien können sich nicht ausreichend ernähren, ein Teil davon hungert praktisch. Fast die Hälfte der Menschen leidet an Anämie, und über drei Viertel machen Darmparasiten zu schaffen. Jeder zweite Philippino stirbt ohne medizinische Behandlung, da viel zu wenige Ärzte (nur jeder vierte) auf dem Land praktizieren, wo über zwei Drittel der Bevölkerung leben (40% der philippinischen Ärzte arbeiten im Ausland!). Von den Kindern, die zwischen dem ersten und dem vierten Lebensjahr sterben, sterben 40% an Unterernährung. Obwohl genug Reis im Land produziert wird, um alle ausreichend zu ernähren (seit 1977 wird Reis wieder exportiert). Aber sein Preis ist zu hoch, bzw. die gesetzlichen — und noch mehr die tatsächlichen — Mindestlöhne sind viel zu niedrig (gesetzlicher Mindesttageslohn 1978: 10 Pesos, ist gleich ca. 2,90 DM). Damit sind für Ausländer Betriebsgründungen sehr attraktiv; denn die „Lohnkosten" sind selbst für südostasiatische Verhältnisse niedrig. Eine europäische Textilfirma fand heraus, daß sie zu Hause rund 25,50 für die Arbeitsstunde ausgibt, auf den Philippinen dagegen nur 0,69 DM (10). Manche Unternehmer berichten, sie hätten ihre Investition bereits in sechs Monaten amortisiert. Kontrollierte Gewerkschaften, das Verbot des Streikrechtes, eine Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von über 30% machen das möglich. Für alle Ausländer gilt der Schutz vor Enteignung und der freizügige Transfer von Dividenden und Investitionen. Imelda Marcos zu den im Dreck hausenden Arbeitslosen in einem Slum -Viertel des 8 Millionen Mollochs Manila: „Ich liebe euch. Wählt mich, dann wird es besser für euch." Dank ihrer Position und Geschäftstüchtigkeit ist die Familie Marcos heute eine der reichsten Asiens.

Nach Angaben der Zentralbank in Manila waren 1978 15% der Arbeiter in der Hauptstadt nicht in der Lage, den wissenschaftlich errechneten täglichen Kalorien - Mindestbedarf im Gegenwert von 4,83 DM zu bezahlen (11). Der amtliche Mindestlohn betrug vor einem Jahr nur 2,90 DM, die häufig noch unterschritten wurden. Laut „Universität der Philippinen" reichte dieser Betrag für knapp 70% der Gesamtbevölkerung nicht aus, um den minimalen Kalorienbedarf zu decken (12). Auch ein Facharbeiter verdiente 1978 in Manila nur 5,80 DM. Bis 1982 soll der Mindesttagessatz jährlich nur um jeweils 0,28 DM angehoben werden (13). Die Inflation bei Lebensmitteln betrug zwischen Januar und März 1979 12% (14).

Die Regierung gibt ein Drittel des Budges für das Militär aus, das in den letzten sechs Jahren von 60000 auf über 250000 Mann aufgestockt worden ist (15). Seit 1973 haben die USA die Militärhilfe verdoppelt (durchschnittlich 40 Millionen US - Dollar pro Jahr) und die Wirtschaftshilfe verdreifacht. Letztere deklariert man als sogenannte Entwicklungshilfe, um das Land weiterhin abhängig zu halten, das für die Tilgung seiner (öffentlichen wie privaten) Auslandsschulden (Ende März 1979: 8,4 Milliarden US - Dollar) bereits ein Fünftel seiner Deviseneinnahmen zu bezahlen hat (16). Die gesamten

Einnahmen aus dem Zuckerexport reichen gerade aus, um die Zinsen für die Schulden zu begleichen (17).

Gewalt, Korruption, Ausbeutung und Massenarmut sind heute die hervorstechenden Merkmale der philippinischen Gesellschaft. Der Kampf für die Menschenrechte wird von der Regierung automatisch mit Kommunismus gleichgesetzt und mit Gefängnis quittiert. Laut privaten Schätzungen gab es 1978 an die 2000 politische Häftlinge in Marcas „Neuer Gesellschaft", in der eine winzige Schicht in- und ausländischer Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Händler phantastische Reichtümer anhäuft (18). Auf Kosten des Volkes, wie auch anders. Wenn Sie das nächste Mal in einer Illustrierten Frau Marcos wieder lächeln sehen, dann denken Sie daran.

Joe Kemptner

Anmerkungen:

1) **Guerra, A.: Philippinische Gesellschaft und Revolution, Münster 1973, S.97**
2) **ebenda**
3) **vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 11.4.79**
4) **laut „Neue Züricher Zeitung" v. 26.1.78**
5) **Adelmann, I. und C.T. Morris: An Anatomy of Income Distribution Patterns in Developing Countries, in: Development Digest, Oktober 1971**
6) **„Süddeutsche Zeitung" v. 6.4.78**
7) **„Neue Züricher Zeitung" v. 11.5.77**
8) **Burley, T. M.: The Philippines. An Economic and Social Geography. London 1973, S. 296**
9) **Werning, Rainer: Philippinen, neuerlich Bürgerkrieg, in Wiener Tagebuch, Dezember 1977**
10) **„Neue Züricher Zeitung" v. 18.1.78**
11) **„Frankfurter Rundschau", v. 11.4.78**
12) **ebenda**
13) **„Business Today" (Manila) v. 12.5.79**
14) **ebenda**
15) **„DIE ZEIT" v. 14.4.78**
16) **„Bulletin Today" (Manila) v. 5.4.79**
17) **„DER SPIEGEL" Nr. 17-1978**
18) **„Frankfurter Rundschau" v. 11.4.78**

Weiterer Literaturhinweis:
WERNING, Rainer: Zur Geschichte des philippinischen Befreiungskampfes 1930 — 1975, Bonn 1975.



Slum-Räumung in Manila

Palästina

Neue Palästina - Politik der BRD

Bundesdeutsche Zeitungsleser konnten in diesem Sommer eine neue Erfahrung machen: wenn von der PLO und den Palästinensern die Rede war, fehlten zunehmend die gewohnten Beiwörter „terroristisch" und „Verbrecher". Dafür konnte man plötzlich von „Verhandlungen" und „berechtigten Interessen der Palästinenser" lesen.

Bürgerlichen Medien (z.B. Wirtschaftswoche, Rheinische Post, Sender Freies Berlin, Qick) brachten plötzlich Interviews mit dem PLO - Vertreter in Bonn, Abdalla Frangi, — dies obwohl es offiziell keinen PLO - Vertreter in Bonn gibt, da die Bundesregierung die PLO nicht diplomatisch anerkannt hat. Frangi ist bei der Liga der arabischen Staaten in Bonn als PLO - Vertreter akkreditiert.

Den Reigen der halb- bis ganz offiziellen Kontakte zwischen bundesrepublikanischen und PLO - Dienststellen eröffneten, eine Novität im diplomatischen Geschäft, unsere Freunde vom Bundeskriminalamt. Sie erkundigten sich in Beirut bei PLO - Sicherheitsbehörden über Unterschlupfmöglichkeiten für deutsche RAFler in PLO - Lagern und leisteten im Gegenzug Amtshilfe bei der Verfolgung der Verantwortlichen für den Mordanschlag auf den PLO - Führer Hassan Abu Salameh vom Januar dieses Jahres, die offenbar teilweise von der BRD aus operiert hatten (Palästina Bulletin 26.4.79).

Im Juni legte sich die Europäische Gemeinschaft mit Israel an. Sie bestand darauf, ihre geplante diplomatische Vertretung in Tel Aviv und nicht, wie von den Zionisten kategorisch gefordert, im besetzten Jerusalem einzurichten (FT 19.6.79).

Dann folgte eine höchst offizielle Presseerklärung der EG - Außenministerkonferenz, die deutlich über frühere Positionen hinausgeht. Die Erklärung fordert den Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967, verurteilt scharf die zionistische Siedlungspolitik und etwas diplomatisch verklausuliert auch die ständigen Übergriffe auf den südlichen Libanon. Außerdem werden „die legitimen Rechte der Palästinenser, einschließlich ihres Rechtes auf ein Heimatland" anerkannt (FR 20.6.79).

Diese Erklärung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die PLO, legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, wird zwar nicht anerkannt, wohl aber wird die Existenz der Palästinenser zur Kenntnis genommen. Bisher sprach man im Einklang mit der UNO - Resolution 242 nur von „Flüchtlingen". Der Hinweis auf ein „Heimatland" bleibt natürlich weit hinter den Forderungen nach einem eigenen Staat zurück. Der Ausdruck „Heimatland" geistert schon seit der Balfour - Deklaration 1917 im Nahen Osten umher und bildete damals die Grundlage für die Ansiedlung von Juden in Palästina. Zwischen „Wohnrecht" und „Recht auf einen eigenen Staat" kann jeder darunter verstehen, was er will.

Schließlich fällt an der EG - Erklärung die ungewohnt scharfe Form der Kritik an Israels Expansionspolitik in Westjordanien und im Südlibanon auf. Dafür hagelte es auch sofort beleidigte und höchst undiplomatische Antworten aus Israel (FR 21.6.79, 4.7.79).

Nächster Schritt war das spektakuläre Treffen von Willy Brandt und Bruno Kreisky mit Jassir Arafat, die sich in Wien zehn Stunden lang miteinander unterhielten und anschließend eine gemeinsame Pressekonferenz gaben (MD 10.7.79). Das Gespräch scheint zwar keine konkreten Ergebnisse gehabt zu haben, bedeutet jedoch eine enorme internationale Aufwertung für die PLO, die bisher noch von keinem europäischen Staat diplomatisch anerkannt wurde (außer der Türkei). Arafat soll dafür als Vorbedingung Brandt und Kreisky schriftlich versprochen haben, das die PLO keinerlei militärische Aktionen außerhalb der von Israel besetzten Gebiete mehr unternimmt (FR 23.7.79). Von Brandt widerum kann man annehmen, daß er nicht ohne Billigung seines Mit - SPD -Vorsitzenden Helmut Schmidt zu dem Treffen fuhr.

Den vorläufigen Höhepunkt bildete schließlich die Reise des Genscher - Gesandten Möllemann nach Beirut zum Hauptsitz der PLO. Dessen Reise geriet, wohl auch wegen der in der nachrichtenarmen Sommerzeit besonders weit verbreiteten Spekulationslust der Presse, in die Schlagzeilen und Leitartikel der Zeitungen, sodaß Genscher und die FDP eilig jede Verantwortung für das Unternehmen wegdementierten (FR 10.8.79). Nicht sehr glaubwürdig, denn Genscher besuchte ein paar Wochen später Jordanien, Libanon, Ägypten und Syrien und hätte dabei eben auch gerne bei der PLO vorbeigeschaut, was er aber (noch) nicht darf, weshalb er eben den einfachen Abgeordneten Möllemann vorschickte. Dieser hatte sich vorher ausführlich mit Genscher und Arabien - Spezialist Wischnewski („Ben Wisch") abgesprochen und vor der Reise erklärt: „Diese



Genscher auf Nahost-Mission

Reise ist in jeder Hinsicht mit Genscher abgesprochen und von diesem akzeptiert und begrüßt" (SZ 2.8.79).

Als Genscher dann Ende August selbst in den Nahen Osten fuhr, dürfte er bei den arabischen Regierungen zumindest informell die grundsätzliche Bereitschaft der BRD und der anderen EG - Länder signalisiert haben, mit der PLO ins Gespräch zu kommen und eine wirklich umfassende Lösung der Palästinenserfrage zu suchen.

Genschers Reise hatte jedoch nicht nur politische Bedeutung. Er nahm nämlich in seiner Delegation achtundzwanzig Industriekapitäne und Bankmanager mit. Diese Interessenvertreter des Kapitals sind es, denen die arabischen Staaten immer wichtiger werden, während Israels wirtschaftliche Bedeutung eher nachläßt. Da ist Ägypten mit einem Binnenmarkt von 40 Mio. Menschen, einer proimperialistischen Regierung und einem raschen Abbau der letzten sozialistischen Errungenschaften aus Nassers Zeiten. Hier steht z.B. VW kurz vor der Eröffnung eines Zweigwerkes (HB 4.9.79).

Da ist Jordanien mit seinem Marionettten - König Hussein, das zwar kaum Absatzchancen bietet, dafür aber zunehmend die Rolle Libanons als Handels- und Bankenzentrum für den gesamten arabischen Wirtschaftsraum übernimmt.

Da sind Syrien und Irak, mit denen der Handel zwar noch nicht so recht flutscht, wo man aber gerade wegen des großen Staatseinflusses in der Wirtschaft dort auf politische Hilfestellung von Seiten der Bundesregierung angewiesen ist. Denn potentiell sind auch Syrien und Irak ein schöner Absatzmarkt.

Eine Tatsache macht die Bedeutung der arabischen Märkte eindringlich klar: die BRD hat seit einiger Zeit eine ausgeglichene Handelsbilanz mit diesen Ländern, daß heißt die ständigen Mengen- und Preissteigerungen der Ölimporte von dort konnten durch Exportleistungen ausgeglichen werden. Jede Mark, die die BRD für Ölimporte ausgibt, fließt also in Form von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft zurück.

Auch auf anderer Ebene zeichnet sich eine Verstärkung der ökonomisch - politischen Zusammenarbeit zwischen Arabern und Europäern ab. Wobei politische Wandlungen eben oftmals die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg sind. Es läuft seit einiger Zeit eine Gesprächsinitiative zwischen sechs Golfstaaten und der EG (FR 8.8.79). Diese Länder, außer Irak alle von prowestlichen reaktionären Scheichs regiert, liefern sechzig Prozent der EG - Ölimporte. Die Regime sind, besonders wegen der Ereignisse im Iran, politisch zunehmend gefährdet, auch weil der Anteil von Fremdarbeitern (Asiaten, Palästinenser, andere Araber) hier häufig den der einheimischen Bevölkerung übertrifft. Die USA haben bereits recht drastisch deutlich gemacht, daß sie im Notfall zu der recht unfeinen Methode der militärischen Besetzung der Ölfelder greifen werden, was den Scheichs natürlich überhaupt nicht gefallen hat.

Deshalb besteht ein großes Ineresse daran, auf sauberen diplomatischen Wegen die „Stabilität der Region" zu sichern. Als Ansprechpartner bieten sich aus mehreren Gründen derzeit besonders die EG - Länder an.

Die USA haben sich nämlich vielzu tief in eine Sackgasse manövriert, an deren toten Ende man jetzt angelangt zu sein scheint: den Weg über ein Separatabkommen zwischen Israel und Ägypten mit Hilfe der Camp - David - Vereinbarungen und dem darauf aufbauenden „Friedens"vertrag zwischen Begin und Sadat. Dieser Versuch, das Palästinenserproblem ohne die Palästinenser zu lösen, ist an der Dickköpfigkeit der Zionisten (fortgesetzte Siedlungspolitik), deren eindeutig ablehnenden Reaktion der arabischen Staaten und an der Festigkeit der PLO und der palästinensischen Bevölkerung gescheitert. Zudem ist die Regierung Carter weger der innenpolitischen Probleme außenpolitisch fast nicht mehr handlungsfähig.

Hier schließt sich der Reigen der diplomatischen Aufwertung der PLO, der politischen Annäherung zwischen Europäern und Arabern und der europäischen Wirtschaftsinteressen in Arabien. Es besteht ein allgemeines Interesse an einer wirklichen Friedenslösung im Nahen Osten. Die Europäer sind nicht mehr bereit, Israel bei **allen** Agressionen gegen die arabischen Völker zu unterstützen.

Das gilt auch für die skandalöse Behandlung der angeblichen Terroristen Thomas Reuter und Brigitte Schulz, die in Israel drei Jahre lang ohne Anklage in Haft waren, gefoltert wurden und schließlich wegen diffuser „terroristischer Aktivitäten" in einem Geheimverfahren zu zehn Jahren Knast verdonnert wurden.

Diese neue Politik der europäischen Staaten heißt natürlich nicht, daß man an den rassistischen Grundfesten des zionistischen Staates rütteln will. Aber das wollen die arabischen Staaten, wohl auch ein Teil der PLO, auch nicht mehr unbedingt.

Die Lösung, die sich abzeichnet, sieht so aus: Anerkennung Israels in den Grenzen von 1967, also unter Aufgabe der besetzten Gebiete und der Siedlungspolitik, Räumung der illegalen Siedlungen. Im Gegenzug Anerkennung der PLO und Errichtung eines palästinensischen Kleinstaates, etwa im Westjordanland.

So ist auch die Erklärung der Golfstaaten zu interpretieren, die Stellungnahme der EG - Außenminister mit der Anerkennung des palästinensischen Rechtes auf ein Heimatland sei ein Schritt in die richtige Richtung, nun müsse noch eine Änderung der Resolution 242 erfolgen, um auch dort die Rechte der Palästinenser zu verankern. Eine solche Entwicklung wäre die Vorbedingung für die Aufnahme von echten Verhandlungen und würde es den arabischen Staaten auch ermöglichen, die eingefrorenen Beziehungen zu Ägypten wieder aufzunehmen.

sth

Iran

Betrügerische Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung

(SZ 3.8., 4/5.8., 6.8.79; NZZ 4.8.79; TAZ 13.8.79)

Anfang August ließ der Revolutionsrat Wahlen zu einer sogenannten verfassungsgebenden Expertenversammlung durchführen. Sie hat die Aufgabe, die von Khomeiny und seinen engsten Vertrauten entwickelte Verfassungsgrundlage in eine endgültige Form zu bringen. Da die Khomeiny blind ergebenen bewaffneten Kräfte (islamische Komitees, Wächter der Revolution) zuvor eine Einschüchterungskampagne durchgeführt hatten, lehnten es 15 oppositionelle Gruppierungen ab, sich an der Wahl zu beteiligen. Darunter waren so wichtige Parteien wie die bürgerliche „Nationalfront", das linksliberale Bündnis „Nationaldemokratische Front" und die von Ayatollah Schariat - Madari angeführte „Partei der islamischen Volksrepublik". Außerdem fälschten Anhänger Khomeinys zum Beispiel dadurch die Wahl, daß sie für Analphabeten Wahlzettel ausfüllten und dabei von sich aus die Kandidaten der „Partei der islamischen Republik" eintrugen.

Aufgrund dieses undemokratischen Verfahrens erhielt die konservative islamische Geistlichkeit natürlich eine überwiegende Mehrheit. Unter den 75 Mitgliedern der Verfassungsversammlung sind nur ganz wenige Oppositionelle, die unter anderem der moskauorientierten Tudeh - Partei und der islamischen Guerillaorganisation „Mujadehin des Volkes" angehören. In Khomeinys Verfassungsentwurf wird die schiitische Richtung des Islam als Staatsreligion vorgeschrieben. Nahezu 50% der iranischen Bevölkerung sind nationale Minderheiten wie Araber und Kurden, die größtenteils Sunniten sind. Diesen Minderheiten werden in Khomeinys Entwurf nur sehr beschränkte Selbstverwaltungsrechte eingeräumt. Es ist nicht zu erwarten, daß die „Experten" - Versammlung der schiitischen Geistlichkeit diese intoleranten Teile der Verfassung in fortschrittlichem Sinne verändern wird. Ganz im Gegenteil: sie ist dabei, auch noch die wenigen Autonomierechte der nationalen Minderheiten zu streichen.

Unterdrückung oppositioneller Zeitungen und Parteien

SZ 22.8.79; TAZ 9.8. u. 20.8.; FR 10.8.79; NZZ 9.8.79;

Gleich nach den angeblichen Wahlen ging das Khomeiny - Regime gegen die oppositionelle Presse vor. Zuerst wurde ein neues Pressegesetz erlassen, das ein Verbot aller Publikationen erlaubt, die die Führer der islamischen Republik kritisieren. Dann schlug Khomeiny zu: Am 7. August wurden auf Anordnung des Obersten Revolutionären Gerichtshofes 5 Teheraner Zeitungen geschlossen. Die Redaktionsräume der großen Tageszeitung „Ayandegan" wurden von schwerbewaffneten Schlägertrupps besetzt, einige der festgenommenen Journalisten sollen als Konterrevolutionäre vor Gericht gestellt werden. Im weiteren wurden immer mehr Zeitungen verboten, von denen einige noch im



Untergrund hergestellt werden können. Schließlich wies das Khomeiny - Regime Auslandsjournalisten wegen Zuwiderhandeln gegen das Pressegesetz aus. Die Pressefreiheit, die als eine der Errungenschaften der iranischen Revolution galt, ist damit endgültig beseitigt. Damit jedoch nicht genug: Ende August wurden nacheinander auch eine Reihe oppositioneller Organisationen verboten, vor allem linke wie Volksfedahin und Mujahedin sowie politische Vertretungen der nationalen Minderheiten wie die der Demokratischen Partei Kurdistans.

Inzwischen ist nahezu die geamte Opposition verboten. Die poltische Unterdrückung geht offenbar von den konservativen Mullahs um Khomeiny aus, während die Regierung Bazargan sich nur widerwillig daran beteiligt. Das repressive Pressegesetz wurde vom zentralen Revolutionsrat verabschiedet, der nach wie vor im Dunkeln bleibt, und der Regierung vor seiner ersten Anwendung noch nicht einmal bekanntgegeben. Auch von der Schließung der Zeitungen erfuhren Bazargan und seine Kollegen erst aus den Nachrichten des schon längst gleichgeschalteten Rundfunks.

Rücksichtsloses Vorgehen gegen die Kurden

(SZ 20.7., 26.7., 20.8., 29.8. u. 5.9.79; FR 30.7., 5.9.79; TAZ 24.8.79)

Gleich nach dem Sturz des Schah - Regimes war es im Nordwesten Irans, wo ungefähr 4 Millionen Kurden leben, zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Autonomisten und Truppen der Zentralregierung in Teheran gekommen, die über 200 Tote forderten. Damals im April '79 konnte unter Mithilfe des Teheraner Ayatollahs Teleghani, der leider Anfang September gestorben ist, eine Verhandlungslösung erreicht werden, die der kurdischen Bevölkerung wichtige kulturelle und politische Autonomierechte innerhalb des iranischen Staatsverbandes versprach. Leider waren diese Vereinbarungen als Grundlage für einen dauerhaften Frieden nicht ausreichend: einerseits hielt die zentrale Führungsclique um Khomeiny ihre Versprechungen gegenüber den Kurden und anderen Minderheiten nicht ein. Zum Beispiel wurden die ausgehandelten Autonomierechte im Verfassungsentwurf nur ungenügend berücksichtigt. Andererseits gibt es auf beiden Seiten Leute, die immer wieder Gewaltakte provozieren, weil sie an der Einhaltung des Friedens unter den ausgehandelten Bedingungen kein Interesse haben. Hier die Schlägerbanden, die Khomeiny „Wächter der Revolution" nennt, da kurdische Separatisten und Anhänger des Schah - Regimes, die die islamische Republik um jeden Preis zerstören wollen. (Vgl. den Bericht über die Vorgänge bei der arabischen Minderheit in Khorramschar in ‚blätter des iz2w' Nr. 79.)

Ab Juli kam es daher erneut zu Schießereien, die sich ständig eskalierten. Anfänglich gingen die kurdischen Autonomisten nur gegen die „Wächter der Revolution" vor und verlangten, daß diese aus ihrer Region abgezogen werden sollten. Als dies nicht geschah, umstellten ihre bewaffneten Kämpfer Mitte August in der Kurdenhauptstadt Sanandaj die Kasernen der Regierungstruppen und gingen zum Angriff über. Daraufhin ordnete Khomeiny die Generalmobilmachung an und beorderte Truppen aus allen Teilen des Landes nach Kurdistan. Um die schwankende und sich uneinige Armee als Repressionsinstrument einsetzen zu können, mußte der Ayatollah allen Soldaten, die gegen seine Befehle handeln würden, mit der Todesstrafe drohen, Am 22. August bildeten die verschiedenen kurdischen Organisationen und Stämme eine Einheitsfront, um gegen die unterdrückerische Zentralgewalt Khomeinys einen regelrechten Krieg zu führen. Nachdem gefangene Autonomisten hingerichtet worden waren, töteten auch die Kurden einige Geiseln. die Stadt Mahabad, in der die demokratische Partei Kurdistans ihren Sitz hat, verteidigten die Kurden mit schweren Waffen, mußten aber schließlich auch hier wie in alle anderen Städten Kurdistans den Regierungstruppen weichen.

Die USA sprangen der iranichen Armee gegen die Kurden mit Waffen und Treibstoff bei. In einem Interview mit der französischen Zeitung ‚Liberation' hat der Generalsekretär der DPK, Doktor Ghassemluh, sogar behauptet, die Phantom - Jäger der Luftwaffe seien bei ihren Angriffen gegen kurdische Städte von amerikanischen Piloten geflogen worden. Iranische Piloten hätten sich geweigert, solche Einsätze zu fliegen. Khomeiny hat inzwischen zum Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden aufgerufen, Diese haben sich jetzt aus den Städten in ihre Berge zurückgezogen, wo sie sich auf einen langwierigen Guerillakampf vorbereiten. (Zu den politischen Zielen der Kurden vgl. die Erklärung ihres religiösen Führers, Scheich Husseini, weiter unten).

Wirtschaftliche und außenpolitische Hintergründe des Kurdenkonfikts

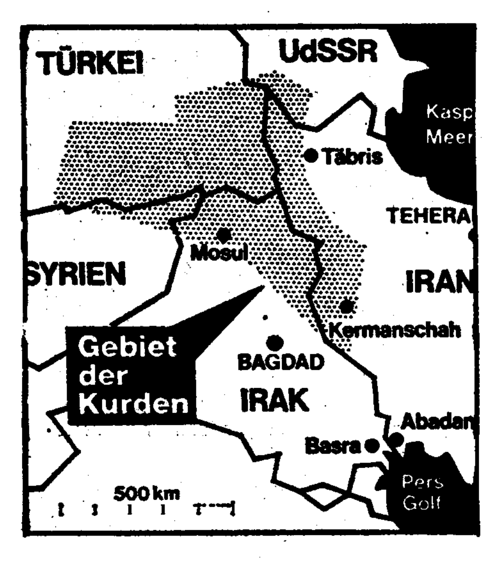
(NZZ 14.7. u. 26.7.79; BZ 11.9.79)

Das kurdische Volk ist auf die 5 Länder Sowjetunion, Syrien, Irak, Türkei und Iran verstreut, wo es jeweils als nationale Minderheit lebt. In allen diesen Ländern kämpft es seit jeher darum, seine besondere Kultur bewahren und sich selbst verwalten zu dürfen. Nach dem Sturz des Schah - Regimes hatten die iranischen Kurden gehofft, daß dies im Rahmen der islamischen Republik möglich sein würde. Darüber hinaus hat der gegenwärtige Konflikt noch besondere ökonomische und außenpolitische Hintergründe:

Die Großgrundbesitzer Iranisch - Kurdistans, die Aghas, wurden vom Schah von der Landreform verschont, damit sie halfen, die Autonomisten zu unterdrücken. Nach der Vertreibung des Schahs versuchten die kurdischen Landarbeiter und Bauern sofort, das Land der Aghas zu besetztn. Im Sommer gipfelte die Auseinandersetzung zwischen den Großgrundbesitzern und der armen Landbevölkerung in der Frage, wer die Ernte einbringt. Auf welcher Seite die Zentralgewalt der islamischen Republik in diesem kurdisch - kurdischen Konflikt steht, ist unklar. Einerseits gibt es Informationen, die behaupten, sie hätte sich ebenso wie der Schah auf die Seite der Aghas geschlagen, um die kurdischen Autonomiebestrebun-

gen besser unterdrücken zu können. Andererseits wird das Khomeiny Regime gerade von den Kleinbürgern bzw. Kleinbauern gestützt, und man kann sich kaum vorstellen, daß die Großgrundbesitzer als ehemalige Kollaborateure des Schahs den heutigen Machthabern schon nach so kurzer Zeit Vertrauen schenken. Auch behauptet die Regierung in Teheran selbst, daß ihre Truppen von den kurdischen Großgrundbesitzern provoziert werden.

Das Regime Khomeiny - Bazargan sieht sich vor die Tatsache gestellt, daß sich wichtige Ressourcen Irans auf dem Gebiet der nationalen Minderheiten befinden. Vor allem die Erdölfelder liegen in Khusistan, das zu 90% von Arabern bewohnt wird. Die Pahlevi - Dynastie wurde stets von der Furcht geplagt, die Kontrolle über die Bodenschätze zu verlieren, wenn sie den nationalen Minderheiten Autonomierechte gewährt hätte. Die Schahs haben deshalb immer versucht, den Anteil der persischen Bevölkerung in Khusistan durch Umsiedlungen zu vergrößern. Auch Khomeiny und sein Berater befürchten offenbar, daß ein Nachgeben gegenüber den Kurden, die vor allem Minderheiten am besten organisiert und bewaffnet sind, dem arabischen Separatismus in Khusi-



stan Auftrieb geben wird. Tatsächlich ist es im Juli zu Anschlägen arabischer Separatisten auf Erdölleitungen in Khusistan gekommen, die einen Rückgang der Ölproduktion und des Ölexports erzwangen. Das gerade seine repressive Politik gegenüber den Minderheiten solche Sabotageakte zur Folge hat, ist Khomeiny bisher entgangen.

Außenpolitisch ist vor allem interessant, woher die Waffen stammen, die sich heute in der Hand der Autonomisten in Kurdistan, Turkmenistan, Belutschistan und Asserbeidschan gefinden. Auch in diesen Randgebieten Irans wurden im Februar natürlich die Armeekasernen geplündert. Außerdem werden aber immer noch neue Waffen in diese Gebiete eingeschmuggelt. Die Preise sind extrem niedrig: Schon für weniger als 200,-DM soll es möglich sein, auf dem Schwarzmarkt ein Schnellfeuergewehr zu kaufen. Die Waffen werden hauptsächlich aus dem Irak, aus Afghanistan und auf dem Wasserweg aus Aden (Südjemen) nach Iran geschmuggelt. Da es sich wegen der niedrigen Preise nicht um den konventionellen, profitorientirten Waffenhandel drehen kann, sind politische Motive dahinter zu vermuten.

Der Irak und Afghanistan haben sicherlich ein starkes Interesse, die Machtverhältnisse im Iran zu verändern, das das Regime Khomeinys die schiitische Opposition bzw. den islamischen Widerstand in beiden Ländern unterstützt. Im Falle Südjemens liegt ein solches eigenes Interesse nicht vor. Gemeinsam ist den Ländern Südjemen, Afghanistan und Irak jedoch gegenwärtig, daß die Sowjets dort mehr oder weniger das Sagen haben. Es liegt daher auf der Hand, daß es die Sowjetunion ist, die die Waffeneinfuhr in die persischen Randgebiete organisiert und betreibt. Auch sie hat ein starkes politisches Interesse, das gegenwärtige Regime in Iran zu stürzen: Khomeiny und Bazargan entziehen sich nämlich der sowjetischen Gier nach iranischem Erdgas und haben die entsprechenden Abkommen gekündigt. Sie widersetzen sich der Ideologie und den Interessen der Sowjetunion in weitaus stärkerem Masse als der Schah. Statt Khomeiny und Bazargan hätten die Sowjets in Teheran lieber ein Regime nach dem Muster Tarakis und Amins in Afghanistan. Waffenlieferungen an die nationalen Minderheiten in Persien erscheinen als eine aussichtsreiche Strategie, dieses Ziel zu erreichen: sie verschärfen die ohnehin bestehenden innenpolitische Konfliktlage und könnten auf lange Sicht die Kurden und Araber der UdSSR verpflichten.

Der für seine fortschrittliche Haltung bekannte Ayatollah Taleghani hat sogar öffentlich den Verdacht geäußert, die Sowjetunion sei Aktiv am Aufstand in Kurdistan beteiligt. Am 9. September führte er ein langes Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Winogradow, vermutlich über dieses Thema.

Die Politik Khomeinys ist gefährlich für die Unabhängigkeit des Landes

Die gegenwärtige Politik des Khomeiny - Regimes gegenüber der Opposition und den Minderheiten ist nicht nur unterdrückerisch und undemokratisch. Darüberhinaus ist sie auch gefährlich für die Unabhängigkeit des Landes: einerseits gibt sie terroristischen und separatistischen Strömungen Auftrieb, weil immer größere Teile der Opposition und der ethnischen Minderheiten sehen, daß sie ihre berechtigten Forderungen nach demokratischen Rechten auf dem friedlichen Wege nicht werden durchsetzen können. Andererseits verstärkt sie die Gefahr, daß die bedrängten Kurden, Araber und Turkmenen in ihrer Not bei ausländischen Mächten Zuflucht und Hilfe suchen, insbesondere bei der rohstoffhungrigen Sowjetunion, die sich allenthalben Stützpunkte schaffen möchte. Das würde wiederum das Khomeiny - Regime dazu bringen, sich verstärkt mit dem US - Imperialismus zu verbinden. Nur wenn alle an Unabhängigkeit interessierten Klassen und Volksgruppen Irans sich verbünden, wird das persiche Volk die Abhängigkeit vom Imperialismus abschütteln und dessen erneute Einflußnahme zurückweisen können. Freiwillig, und das heißt: dauerhaft beteiligen sich die verschiedenen Klassen und Volksgruppen aber nur dann an dem gemeinsamen Kampf gegen Abhängigkeit und ausländisches Kapital, wenn sie die Gewißheit haben, daß sie innerhalb der islamischen Republik ihre Lebensinteressen vertreten und ihre kulturellen Eigenheiten bewahren können. Erst wenn Khomeiny und Bazargan der Opposition demokratische Freiheiten und den nationalen Minderheiten Autonomie gewähren, werden sie ihr antiimperialistisches Programm verwirklichen können.

Wir sollten daher bei der iranischen Regierung oder ihrer Botschaft in der BRD gegen die Schließung von Zeitungen, das Verbot oppositioneller Parteien und das brutale Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung protestieren. Dabei können wir Khomeiny und Bazargan bei ihren eigenen erklärten Absichten nehmen und sollten nicht versäumen, auf die Gefahr hinzuweisen, die ihre repressive Politik für die Unabhängigkeit Irans bedeutet.

Ob es dagegen sinnvoll ist, heute den bewaffneten Kampf der Kurden zu unterstützen, erscheint fraglich. Breite Teile des iranischen Volkes sind aufgrund der schiitischen Ideologie nach wie vor bereit, Khomeiny blind zu folgen. Wenn die Kurden und andere Minderheiten ihren bewaffneten Kampf verstärken, wird das also kaum zur Ablösung des heutigen Regimes durch fortschrittliche oder demokratische Machthaber führen, sondern höchstwahrscheinlich zu einem regelrechten Bürgerkrieg. Bestenfalls kann dessen Ergebnis sein, daß der iranische Staat in mehrere Teile zerfällt. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß eine der Supermächte die Gunst der Lage nutzt und wieder ein Regime wie das des Schahs installiert, das ihren ökonomischen Interessen widerstandslos dient.

Der einzig richtige Weg in dieser Situation ist nach wie vor, Verhandlungslösungen anzustreben, die den Kurden und anderen Minderheiten ihre Autonomierechte gewähren. Auf beiden Seiten gibt es besonnene Kräfte, die diesen Weg einschlagen wollen. Es ist wichtig, diese Kräfte zu unterstützen, damit sie sich besser gegen Provokateure behaupten können und Abkommen, wie sie im April geschlossen wurden, in Zukunft gehalten werden. hpö



Aufständische Kurden im Straßenkampf: Enttäuschte Hoffnungen

Einige Anmerkungen zu der obenstehenden Chronik

Im Zusammenhang mit dieser Chronik haben wir in der Redaktion über die sowjetische Außenpolitik diskutiert, wobei sehr kontroverse Meinungen geäußert wurden, Die genannte Chronik wurde von einigen Redaktionsmitgliedern wegen der antisowjetischen Tendenz kritisiert, insbesondere, da die Behauptungen im Einzelnen nicht nachgewiesen werden können.

Die durchgängige Aussage von hpö ist, daß die UdSSR derzeit die größte Gefahr für die Unabhängigkeit des Iran bedeutet. Sie unterstütze die um Autonomie kämpfenden Kurden durch Waffenlieferungen, da sie aufgrund ihres Rohstoffhungers Interesse an einer Destabilisierung der Regierung Khomeinys habe, um ihren Einfluß im Iran erweitern zu können und damit den Zugang zu billigen Rohstoffen sichern könne. Gleichzeitig läßt Khomeiny amerikanische Piloten — auch nach hpö — Bombardierungsflüge über Kurdistan fliegen.

1. Jedes Land ist daran interessiert, daß unmittelbar vor seiner Grenze keine Krisengebiete entstehen, sei es nun die UdSSR oder ein anderes beliebiges Land. Aus der bisherigen Haltung der UdSSR dem Iran gegenüber (seit der Revolution) läßt eine eindeutig ambivalente Haltung herauslesen. Dei totale Wendung in der Einschätzung der iranischen Politik in den letzten Tagen in der sowjetischen Presse ist ein deutlicher Beweis dafür. Welche Motive zu der sowjetischen Einschätzung führten, daß Khomeinys Politik plötzlich doch anti - imperialistisch ist, ist uns unklar.

Nach unseren Informationen gibt es keinen Beweis dafür, daß UdSSR direkt gegen oder für Khomeiny operieren würde.

2. hpö schreibt, daß die Waffenlieferungen an die Kurden — über Südjemen und Irak — durch die UdSSR organisiert werden. Dafür gibt es ebenfalls keine handfesten Beweise. Die angegebene NZZ - Meldung ist von der UdSSR dementiert worden (SZ 10.9.79). Wir sind außerdem der Ansicht, daß es ein legitimes Interesse der Kurden ist, sich mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen. Es liegt auf der Hand, daß die Kurden in Ihrem Kampf um Autonomie Unterstützung annehmen, woher sie diese erhalten können. Der Konflikt wird unser Ansicht nach nicht durch die Waffenlieferungen an Kurden — wie hpö schreibt — verschärft. Der Konflikt ist vielmehr durch Khomeinys eigene Politik verschärft worden, indem er den Kurden zugesagte Autonomie wieder rückgängig macht und das Militär gegen sie einsetzt.

3. Wir haben auch erhebliche Bedenken, die UdSSR als „rohstoffhungrig" zu bezeichnen. Damit soll nicht gesagt werden, daß wir alle Handelsbeziehungen und Rohstoffabkommen der UdSSR mit den Ländern der Dritten Welt gutheißen würden. Wir sind der Überzeugung, daß die UdSSR — jedenfalls bis jetzt — nicht mit militärischer Gewalt ihre Rohstoffinteressen absichern würde (wie die westlichen Länder bei ihren Ölansprüchen erklärtermaßen zu tun beabsichtigen).

Dadurch, daß man die UdSSR als den Hauptfeind des Irans abstempelt, wird die äußere Bedrohung des Irans politisch falsch gewichtet. Es wird dabei auch übersehen, daß es gerade die westlichen Länder sind, die ihre wirtschaftlichen Interessen mit Militärgewalt absichern. Sowohl die USA als auch Frankreich sind dabei, Einsatztruppen aufzubauen, die die ölproduzierenden Länder angreifen sollen, um damit den Zugang zum Erdöl zu „sichern". Und in der BRD unterstützen einige Politiker diese Absichten.

rs + wo

Kurden

Scheik Esedin Hosseini, Führer der iranischen Kurden, zum langjährigen Kampf gegen den Imperialismus im persischen Kurdistan:

Unsere Forderung: Selbstverwaltung

„Das wichtigste Problem der Kurden ist heute das Problem der Selbstverwaltung. Das kurdische Volk kämpft seit Jahren für dieses Recht und betrachtet sich als ein Volk. Es ist wahr, daß wir in Iran leben und mit den iranischen Brüdern gemeinsam haben, daß wir alle Mohammedaner und Iraner sind. Aber wir haben noch zusätzlich spezielle nationale und kulturelle Besonderheiten, auf die wir bestehen. Ich finde den Anspruch auf dieses Recht etwas ganz natürliches. Heute kämpfen wir nicht mehr allein im Iran, und alle iranischen Völker kämpfen mit uns. Es ist war, daß Chomeyni einen großen Anteil an der siegreichen Durchführung dieses Kampfes hatte, aber es ist klar, daß ohne die Unzufriedenheit des Volkes und der Widersprüche der Gesellschaft und die Bereitschaft der Massen zum Kampf die Bewegung seine Ziele nicht erreicht hätte. Das kurdische Volk kämpft seit Jahren und hat nicht nur zum Ziele, seine nationalen und kulturellen Rechte im Iran realisieren zu können. Die Regierung, die noch nie vor solchen Problemen gestanden hat, hat Angst vor unseren Forderungen. Sie hat noch nicht begriffen, was der Unterschied zwischen Selbstverwaltung und Zersetzung des Irans ist. Was wir unter Selbstverwaltung verstehen ist eigentlich einfach zu begreifen: Alle leben zusammen und dennoch werden die Besonderheiten der verschiedenen Völkergruppen nicht ausgerottet. So sehen wir, daß man zur Lösung dieser Frage nicht die Armee einsetzen muß. Und erst an dem Tage, wo die Rechte aller Völkerschaften im Iran berücksichtigt und realisiert werden, werden fremde Mächte machtlos werden ... Ich möchte hier nochmals betonen, daß wir nicht darauf aus sind, das Land zu teilen und zu zersetzen, daß wir mit keiner Supermacht zusammenarbeiten. Unsere einzige Sünde besteht darin, daß wir auf unser Recht bestehen. Aber diejenigen die die Selbstverwaltung im Widerspruch zu ihren Interessen sehen und auch als eine Gefahr für ihre Interessen, stempeln uns mit allen möglichen Etiquetten.

So erwarten wir von der Zentralregierung, daß sie unsere Ansprüche auf Selbstverwaltung freundschaftlich entgegennimmt, weil wir Iraner sind. Die Kurden müssen das Recht bekommen, innerhalb Irans selbst über ihr Schicksal zu bestimmen. Ansonsten werden wir darum weiterkämpfen müssen. Wenn wir unsere Rechte auf Selbstbestimmung im kurdischen Gebiet bekommen, dann haben wir eine demokratische Regierung. Wenn nicht, handelt es sich um eine reaktionäre Regierung und wir werden auf jeden Fall dagegen kämpfen.

Wir möchten eine Selbstverwaltung in kultureller, politischer, verwaltungsmäßiger und teilweise wirtschaftlicher Hinsicht. Gleichzeitig muß das Land eine Volksarmee, eine bestimmte Außenpolitik und ein bestimmtes langfristiges und für alle bestimmendes wirtschaftliches Programm haben. Das muß so gestaltet sein, daß die Rechte der Volkschaften im Iran darin berücksichtigt sind. Um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterentwicklung Kurdistans beseitigen zu können, muß man uns freies Land lassen, denn niemand ist von dieser Sache so stark betroffen, wie die Kurden selbst.

In wirtschaftlicher Hinsicht, wollen wir nach islamischen Prinzipien vorgehen. D.h. alle materiellen Güter müssen der Gesamtgesellschaft zur Verfügung stehen und unter den Mitgliedern aufgeteilt werden. Es darf nicht sein, daß diese Reichtümer, einzelnen Individuen zur Verfügung stehen, die damit die Gesellschaft ausbeuten und unterdrücken. Unsere Feinde im Iran sind diejenigen, die nicht wollen, daß unser Land einen demokratischen Weg geht und die totale Freiheit und Unabhängigkeit erreicht. Trotzdem sind wir sicher, daß die fortschrittlichen Kräfte Irans auf unserer Seite sind. Sie haben ihre Solidarität mit uns erklärt. Bei all dem darf man die Rolle des Imperialismus nicht vergessen. Er fürchtet sich davor, daß Kurdistan sich in ein Zentrum der Demokratie verwandelt. So ist es logisch, daß der Imperialismus seine Kräfte sammeln wird, um uns Schläge zu erteilen und zu behaupten, wir wollten keine Selbstverwaltung, sondern die Zersetzung der nationalen Einheit Irans.

Wie wir uns die Selbstverwaltung vorstellen:

Ich habe wiederholt gesagt, daß die allgemeinen Gesetze die gleichen wie im ganzen Iran sein werden. Aber im Rahmen der Selbstverwaltung Kurdistans werden meistens solche Gesetze angewandt werden, die Lokalfarbe haben und den entsprechenden örtlichen und zeitlichen Bedingungen besser angepasst sind.

Im Bezug auf die Armee, die Aussenpolitik, Präsidenten der Republik und ähnliche Probleme werden wir uns der Zentrale unterwerfen. Solche Vorstellungen sind alles andere als die Zerstörung und Zersetzung der Einheit Irans.

Zur Religion und Politik

Wenn der wahre Islam, wie ich ihn mir vorstelle, im Iran realisiert wird, können alle im Iran in Ruhe leben, jeder, die Minderheiten und auch noch die Atheisten. Aber wenn die Regierung eine wird, die die Rechte der Menschen und Völker mit Füssen tritt und eine neue Form der Diktatur realisiert, diesmal unter einer religiösen Kleidung, muß ihr der Kampf angesagt werden.

Ich denke, daß Religion und Politik voneinander nicht zu trennen sind. Dennoch ist es so, daß die Geistlichkeit in Fragen der Politik nicht eingeübt ist. Im Iran darf zur Zeit die Politik nicht der Geistlichkeit unterworfen sein. Die Rolle der Geistlichkeit muß darin bestehen, aufzuklären. In revolutionären Zeiten muß die Geistlichkeit mit den Massen kämpfen, aber in der Zeit danach darf es nicht sein, daß sie das Land verwalten, denn sonst könnten wir zurück in das Mittelalter und die Zeit der Herrschaft der Mönche wiedererleben. Die Rolle der Geistlichkeit sehe ich darin, Fortschritte einzuleiten, aufzuklären und dem Verderbnis vorzubeugen. Die Mittel, mit denen die Geistlichkeit diese Aufgaben realisiert, müssen die der Propaganda und Ansprache sein und nicht durch Gesetze, die über den Staat laufen.

Ich gehöre weder einer politischen noch religiösen Partei an Ich bin ein freier und unabängiger Geistlicher. Aber ich unterstütze alle fortschrittlichen Kräfte, die sich für die Selbstverwaltung von Kurdistan einsetzen. Ich betracht mich als den Freund aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte Irans Ich vertraue ihnen und weiß, daß sie mir auch vertrauen.

Für uns kann es ein selbstverwaltetes Kurdistan ohne ein freies und demokratisches Iran nicht geben.

Als ein Geistlicher kann ich kein Kommunist sein. Aber ich schätze die Kommunisten im Iran, die nationale Kräfte sind und nicht für fremde Mächte arbeiten. Ich verurteile jeden, ob religiös oder nicht religiös, der für fremde Mächte arbeitet. Ich habe wiederholt gesagt, daß der Mensch die Hauptsache ist und alles andere, Regierungen, Gesetze, Religionen, kulturelle Einrichtungen usw. müssen dem Menschen dienen, für den Menschen da sein. Jeder, der diesen Weg geht, ist zu schätzen und zu achten, Gott hat die Religion für das Glück der Menschheit geschickt, daher muß die Religion dem Menschen dienen und nicht der Minderheit und auch nicht der Mehrheit.

Zu den nichtiranischen Kurden

Sicher ist, daß sie unsere Brüder sind. Sie sind mit allen Iranern verbrüdert, denn sie sind alle Araber. Und bevor sie auseinandergerissen wurden, lebten sie alle im Iran. Zwischen uns und den restlichen Kurden gibt es Blutsverwandschaft, aber in politischer Hinsicht sind wir voneinander getrennt und verschieden. Wir haben im Iran und mit den iranischen Völkern den Kampf begonnen. Sie haben selbst ihren Kampf begonnen und setzen nun diesen Kampf mit den irakischen Völkern fort und so ist es auch in der Türkei. Sie werden mit den türkischen Völkern dort ihren Kampf fortsetzen. Sie stehen den Völkern, mit denen sie gemeinsam kämpfen, näher als uns. Wir werden keinem irakischen Kurden erlauben, im Iran eine Bastillon aufzubauen und seine Politik hier zu machen, und sich in unsere Angelegenheiten einzumischen. Aber auf der anderen Seite der Grenze sind sie nach wie vor unsere Brüder und überall da, wo eine Revolution oder eine Befreiungsbewegung entsteht, gibt es Auswirkungen auf die Umgebung und wenn es eine grosse Revolution ist, wirkt es sich auf das ganze Gebiet und auf die ganze Welt aus. Aber wir haben direkt mit den Kurden nichts zu tun und sie mischen sich in unsere Angelegenheiten nicht ein. Wir sind keine Zersetzer nationaler Einheit und Länder, und daher erlauben wir auch nicht, daß andere es in unserem Lande tun. Wenn die Kurden anderer Länder auch eine Selbstverwaltung anstreben, müssen sie selbst in den Ländern, wo sie leben, dafür kämpfen.

Mit der Einheit zwischen Moslems und den Kommunisten, beide Hände ineinander, werden wir den Weltimperialismus und die einheimisch Reaktion besiegen."

die Tageszeitung 24.8. 79

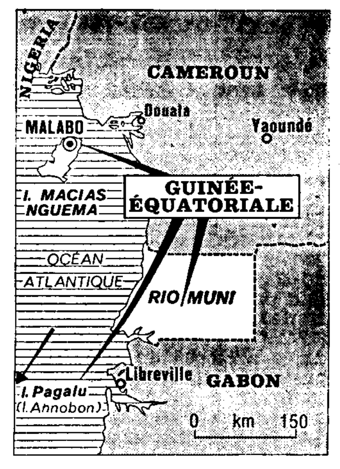
Äquatorial - Guinea

Ein Diktator weniger?

15.8. (jeune afrique) / 20.8. (afrique - asie) / 9.8. (NNZ) vgl. auch blätter des iz3w Nr.77

Vier Monate nach dem Sturz des blutigen Amin - Regimes in Uganda war die Diktatur des Francisco Macias Nguema an der Reihe. Über das Land war in den letzten Jahren, der ausgezeichneten Beziehungen zu Frankreich, Kuba und der Sowjetunion wegen, der Mantel des Schweigens gehüllt worden, doch wurde über Flüchtlingsberichte immer wieder einiges bekannt.

100000 Menschen, ein Drittel bis ein Viertel der Bevölkerung wurden vertrieben, täglich starben 50 bis 60 Menschen unter einer wahnwitzigen Repression, insgesamt etwa 50000, Folter und Zwangsarbeit waren an der Tagesordnung.



Der Diktator wurde durch eine Militärjunta gestürzt, deren Chef einer seiner treuesten Mitarbeiter, der Oberst Teodoro Nguema Mbazogo, ist. Der Oberst Nguema ist ein Verwandter des Präsidenten und ehemaliger Zögling der Militärakademie von Zaragoza in Spanien. Dieser betrieb eifrig die Repression und zögerte auch nicht, selbst die Ausrottung seiner einstigen Klassenkameraden von der Offiziersakademie zu betreiben. Der gestürzte Präsident befand sich zur Zeit des Putsches in seinem Geburtsort Mongo auf dem Festland. In der Festlandhauptstadt Bata fanden die Putschisten den Präsidenten nicht. Die dort stationierten 300 Soldaten, von den Kubanern ausgebildet, rührten sich nicht. Mit Hubschrauberhilfe gelangten die Putschisten nach Mongo. Alles Fluggerät in Äquatorial - Guinea wird von Kubanern kontrolliert, sodaß eine stillschweigende Billigung des Putsches durch diese wahrscheinlich ist. Amtlichen Angabe zufolge war der Putsch mit der spanischen Regierung abgesprochen.

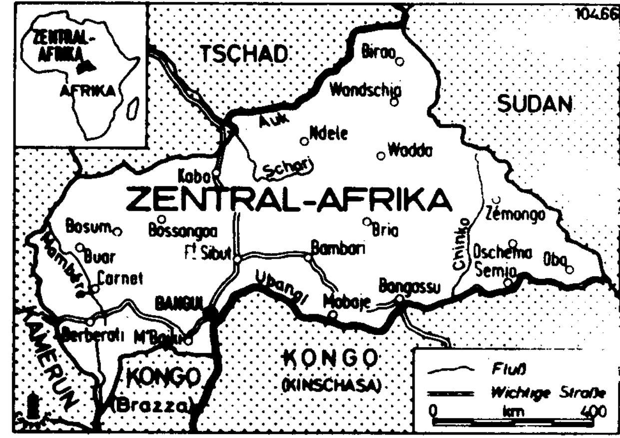
Die „Befreier" machten keinen Hehl daraus, in wessen Interesse geputscht wurde. Das Regime sollte beseitigt werden, um wieder ordentlichen neokolonialen Verhältnissen Platz zu machen. die spanische Regierung ist dabei, verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Für die Sowjetunion und Kuba, die die Insel Santa Isabel als logistische Basis benutzen, war die Kollaboration mit dem blutrünstigen Regime zu peinlich geworden. Von Wahlen wollen die neuen Herren nichts wissen. Immerhin: es kann für das Volk nur besser werden. Tagelang feierten die Äquatorial - Giuneer in Straßentänzen den Sturz des Diktators. Groß ist die Hoffnung, daß wieder gefischt werden kann (Fischen war wegen Fluchtgefahr der Bevölkerung verboten worden, das Fischereimonopol lag bei den Sowjets). Nachdem die Kirchen wieder geöffnet worden waren — zuletzt war nur noch die Anbetung des Diktators erlaubt — bildeten sich angeblich lange Schlangen von Eltern, die ihe Kinder taufen lassen wollten. Macias Nguema soll vor ein Revolutionstribunal, doch erst will man ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen — nur sind alle Ärzte entweder ermordet, oder vertrieben.

Die demokratische Exilopposition betrachtet die Militärjunta des Oberst Nguema, der sich wie sein Vorgänger „Marxist - Leninist" nennt, mit einem berechtigten Mißtrauen. Es bleibt zu hoffen, daß die Abschaffung der schlimmsten Auswüchse der Diktatur Anlaß und Ausgangspunkt für eine demokratische Entwicklung bildet.

as

Zentralafrika

Entgegen allen Erfahrungen und Erwartungen hat die Juristenkommission, die aus fünf afrikanischen Beamtenrichtern bestand und die beim französisch - afrikanischen Gipfeltreffen im Mai dieses Jahres eingesetztn wurde, die Ermordung von mehr als hundert Kindern im April 1979 unter Befehl und Beteiligung von Bokassa I nicht zu verschleiern versucht, sondern im Gegenteil anhand von zahlreichen Fakten nachzuweisen versucht und sogar in manchen Punkten die Berichte von amnesty international präzisiert. Die Kommission kam auch zu dem Schluß, daß Bokassa I, vor einem Jahr mit massiver Unterstützung Frankreichs von sich selbst zum Kaiser des Zentralafrikanischen Reichs ernannt (blätter des iz3w Nr. 59, S.5), die Unterdrückung von Schülern und Studentendemonstrationen im Januar 1979 durch Ordnungskräfte verordnet hatte (Jeune Afrique ((JA)), Nr. 973. 29.8.'79. S. 48).



Der Anlaß für diese friedlichen Demonstrationen von Schülern auf Straßen von der Stadt Bangui war der Rausschmiß mancher derjenigen, die sich geweigert hatten, die neu eingeführte Schuluniform zu tragen. Bald schloßen sich Studenten dem Zug der Schüler an. Sie forderten ihrerseits die Auszahlung ihrer Stipendien. Eltern, die längere Zeit ihre Löhne nicht ausbezahlt bekamen, gingen auch auf die Straße, um ihre Unzufriedenheit der Regierung gegenüber zu bekunden. Am 19. und 20. Januar wurden bei einem gewaltigen Einsatz von Ordnungskräften laut Angaben der Kommission mehr als 150 Menschen getötet.

Zwischen Januar und April war die Lage auf den Schulen und an der Universität sehr gespannt und spitzte sich in massenhaften Verhaftungen vom 17. bis zum 19 April zu. Kinder wurden in Bussen festgenommen und während der Abwesenheit ihrer Eltern aus den Häusern weggeschleppt.

Zu Militärkasernen, Polizeirevieren, und zum Gefängnis Ngaragba wurden sie hintransportiert und dort geschlagen, verstümmelt, gefoltert und in Zelen zusammengefercht, wobei mache erstickten. In diesem Gefängnis sind laut der Kommission fünfzig bis hundert Kinder gestorben (JA, 29.8.79, S.48).
Im Kommissionsdokument wird auch die direkte Beteiligung der zairischen Regierung Mobutus bei der Repression der Demonstrationen im Januar in Bangui nachgewiesen. Youssouf Ndiaya, Chef der Kommission, sagte Anfang August ganz klar zu diesem Punkt: Elemente aus der zairischen Armee waren „massiv" an den Massakern „beteiligt" (Libération, 18., 19.8.'79)

Bokassa „im Stich gelassen"

Kaum ein Wunder, daß Frankreich sich langsam in die Ecke gedrängt fühlt und Bokassa für einen weniger auffälligen Verbündeten austauschen will.

Im Ausland hat der Diktator kaum noch Rückenstärkung:

— Die USA wollen angeblich ihre öffentliche Hilfe an das Reich voll kürzen (Libération 13.9.'79);
— die afrikanische Presse verlangt den sofortigen Rücktritt Bokassas;
— Senegal bricht seine diplomatischen Beziehunge zu Bangui ab;
— und besonders entscheidend ist die Entschlossenheit der Bevölkerung, ihre Revolten gegen die Mißwirtschaft der Regierung nicht weiter zu verschweigen. Dies haben die Demonstrationen im Januar und April gezeigt.

Daß das zentralafrikanische Reich vollkommen von imperialistischen Ländern wie Frankreich beherrscht ist, und daß Bokassa nur durch ihre Hilfe an die Macht kommen und bleiben konnte, ist auch für die westliche Presse eine unwiderlegbare Tatsache geworden. Nur berichtet sie kaum darüber, welch tiefe Folgen eine solche Rohstoffausplünderung durch ausländische Mächte für die im Land lebende Bevölkerung hat. Aus einem lapidaren Artikel eines westdeutschen Wirtschaftsblatts ist z.B. zu entneh-

men, daß das zentralafrikanische Reich mit „Produktionsrückgängen und Finanzierungssorgen" konfrontiert ist. Im landwirtschaftlichen Sektor z.B., in dem 90% der Bevölkrung lebt, fielen die Ernteergebnisse bei den Produkten Baumwolle und Kaffee 1978 äußerst „unbefriedigend" aus (BfA / NfA, 11.4.'79). Es wird aber nicht gesagt, wie stark die landliche Bevölkerung von diesem „Produktionsrückgang" betroffen wurde. Es wird nur berichtet, daß die Stadtbevölkerung unter Mangel an Grundnahrungsmitteln leidet. Über die Agrarproduktion entscheiden nämlich die Interessen der ausländischen Märkte, insbesondere französische, die fast die gesamte Kaffee- und Baumwollesporte des Landes absorbieren (BfA / NfA 11.4.79).

Die Staatsfinanzen waren zwischen 1977 und 1978 durch ein sehr hohes Haushaltsdefizit gekennzeichnet, das nur zum Teil durch französische Hilfe gedeckt wurde. Das Loch in den öffentlichen Kassen bekamen die Lehrer zu spüren — ihnen wurden keine Löhne ausgezahlt.

Angaben zu Preissteigerungen können schlecht gemacht werden. Es darf aber kaum Zweifel darüber geben, daß Einzelhandelspreise, die für Grundnahrungsmitel wie Zucker oder Fleisch, die jeweils um 300% und 400% zwischen April 1977 und April 1978 gestiegen sind (BfA / NfA 11.4.79), die Nettolöhne ganz schon runterdrücken.

Die Positionen Frankreichs

Noch bevor die Juristenkommission im Juni mit ihrer Arbeit anfing, kündigte Frankreich die Streichung der Militärhilfe für Bokassa an (FR 6.6.79). Wegfall einer relativ unbedeutenden Summe, die das Gewissen sensibler Wählerseelen beruhigen und sonst die Interessen der Regierung an dem zentralafrikanischen Land kaum angetastet haben dürfte. Es ist ja kein Geheimnis, daß Frankreich die auf 16000 Tonnen geschätzten Uranreserven im Auge hat. Das zweite Hauptanliegen Frankreichs in diesem Gebiet Afrikas liegt in der Befürchtung, das Unterlassen seiner finanziellen Unterstützung würde sofort eine größere Einflußnahme der UdSSR und Chinas nach sich ziehen, weil das Zentralafrikanische Reich im Südwesten eine gemeinsame Grenze mit einem „marxistischen" Staat, der Volksrepublik Kongo, besitzt (FR 6.6.79).

Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der Kommission im August kündigte das Ministerium für Zusammenarbeti in einer kurzen Mitteilung die entgültige Streichung der öffentlichen Hilfe für Bokassa an. Jedoch von dieser Maßnahme sollten die Gelder für die Bereiche der Gesundheit, der Ernährung und der Erziehung (sic!) ausgenommen werden. Als Begründung galt, die Bevölkerung hätte nicht die Konsequenzen einer Situation zu tragen, wofür sie nicht verantwortlich sei! (Libération 18., 19.9.79, S.3) Laut Jeune Afrique entspricth die Streichung 1/5 der bisherigen Hilfe, wobei sicherlich nicht Frankreich die Garantie dafür übernehmen kann, daß diese Gelder für andere Zwecke wie Militärausgaben verwendet werden. Dazu sind die Meinungen im Regierungslager zu geteilt.

So propagierte die Tageszeitung Le Figaro, bekannt für ihre regierungsnahen Positionen, als Einschätzung für die Streichung der öffentlichen Hilfe für Bokassa den Gedanken, daß falls der „Bruch" zwischen Frankreich und dem zentralafrikanischen Reich zu einer schlimmeren Situation führen sollte, das Aufrechterhalten des Kaisers an der Spitze des Landes lieber sei (JA 29.8.79, S.50). Darf man glauben, daß eine Überschätzung der roten Gefahr in Afrika zu einer solchen politschen Blindheit führen kann?

Eine andere Lösung des Problems schien das Ministerium für Zusammenarbeit vorzustellen, als es zwei mögliche Nachfolger, Ange Patasse, ehemaliger Premierminister und Sylvester Bangui, ehemaliger Botschafter in Paris, in Erwägung zog.

Die zehnjährige Beteiligung Patasses an der Regierung Bokassas und seine Funktion zuletzt als Premierminister zwischen Dezember '77 und Juli '78 läßt die Vermutung zu, daß er nicht unerheblich zur Unterdrückung und ökonomischen Auspressung der Bevölkerung beigetragen hat. Anfang Juni diese Jahres hatte Patasse in Paris die Gründung eines Komitees der Nationalen Einheit bekannt gegeben, dem auch noch amtierende Minister des zentralafrikanischen Reichs angehören sollen (Arbeiterkampf, 27.7.79).

Bangui war aus Protest gegen die jüngsten Massaker an zentralafrikanischen Kindern von seinem Posten zurückgetreten und hatte in Frankreich um Asyl gebeten. Bangui strebt nach eigenen Aussagen eine aufgeklärte, parlamentarische Monarchie nach marokkanischem Vorbild an. Eine Partei hat er auch gegründet, die Ubangui Befreiungsfront (FLO), die in einem Programm u.a. folgende, liberal- demokratische Forderungen beinhaltet:

Wiederherstellung demokratischer Freiheiten, Freilassung aller politischen Gefangegen, Pressefreiheit, Gewerkschaftliche Organisierung, freie Wahlen (Arbeiterkampf 27.7.79).

Bangui hat am 11. September 1979 in Paris die Republik Ubangui ausrufen und die Gründung einer Exilregierung angekündigt. Die anderen oppositionellen Organisationen wurden bis zu diesem Datum von dem Vorhaben Banguis nicht unterrichtet. Eine Einladung an diese Organisationen, sich an seiner provisorischen Regierung zu beteiligen, hielt er jedoch für angebracht, bei einer Pressekonferenz mitzuteilen (FR 11.9.79). Die französische Regierung, die mit großer Wahrscheinlichkeit beim Vorhaben von Bangui mitgewirkt hat, wird es nicht einfach haben, ihre Glaubwürdigkeit, im Falle ihrer weiteren Unterstützung von Bangui, zu bewahren. Laut Berichten der westlichen Presse ist nicht zu erwarten, daß diese provisorische Regierung ein großes Ansehen bei der Bevölkerung Zentralafrikas haben wird. Dazu hat Bangui mit dem Ablegen seines Amtes zu lange gewartet und kann damit seine Mitveranatwortung an den jetzige Zuständen in dem „Reich" schwer wegleugnen. Außerdem macht ihm seine Herkunft aus dem Stamm der Mbakas nicht gerade beliebt. Diesem gehört Bokassa und seine Familie an (Le Monde 12.6.79).

Als günstigere Möglichkeit bietet sich ein Mann an, der 1959 Präsident der Zentralafrikanischen Republik war und seit 1962 im Exil lebt und zur Zeit als Funktionär bei der Weltgesundheitsorganisation in Cotounou (Benin) arbeitet: Abel Goumba (Le Monde 12.6.79). Seine Vergangenheit hat das Bild eines kompetenten, nicht korrupten Mannes geprägt. Bei den Demonstrationen im Januar auf den Straßen von Bangui wurde oft sein Name laut gerufen. Für viele Leute im Erziehungsbereich stellt er das Symbol der republikanischen Tradition Zentralafrikas dar. Goumba soll auch wesentlichen Anteil an der Gründung der Patriotischen Front von Ubangui 1976 in Brazaville (Kongo) behabt haben, die von einem großen Teil der Beamten und der Studenten in Bangui unterstützt wird. Ihm wird von der Patriotischen Front die Fähigkeit zugesprochen, eine nationale Einheit herstellen zu können. Er gehört zu ethnischen Gruppe der Banziri an, die im Zentralafrikanischen Reich in der Minderheit lebt, aber von den anderen durch die Mbakas unterdrückten Ethnien gut angesehen wird.

(Le Monde 12.6.79, Arbeiterkampf 27.7.79).

Die Bildung einer gemeinsamen Front gegen Bokassa

Die gemäßigte Oppositionsbewegung hat sich erst innerhalb des letzten Jahres gebildet und organisiert. Vom 7. bis 9. Juli 1979 haben sich vier oppositionelle Bewegungen in Cotounou getroffen und die Gründung eines Koordinationskomitees beschlossen. Es handlet um die Nationale Vereinigung zentralafrikanischer Studenten (ANECA), um die Patriotische Front Ubanguis (FPO), die Front zur Befreiung Ubanguis (FLO) und die Volksbefreiungsbewegung Zentralafrikas (MLPC). In einem gemeinsamen Kommunique erklären die Organisationen, alle ihre Aktivitäten zu koordinieren, das „mörderische Regime Bokassas zu stürzen", „die Republik wieder zu errichten" und „die demokratischen Freiheiten herzustellen". (Le Monde 12.7.79). Eines der Hauptanliegen der vier Organisationen in Cotounou war auch, Kontakte mit Goumba aufzunehmen. Dieser scheint immer mehr die Führung der gemäßigten Oppositionsbewegung gegen Bokassa zu übrnehmen. Goumba also als Nachfolger? Dazu wären Informationen über die Reaktion der UdSSR und Chinas auf die Ereignisse Anfang diesen Jahres und sonst über die Verankerung radikalerer Bewegungen wie die Partei des zentralafrikanischen Volkes (PPC) oder die Zentralafrikanische Volksbefeiungsbewegung (Arbeiterkampf 27.7.79), notwendig, die dem neulich in Cotonou gegründeten Koordinationskomitee nicht angehören. Gegen Patasse und Bangui bleibt Goumba jedoch der aussichtsreichste Kandidat für die Nachfolge Bokassas (Le Monde 27.7.79).

fbu



Straßenstimmung bei der Krönung Bokassas...

VIETNAM

Warum fliehen die Chinesen ?

„1. Mai! Saigon ist frei!" Unter vielen anderen habe auch ich 1975 in einem Freudentaumel, ausgelöst durch den Sieg der Vietnamesen über die USA, diese Parole geschrien.
Aber unsere Freude darüber währte nicht lange. Drei Jahre später ging es Schlag auf Schlag:

- Der Grenzkrieg zwischen Kampuchea und Vietnam eskalierte zur Invasion Vietnams in Kampuchea und dem Einsetzen einer provietnamesischen Regierung in Phom Penh,
- China führt eine Strafexpedition gegen Vietnam aus,
- Hunderttausende von chinastämmigen und anderen Vietnamesen fühlen sich nicht (mehr) befreit, sondern verlassen ihr Heimatland.

Für einige hier in Europa ist die Situation in Indochina klar, sie paßt ins globale Weltbild:
Die *Reaktionäre* fragen polemisch, wo die Zigtausend der Sechziger Jahre, die für Vietnam demonstrierten, heute mit ihrem Protest für die Vietnamesen sind. Die Situation ist ja auch geradezu einladend für Strauß und Co, mit Hilfe der Flüchtlinge antikommunistische Propaganda zu betreiben.
Die *prosowjetische Linke* und die RGW-Staaten (RGW: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, auch bekannt unter „COMECON") werfen alle Schuld auf den US-Imperialismus und die VR China, die, um Vietnam zu schädigen, Hunderttausende zur Flucht aufgestachelt haben. Und die *chinafreundliche Linke* Westeuropas sprechen demgegenüber von einem südostasiatischen Holocaust, einer Vertreibung der chinesischen Minderheit in Vietnam durch den Sozialimperialismus.
Und was sagen wir, die undogmatischen, selbstdenkenden und unabhängigen Linken? Die meisten können wohl nur noch trauern und vielleicht weinen, aber wir schweigen dazu (die „blätter des iz3w" nicht ausgenommen!). Es erschlägt uns unsere Hoffnung, die wir in unserem Engagement gegen den amerikanischen Vietnamkrieg gezeigt hatten. War unser Protest falsch? Doch wie schreibt uns ein Leser: „Nicht Trauerarbeit, sondern politökonomische Analyse ist vonnöten" (blätter des iz3w, Nr. 77). Wohlan, ans Werk!
Hunderttausende haben Vietnam auf Schiffen, die oftmals nicht mal mehr den Namen „Boot" verdienen, verlassen.
Es ist unbestritten, daß bei ihrer Flucht im südchinesischen Meer Zehntausende infolge Schiffsbruch ertrunken oder an Mangel an Wasser und Nahrung umgekommen sind. Die UNO-Flüchtlingsbehörde schätzt, daß auf jeden lebend in den Lagern Malaysias, Indonesiens, Thailands, Singapurs, der Phillipinen oder in Hongkong ankommenden Flüchtlingen einer auf der Flucht gestorben ist.
Was treibt diese Menschen dazu, ihr Heimatland zu verlassen und sich in das Abenteuer dieser lebensgefährlichen Flucht, die bei lebender Ankunft auf festem Boden mit einer ungewissen Zukunft verbunden ist, zu begeben? Die meisten von ihnen haben umgerechnet einige Tausend D-Mark in Gold oder Geld an vietnamesische Behörden und/oder Fluchthelfer bezahlt, um in nicht hochseetüchtigen und überfüllten Booten ihre Flucht anzutreten. Warum zahlt jemand (vielleicht sogar freiwilligerweise) ein Vermögen, um in den Tod zu fliehen?

Sind die fliehenden Vietnamesen eine unterdrückte und vertriebene Minderheit (Chinesen) oder verlassen sie Vietnam, weil sie mit den harten Lebensbedingungen des Neuaufbaus des von jahrelangen Kriegen zerstörten Vietnam nicht zurechtkommen und, aufgestachelt von ausländischer und inländischer Agenten- und Propagandatätigkeit, ein besseres Leben im Ausland erhoffen?



Diese Fragen versucht der folgende Artikel durch die Untersuchung der innen- und außenpolitischen Situation in Vietnam seit der Befreiung (oder „Befreiung") 1975 einer Klärung näherzubringen.

Die Situation nach dem Ende des vietnamesisch-amerikanischen Krieges

Als am 30. April 1975 die Streitkräfte der Befreiungsfront und die nordvietnamesische Armee in Saigon, dem heutigen Ho Tchi Min Stadt, einzogen, war klar, daß die Folgen des über zwanzigjährigen Krieges in Vietnam und Indochina, der japanische, der französische und der amerikanische Krieg eine Vielzahl von Problemen hinterlassen hatten, die nicht von heute auf morgen zu lösen waren und sind.
Im Gegensatz zu den Roten Khmer, die Phnom Penh nach dem Sieg innerhalb weniger Wochen fast vollständig entvölkerten, gingen die Vietnamesen mit der durch den Krieg aufgeblähten 4-Millionen-Stadt Saigon äußerst behutsam um. Daher kam es auch im Jahre 1975 nicht zu einer größeren Fluchtbewegung aus Vietnam. Außer den höchsten Beamten des Thieu-Regimes und den US-Amerikanern verließ damals kaum jemand Südvietnam.

Die Zerstörungen des Vietnamkrieges

(1945 – 1975)

2 Mio. Tote
5 Mio. Verwundete
1 Mio. Witwen
1 Mio. Waisen
10 Mio. Vertriebene
500 000 Prostituierte
500 000 Drogensüchtige
400 000 Kriegsversehrte
14 Mio. Tonnen Bomben, Artilleriegeschosse, Minen und Munition verwendet (10 x mehr als im Zweiten Weltkrieg in Deutschland)
400 000 Tonnen nichtexplodierter Bomben und Minen liegen immer noch in den Reisfeldern und Wäldern
20 Mio. Bombenkrater = 140 000 ha

71 253 000 Liter Entlaubungsmittel zerstörten:
1 181 331 ha Urwald
1 239 459 ha Bambuswald
261 229 ha Reisfelder
260 308 ha Edelholzwälder (45 Mio. m^3 Nutzholz)

Tausende von Kilometern zerstörter Straßen, Eisenbahnschienen, Brücken, Hunderttausende von ausgebombten Wohnungen, Schulen, Spitälern.

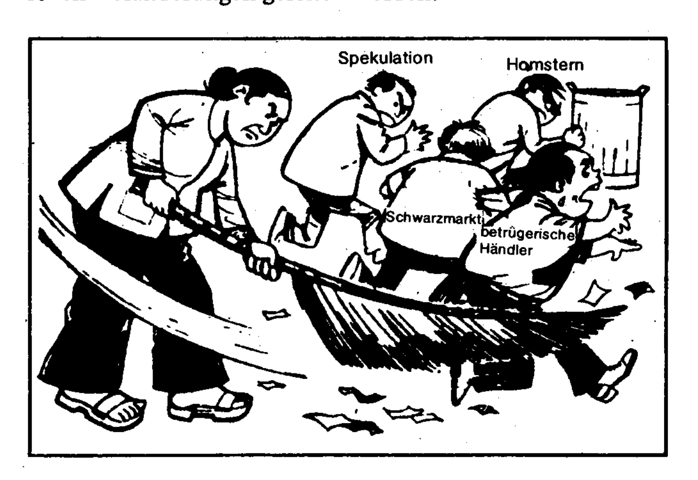
Die Politik bis Ende des Jahres 1977

Die erste Phase des Wiederaufbaus und der Umgestaltung des Südens erfolgte nicht aufgrund schematischer Pläne aus Nordvietnam, sondern durch die schrittweise Einführung des Sozialismus. Diese Politik – der wirtschaftlichen Situation und dem politischen Bewußtsein der Bevölkerung durchaus angemessen – wurde vom Vietkong, wie die südvietnamesische Befreiungsfront während des Vietnamkrieges in den Medien genannt wurde, Politikern der „Dritten Kraft", die während des Krieges durch ihre politische Opposition gegen das Thieu-Regime eine bedeutende Rolle gespielt hat und nordvietnamesischen Kadern gemeinsam durchgeführt. Die Einbeziehung nordvietnamesischer Kader und der „Dritten Kraft" war sowohl für den Vietkong aufgrund des außerordentlichen Kadermangels notwendig – ein Großteil der autochronen südvietnamesischen Kader ist während des Krieges, besonders während der sehr blutigen TET-Offensive 1968 gefallen – als auch ein bewußter Schritt zur politischen Wiedervereinigung des Landes, die nach den Wahlen von April 1976 mit der Proklamierung der Sozialistischen Republik Vietnam im Juli 1976 formal verwirklicht wurde.
Die *Umerziehung* der militärischen und zivilen Angehörigen des Thieu-Regimes erfolgte recht unterschiedlich: Während untere Verwaltungskader schon nach wenigen Wochen politischer Schulung oftmals wieder auf ihre alten Posten zurückkehrten und ehemalige Soldaten entlassen wurden, sobald sie bereit waren, irgendwo auf dem Lande oder in den Fabriken zu arbeiten, wurden die mittleren und höheren Militärs und Beamten (insgesamt ca. 100 000) einer längeren Umschulung unterzogen, die in den einzelnen Lagern sehr unterschiedlich gehandhabt wurde. Im Gegensatz zu Kampuchea wurde in Vietnam jedoch nur eine äußerst geringe Zahl ehemaliger Feinde hingerichtet. Der überwiegende Teil der Umzuerziehenden sollte nach drei Jahren in den Aufbauprozeß eingegliedert sein.

Schwierig gestaltete sich auch die „Umerziehung" der ehemaligen Prostituierten. Auch hier zeigte sich die politische Weitsichtigkeit der vietnamesischen Politik der ersten Phase, mit allen Kräften des Landes beim Wiederaufbau zusammenzuarbeiten: Reisende berichteten von katholischen Klöstern, in welchen unter der Aufsicht der Nonnen ehemalige Prostituierte Lesen und Schreiben lernen. Das Problem der Prostitution wie auch der Kriminalität ist jedoch auch heute in Ho Tchi Min Stadt noch lange nicht als gelöst zu betrachten.

Änderung der Politik im Jahre 1978

Im Jahre 1978 änderte sich die politische und ökonomische Linie der vietnamesischen Partei grundlegend.
Am 20. März wurde die Kampagne für die Unterdrückung des kapitalistischen Handels begonnen. Am 3. Mai wurden die bis dahin getrennten Währungszonen Nord- und Südvietnams zu einer Währungseinheit zusammengefaßt. Im landwirtschaftlichen Bereich wurde die Linie, daß die Entwicklung der materiellen Grundlagen der Landwirtschaft Vorrang vor der der Kollektivierung im Süden habe, umgekehrt: als erstes muß das Land und die anderen Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt und die Arbeit kollektiviert werden. Im Juni wurde Vietnam Vollmitglied im RGW. Im November wurde ein Freundschafts- und Zusammenarbeitspakt mit der Sowjetunion abgeschlossen.
Im Dezember begann die Invasion in Kampuchea. Der Flüchtlingsstrom setzte ebenfalls im Jahre 1978 ein und muß im Zusammenhang mit den innen- *und* außenpolitischen Veränderungen gesehen werden.



Vietnamesische Karikatur zur Säuberung der kapitalistischen Wirtschaftsbereiche

Der tertiäre Sektor – kapitalistischer Dolch im Herzen des sozialistischen Vietnam

75 % der nichtmilitärischen Güter, die Südvietnam unter dem Thieu-Regime im Jahre 1974 importierte, waren Konsumgüter: Nahrungsmittel, Pharmaprodukte, Mopeds, Autos, Elektro- und Elektronikgeräte etc. Dieser hohe

Konsumgüterimport führte zu einer Unterentwicklung lokaler Industrie und einem Aufblähen des Handelssektors. So nahm in der „Blütezeit" des Vietnamkrieges der tertiäre Sektor (Handel und Dienstleistungen) in Saigon-Cholon 70 % des Bruttosozialproduktes der Stadt ein gegenüber nur 7 % des Industriegütersektors. „Im Januar 1975 hatte Saigon-Cholon 1 678 kommerzielle Handelsunternehmen, 795 Import-Exportfirmen, 18 Warenhäuser, 220 Hotels mit einer Kapazität von 16 000 Gästen. Von den 550 000 Haushalten in der Stadt lebten 366 000 vom Handel oder dem Dienstleistungsbereich (200 000 Haushalte im Handel; 100 000 im Dienstleistungsbereich; 16 000 in Restaurants und Hotels). Zu diesen Zahlen müssen noch 20 000 Trödler, Händler etc. hinzugezählt werden. Deren Klasse wuchs nach der Befreiung noch sehr heftig – verursacht durch das Anwachsen der Arbeitslosen, so daß es schwierig ist, genaue Zahlen anzugeben." (1)
Gegenüber diesen „freien Händlern" und Handelsunternehmen war die provisorische Regierung Südvietnams machtlos. Im September 1975 wurden zwar die Banken und Import-Export-Firmen verstaatlicht, die kleineren und mittleren Händler konnten jedoch *ihren* Geschäften wie gewohnt nachgehen. Dies hatte die Wirkung, daß Waren zu staatlich festgesetzten Preisen, besonders die Grundnahrungsmittel, in den Staatsläden nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren, während auf den 13 Schwarzmärkten von Ho Tchi Min Stadt zu überhöhten Preisen Waren unterschiedlichster Herkunft angeboten wurden, ohne daß die Behörden diesem Treiben ein Ende setzten.
Die Nahrungsmittel wie Reis und Fisch wurden von den Händlern den Bauern und Fischern direkt abgekauft. Handwerkliche Produkte gelangten auf die gleiche Art und Weise auf die Schwarzmärkte, anstatt in staatlichen Läden angeboten zu werden. Hinzu kamen unzählige Waren, die im April und Mai 1975 aus den von den Amerikanern verlassenen Armeelagern geplündert worden waren, wie amerikanische Zigaretten und Alkoholika, Cassettenrecorder, Kühlschränke, TV und andere Luxus- oder hochwertige Konsumgüter. In Ho Chi Min Stadt gab es Anfang 1978 200 staatlich betriebene Lager und 427 Läden im Stadtgebiet und den Vorstädten. Trotz hoher Wachstumsraten konnte der staatliche Handel die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht ausreichend befriedigen. Der Schwarzmarktpreis für Reis lag beispielsweise im November 1977 bis zu zehnmal höher als der staatlich festgesetzte Preis. (2)
Es gab sogar einen schwarzen Industriegütermarkt. Einige Händler hielten in Lagern dringend benötigte Maschinen und Ersatzteile versteckt, die dem Staat zu überhöhten Preisen angeboten wurden.
Es versteht sich von selbst, daß der private Handel, der noch Anfang des Jahres 1978 70 % des gesamten Handels Südvietnams ausmachte, jegliche staatliche Planung über den Haufen warf.
Im Jahre 1978 änderte sich die Politik gegenüber den Händlern vollständig. Es wurde erkannt, daß die Politik des langsamen Ausdehnens des staatlichen Handels aufgrund der ökonomischen Stärke des kapitalistischen Sektors zum Scheitern verurteilt war. Am 20. März 1978 wurde damit begonnen, Waren und Guthaben der Mittel- und Kleinhändler zu inventarisieren und einzufrieren. Soweit sich die Händler nicht gegen behördliche Maßnahmen wehrten, indem sie Lager versteckt hielten, Guthaben nicht anzeigten oder die Behörden zu bestechen versuchten, wurden sie gegen staatlich festgesetzte Entschädigungen enteignet. Versteckte Lager und Guthaben wurden entschädigungslos enteignet. Private Konsumgüter einschließlich Autos, Kühlschränke, TVs etc. wurden den Händlern in jedem Fall belassen. Das enteignete Kapital sollte in einer produktiven Branche nach freier Wahl investiert werden: Industrie, Landwirtschaft, Holzwirtschaft oder Fischfang bzw. -zucht. Sie konnten entweder ihr Kapital in bestehende Betriebe oder Kollektive einbringen, neue staatlich-private Unternehmungen gründen. Oder aber Privatinvestitionen unter staatlicher Planung und Aufsicht vornehmen.
Im Regierungsbeschluß zur Überführung des kapitalistischen Handelssektors in die Produktion vom 31. 3. 78 heißt es:
.... Der Staat hat beschlossen, den Handel durch Kapitalisten abzuschaffen, und ermutigt die letzteren, sich zu ändern und an der Produktion teilzunehmen, entlang der Linie des Sozialismus, in Branchen, die dem Land und dem Volk dienen sowie ihrer eigenen Person und ihren Familien, indem sie sich den Menschen anschließen, die für den Wohlstand der Nation arbeiten.
Kapitalistischen Kaufleuten ist es erlaubt, in Landwirtschaft und Industrie zu operieren, eingeschlossen Kleinindustrie und Handwerk, Fischerei und Forstwirtschaft, in strikter Übereinstimmung mit staatlichen Richtlinien, Politik und Plänen und in Übereinstimmung mit Regulierungen, die wirtschaftlichen Zonen und Spezialisierung betreffend sowie demographische und arbeitsmäßige Neuverteilungen nach nationaler und regionaler Gewichtung ....
Kapitalisten, die sich in der Produktion engagieren, werden ermutigt, ihr eigenes Geld, ihre Produktionsmittel und physikalische Möglichkeiten zu nutzen, um mit der notwendigen Unterstützung des Staates relativ große Produktionsunternehmen zu gründen, indem sie fortschrittliche Technologie benutzen .... (3)
Diese Maßnahmen – allein in Ho Chi Min Stadt wurden im März 1978 von 30 000 Geschäftsleuten die Waren und Konten eingefroren – sollten begleitet werden durch den raschen Aufbau eines sozialistischen Handelssystems, aber die vorhandenen und neueröffneten Staatsläden reichten nicht aus, um die Versorgungslücken, die die Enteignungen bewirkt hatten, zu schließen.

Landwirtschaft

In den „Neuen Wirtschaftszonen" (NWZ) wurde mit der Rücksiedlung und Neuansiedlung von Bauern, die während des Krieges aus den „Feuer Frei Zonen" (4) in die Städte geflohen waren, begonnen. Auch hierbei wurde im Gegensatz zur Politik der Roten Khmer im benachbarten Kampuchea mit möglichst wenig Zwang und viel politischer Überzeugung und Bereitstellung von Maschinen, Saatgut, Land und Steuerfreiheit vorgegangen. Die Kollektivierung wurde im Süden zunächst zurückgestellt und Vorrang der Steigerung der materiellen Produktion gegeben. Jedoch gelang es der Regierung in den ersten drei Jahren nicht, die Bauern von der Notwendigkeit einer Produktionssteigerung zu überzeugen. Oftmals wurde nur für die Eigenversorgung angebaut oder Reisüberschüsse anstatt den Behörden auf dem schwarzen Markt oder privaten Händlern verkauft.
Die in den NWZ arbeitenden Bauern schienen sich das Leben weniger hart vorgestellt zu haben und mehr Möglichkeiten des Erwerbs von Konsumgütern erhofft zu haben. Zudem war und ist die Gefahr bei der (Wieder) Urbarmachung des Bodens durch die Hunderttausende von Blindgängern, die noch immer auf den Feldern und Wäldern Vietnams liegen und mit deren Beseitigung die Sprengkommandos nicht nachkommen können, groß. Dies führte dazu, daß viele der Neusiedler die NWZs wieder verließen

und in die Städte zurückkehrten, wo sie als Nichtregistrierte keine öffentlichen Reisrationen erhielten und vollständig auf den Schwarzmarkt angewiesen waren und sind.

Vietnams zweiter Fünfjahresplan (1976–1980), der jedoch erst mit der Verabschiedung im Dezember 1976 in Kraft trat, konnte aufgrund der mangelnden politischen Mobilisierung der Bauern und hinzukommender Naturkatastrophen (Dürre Ende 1976 sowie Taifunschäden im Delta des Roten Flusses Mitte 1977) im Jahre 1977 nur annähernd verwirklicht werden: Die Reisproduktion blieb 2,5 Mio. Tonnen unter dem gesetzten Ziel von 13,7 Mio. Tonnen. (5) Auch im Jahre 1978, dem Jahr der fortschreitenden Kollektivierung der Landwirtschaft im Süden, blieb der Ernteertrag noch unter dem Vorjahresniveau. Verursacht durch Flutkatastrophen und Schädlingsbefall, aber auch ein weiteres allgemeines Nachlassen der Produktivität trugen dazu bei. Es konnte weiterhin nicht wie geplant genügend Neuland urbar gemacht werden und der verteilte Landüberschuß der Mittelbauern des Mekingdeltas produktiv genug genutzt werden. Auf der anderen Seite erhöhten die Flutkatastrophe im September 1978 die Bereitschaft der Bauern, bei der Wasserregulierung zusammenzuarbeiten, welches dem neuen Ziel der Regierung, die Kollektivierung voranzutreiben, entgegenkam.

Industriegüterproduktion

Auch die Industriegüterproduktion konnte die Planziele der letzten Jahre nicht erreichen. 1978 soll sie der Far Eastern Economic Review (FEER) nach nur eine Steigerung von 6 % gegenüber dem Vorjahr ausgemacht haben. Die Ursachen dafür werden im Disengagement der Kader („Despotischer Bürokratismus und mangelndes Verantwortungsgefühl") gesehen. Die Folge ist – so die FEER nach vietnamesischen Zeitungsberichten –, daß Maschinen und Werkzeuge nur halb benutzt und oft nur 4 – 5 Stunden im Tagesdurchschnitt im Arbeitsprozeß verwendet wurden. So konnten auch verschiedene mit ausländischen Krediten in Angriff genommene Projekte nicht ausgeführt werden oder verzögerten sich beträchtlich aufgrund mangelnder Fertigstellung der Infrastruktur durch vietnamesische Stellen.
Die wirtschaftlich angespannte Situation wurde in diesem Jahr durch die vietnamesische Invasion in Kampuchea und der chinesischen Strafexpedition gegen Vietnam sowie der Flucht chinesischer Facharbeiter aus Nordvietnam, dem traditionell stärker industriealisierten Teil des Landes, noch weiter verschlechtert.

Außenpolitik

Die außenpolitischen Aktivitäten des wiedervereinigten und in die UNO aufgenommenen Vietnams waren in der ersten Phase von dem Wunsch geprägt, von jeder möglichen Seite Aufbauhilfe zu erhalten. Als Land, das sich während des Krieges traditionell im sino-sowjetischen Konflikt um das wahre Weltzentrum des Kommunismus neutral verhalten hat, erhielt es Wirtschafts- wie Militärhilfe sowohl aus der Sowjetunion und den anderen RGW-Staaten wie aus der VR China. Außer der Fortsetzung dieser Hilfe nach dem Krieg erwartete Vietnam Milliardenhilfsprogramme aus den westlichen Staaten, insbesondere die von den USA im Pariser-Friedensabkommen zugesagte Wiederaufbauhilfe. Als, statt amerikanischer Wirtschaftshilfe, die amerikanische Handelsblockade Vietnams aufrechterhalten wurde, sich die Verbesserungen in den sino-amerikanischen Beziehungen abzeichneten, setzte sich in der KP Vietnams die Linie durch, die für eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion plädierte.
Ohne über Folgen und Ursachen streiten zu wollen, möchte ich die wichtigsten Fakten der vietnamesischen Außenpolitik kurz darstellen:
– Deutlich werdende Verschlechterungen der sino-vietnamesischen Beziehung seit der Wiedervereinigung Vietnams und der Ausdehnung des vietnamesischen Einflusses in Laos.
– Chinas nationales Interesse an einer Balkanisierung, d. h. Zersplitterung in unabhängige nicht zusammenarbeitende Kleinstaaten – der indochinesischen Halbinsel steht dem Interesse Vietnams an „besonderen Beziehungen" mit Laos und Kampuchea diametral entgegen.
– China – obwohl sich wirtschaftlich westlichem Kapital öffnend – unterstützt die isolationistische Politik der Roten Khmer propagandistisch und durch Waffenlieferungen im vietnamesich-kampucheanischen Grenzkrieg, während die chinesischen Waffenlieferungen an Vietnam im Jahre 1975 eingestellt wurden.
– Im Jahre 1978, als der Grenzkrieg zwischen Vietnam und Kampuchea weiter eskalierte und sich Vietnams wirtschaftliche Situation verschlechterte (s. o.), erkaufte sich Vietnam dringend benötigte Wirtschaftshilfe durch politisches Wohlwollen von der Sowjetunion: Mitgliedschaft im RGW und der Freundschaftsvertrag mit der UdSSR. China antwortete in bester Großmachtmanier – nicht anders als gegenüber der ideologischen Kritik aus Albanien, aber auch nicht anders als die Sowjetunion im Jahre 1960 gegenüber China: von einem Tag zum anderen werden alle Hilfsprojekte gestoppt und alle Experten zurückbeordert.


Der Wiederaufbau: eine gigantische Aufgabe

– Es häufen sich lokale Grenzgefechte an der vietnamesisch-chinesischen Grenze. Der Invasion Vietnams in Kampuchea folgte die chinesische „Strafexpedition" nach Vietnam und der noch andauernde Spannungszustand an der Grenze.
Die Politik der einseitigen Anlehnung an die Sowjetunion und des Inkaufnehmens der Feinschaft (bis hin zum Krieg) mit dem Nachbarstaat China war das sichtbare Zeichen eines Politikumschwungs Anfang des Jahres 1978, den wir auch in der Innenpolitik Vietnams verzeichnen können.
Die härtere innenpolitische Behandlung der Bauern (Kollektivierung) und Händler (Enteignung) läuft parallel mit der außenpolitischen Festlegung auf die Sowjetunion. War schon durch die Wahlen 1976 die traditionell neutralistische „Dritte Kraft Südvietnams" politisch kaltgestellt worden, so wurden die prochinesischen oder besser die neutralistischen Kräfte in der vietnamesischen Führung im Laufe des Jahres 1978 überzeugt oder zurückgedrängt.

Die Flüchtlinge

Man muß zwei Flüchtlingsströme aus Vietnam in den beiden lezten Jahren unterscheiden, die sich sowohl aufgrund ihrer lokalen und klassenmäßigen Herkunft als auch in der Fluchtrichtung unterscheiden.
Der erste Flüchtlingsstrom aus Vietnam – Frühjahr bis Sommer 1978 – bestand fast ausschließlich aus ethnischen Chinesen (Hoas), die hauptsächlich aus Nordvietnam nach China gingen. Die Anzahl dieser Flüchtlinge beträgt ca. 200 000 (die Angaben schwanken zwischen 160 000 und 240 000); nur etwa 5 % stammen aus Südvietnam, die restlichen 95 % aus dem Nordteil des Landes; es sind Bauern aus den Grenzgebieten zu China oder Arbeiter, meistens Facharbeiter aus den Städten Nordvietnams. Ihre Flucht fällt in die Zeit der ersten lokalen Grenzkonflikte und der damit verbundenen gegenseitigen Propagandatätigkeit zusammen.
Es handelt sich bei diesen Flüchtlingen nicht um „Wirtschaftsflüchtlinge“, die den harten Lebensbedingungen Vietnams entgehen wollten, sondern um Fluchtbewegungen, die aufgrund des außenpolitischen Kurswechsels Vietnams und der lokalen Grenzkriege ausgelöst wurden. Es ist leicht vorstellbar und auch nicht anders erklärbar, daß die chinesischstämmigen Grenzbewohner und (Fach)arbeiter sich *sowohl* infolge der mit den Grenzkonflikten und der weltpolitischen Lage verbundenen wechselseitigen Propagandatätigkeit in ihrer Haut nicht mehr sicher wähnten, *als auch* daß die Säuberungen von „antivietnamesischen Kräften“ eine beginnende Repression gegen die Hoas darstellte. Vermutlich waren die vietnamesischen Kader nicht in der Lage oder willens, zwischen dem außenpolitischen Feind und der mit diesem Feind ethnisch verwandten einheimischen Bevölkerung zu unterscheiden. Daß hier bedeutende Fehler von den vietnamesischen Behörden begangen wurden, wird deutlich, wenn man die Folgen der Auswanderung der Hoas betrachtet: Wirtschaftsbereiche wie die Kohleförderung und der Auslandstransport verzeichneten Rückschläge durch den Verlust der chinesischen Berg- und Hafenarbeiter, von denen sich die vietnamesische Wirtschaft noch lange nicht erholt hat. Auch die Flucht der Grenzbevölkerung wird die landwirtschaftliche Produktion nicht gerade gesteigert haben.
Für das Schicksal dieser Arbeiter und Bauern sind die vietnamesische und die chinesische Regierung gleichermaßen verantwortlich: Beiden geht nationale Machtpolitik über das Wohlergehen der Bevölkerung. Wäre es anders, wäre es auch nie zum Krieg zwischen Vietnam und China gekommen.
Der zweite Flüchtlingsstrom in den „freien Westen“ schwoll im Sommer 1978 an und dauerte bis zur Genfer Flüchtlingskonferenz im Juli 1979. Viele unabhängige Beobachter kamen durch Interviews oder in Berichten zu dem Schluß, daß diese Flüchtlinge oftmals aus materiellen Gründen geflohen sind. Unter den 1 000 Flüchtlingen, die Stahlemann Albrecht (seines Zeichens niedersächsischer Ministerpräsident und augenblicklicher Gorlebentiefbohrer) 1978 als Weihnachtsgeschenk nach Deutschland holen ließ, ist kein einziger Arbeiter oder Bauer, wie Eckhard Spoo berichtet. (6) Eine in Celle (Niedersachsen) eingerichtete vietnamesische Familie wurde beim Betreten der Küche gefragt: „Ob sie etwas vermisse? Sie (die Hausfrau wurde selbstverständlich gefragt) weiß es nicht: Sie habe, übersetzt die Dolemtscherin, in Saigon Küchenpersonal gehabt und daher die Küche nie betreten.“ (7)
Auch zwei andere Interviews von Flüchtlingen auf der größten malayischen Flüchtlingsinsel Pulau Bidong belegen, daß es sich bei den Flüchtlingen der 2. Phase nicht um Bauern und Arbeiter handelt:
Tran ist Ingenieur, 25 Jahre alt. Wie andere Intellektuelle und Priester betrachtete ihn die Regierung von Hanoi als potentiellen Aufrührer, der der sozialistischen Umwandlung Widerstand leisten werde. Zweieinhalb Jahre lang wurde er in verschiedenen Umerziehungslagern geschunden. Freigelassen, sollte er in den Wiederaufbauprozeß des Landes integiert werden. Dazu meinte er: „Wie lange? Sowie man uns durch Nordvietnamesen hätte ersetzen können, wären wir in den neuen Wirtschaftszonen gelandet.“
Ein anderes Schicksal: Dr. Nguyen Van Quoc flüchtete, weil sie nicht mehr als Ärztin frei entscheiden konnte. Politische Kader herrschten in ihrem Hospital, und politische Prioritäten ersetzten medizinische Erwägungen. „Hätte ich mich geweigert, wäre mir die Ausübung des Berufs untersagt worden. Dann bliebe mir nur noch die körperliche Arbeit in den neuen Wirtschaftszonen.“ (8)
Diese Beispiele zeigen deutlich eine erste Kategorie von Flüchtlingen an: Intellektuelle Südvietnamesen – vietnamesisch- wie chinesischstämmige –, die sich nicht mit den Erfordernissen des Aufbauprozesses und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft – wie die auch im einzelnen aussehen mag – abfinden wollen. Sie akzeptieren keine politische Entscheidung über „ihre Wissenschaft“ und wollen auf keinen Fall in die neuen Wirtschaftszonen geschickt werden. Dies scheint ihnen eine so große Bedrohung, daß sie auf der Flucht das Leben riskieren (was ihnen beim Antreten der Flucht wohl nicht immer klar ist). (9)
Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß hier dringend benötigte Fachkräfte Vietnam verlassen haben. Daß ein Großteil der technischen und wissenschaftlichen Elite das Land verläßt, zeigt an, daß die vietnamesische Führung sich eklatante Fehler in der Behandlung der Intellektuellenfrage geleistet hat.
Die zweite Kategorie von Flüchtlingen, die über den Seeweg Vietnam verlassen, rekrutiert sich aus den im Frühjahr letzten Jahres enteigneten Händlern (s. o.) und Handwerkern, denen ein ähnliches Schicksal (vermeintlich oder tatsächlich) droht. Der Handel wie das Handwerk wurde – wie auch in anderen südostasiatischen Ländern – fast ausschließlich von Auslandschinesen ausgeübt. Die Enteignung der Händler stellte, wie oben ausgeführt wurde, nicht einen Schlag gegen eine rassische Minderheit dar, sondern war ein notwendiger Schritt im Aufbau des vietnamesischen Sozialismus. Die chinesischen Händler wurden nicht wegen ihrer Rasse (Chinesen) enteignet, sondern aufgrund ihrer Klassenlage. Sie sollten – so der Plan der Regierung – sich am Aufbau des Landes beteiligen. Aber auch hier schien die körperliche Arbeit die höchste Bestrafung überhaupt zu sein. Daß unter den Händlern wie Intellektuellen gleichermaßen eine so geringe Einsicht in die notwendige körperliche Arbeit bei der Entwicklung des Landes vorhanden ist, zeigt jedoch auch schwere Fehler bei der politischen Überzeugungsarbeit durch die Kader an. Daß bspw. die Enteignung der Händler wirtschaftlich und politisch übereilt worden war, läßt sich an den entstehenden Versorgungsschwierigkeiten und am Flüchtlingsstrom ablesen.
Die Korruption, das einzige, was unter dem Thieuregime funktionierte, blühte auch nach der Befreiung im Süden weiter. Es wurde zwar im Kampf gegen die Korruption immer wieder eine Reihe von Kadern von ihren Posten entfernt. Die geringen Gehälter unter den Bedingungen einer fortwährenden ökonomischen Krise – verbunden durch hohe Inflationsraten infolge der Versorgungsschwierigkeiten – führte dazu, daß die Korruption weiterhin sehr verbreitet ist. Die Fluchtgelder, die außer an die Bootbesit-



zer auch an vietnamesische Behörden zu bezahlen waren, sind also keineswegs als Devisen eingeplant gewesen, sondern in die Taschen korrupter Kader verschwunden. (10)

Die Flüchtlingspolitik der westlichen Industriestaaten

Es geht der Bundesregierung und den anderen Regierungen der westlichen Industriestaaten nicht darum, aus humanitären Gründen Flüchtlingen zu helfen. Vielmehr werden Flüchtlinge nach politischen Kriterien ausgesucht. Dabei sind die Flüchtenden aus den sozialistischen Staaten die willkommenen, mit deren Hilfe sich antikommunistische Propaganda betreiben läßt. Folgende Fakten sprechen für sich:

– 1 Million Menschen sind vor den Kolonialregimen im südlichen Afrika geflohen
– mehr als eine halbe Million wurden am Horn von Afrika vertrieben, darunter 400 000 aus Eritrea (11)
– In Lateinamerika können mehrere Millionen Menschen aus politischen Gründen nicht in ihrer Heimat leben.

Für diese Menschen hst es keine Flüchtlingskonferenzen gegeben.

Aber auch bei Flüchtlingen aus sozialistischen Staaten geht es weniger um konkrete Hilfe durch die westlichen Industriestaaten.

– Ein Schlepper eines bundesdeutschen Eigners hatte im Südchinesischen Meer 412 Vietnamflüchtlinge aufgefischt. „Der Gedanke ihnen Asyl zu gewähren, wurde von Bonn händeringend zurückgewiesen. Da das deutsche Schiff offiziell unter der Flagge Singapurs fuhr, kam jemand auf einen 'eleganten Dreh'. Der Schlepper setzte die 412 heimlich auf einer einsamen Insel ab." (12)
– Die USA nehmen nur diejenigen Vietnamflüchtlinge aus malaiischen Lagern auf, die auf ihrer Seite im Vietnamkrieg gekämpft haben.
– Frankreich nimmt nur Flüchtlinge auf, die französisch sprechen und als nützlich für die Wirtschaft gelten.
– Australien nimmt gewöhnlich nur Facharbeiter auf (13)
– Die Bundesregierung hat die 89 Millionen DM Kapitalhilfe an Vietnam schon 1975 eingefroren.
– Ebenfalls 1975 verhängten die USA einen Handelsboykott gegen Vietnam und weigern sich hartnäckig, die 1973 zugesagte Reparationen zu zahlen. Sie bemühen sich auch andere Staaten und internationale Organisationen von einer Unterstützung Vietnams abzubringen (14)
– Insgesamt wurden von westlichen Industrienationen und der Weltbank 1,8 Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe storniert, d.h. nicht ausbezahlt.

Diese Maßnahmen erhöhen die Not – besonders die angespannte Situation in der Nahrungsmittelversorgung in Vietnam und treibt das Land weiter in die Abhängigkeit von der Sowjetunion.

Unsere Aufgabe ist es, diese Machenschaften der westlichen Regierungen zu entlarven und uns dafür einzusetzen, daß die zugesagten Hilfsprojekte an Vietnam geleistet werden.

Wo

Anmerkungen:

1) The Nguyen, Das große Handelszentrum von Saigon – Cholon, E Einige Zahlen, in: Vietnam Courier, zitiert nach; China – Vietnam – Kampuchea, Der Rote Krieg, Analysen, Berichte, Dokumente, herausgegeben von der ESG-Tu und ESG-Ausländerladen, Berlin (West), Frühling 1979
2) ebenda und FR vom 28.11.1977
3) Regierungsabschluß zur Überführung des kapitalistischen Handelssektors in die Produktion, in: Der Rote Krieg, a.a.O., S. 198 f.
4) In diesen Zonen wurde von der Us-amerikanischen Luftwaffe auf alles was sich bewegte geschossen und gebombt. Eine Maßnahme um die Unterstützung der Bevölkerung für die Befreiungsbewegung zu unterminieren.
5) Statistik des Auslandes, Länderkurzbericht Vietnam 1979, Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden; und: Far Eastern Economic Review Yearbook Asia 1979
6) FR 2.8.1979
7) SZ 2.7.1979
8) FR 14.7.79
9) Warum aber wegen der drohenden Arbeit in den neuen Wirtschaftszonen Hunderttausende das Leben risikierten, kann ich auch nicht rational erklären. Mir ist auch kein Interview bekannt, in dem diese Frage angesprochen wurde.
10) vgl. FEER, Yearbook Asia 1979
11) Guardian 21.5.1979
12) SZ 7.6.79
13) SZ 14./15.5.79
14) TAZ 28.6.1969

Weitere, nicht zitierte Quellen:
Deutsche und ausländische Tageszeitungen wie im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt.



Helmut Gollwitzer zu den Vietnam-Flüchtlingen

Der Berliner Theologieprofessor Helmut Gollwitzer äußert sich in einem Brief an einen der Mitinitiatoren der Aktion „Ein Schiff für Vietnam" zu der Flüchtlingsfrage und den Problemen Vietnams. Er bezieht sich dabei auf ein dreiminütiges Fernsehinterview mit dem Moderator Franz Alt, in welchem seine Position verzerrt herauskam. Wir dokumentieren diesen Brief in leicht gekürzter Fassung.

Die Redaktion

Lieber N.N.!

.... Selbstverständlich ist, daß diesen unglücklichen Menschen geholfen werden muß und daß ich mich für jeden freue, dem geholfen wird. Nicht die Hilfe, die auf alle Fälle geschehen muß, ohne Rücksicht auf politische Zusammenhänge, steht in Frage, sondern der politische Kontext um das Flüchtlingsproblem und die Hilfsaktionen herum. Diejenigen, die sich in dieser Hilfe betätigen, dürfen sich nicht ersparen, diesen Kontext und die Fragen, die aus ihm resultieren, scharf zu sehen und dann zu überlegen, was sie gegenüber der Problematisierung der Flüchtlingshilfe durch diesen Kontext unternehmen.
Schon auf die erste Frage von Herrn Alt hätte ich viel schärfer antworten sollen, weil sie auf diesen Kontext hinweist. Er fragte mich, weshalb die Linken, die damals gegen die amerikanische Vietnam-Intervention demonstriert haben, jetzt schweigen. Über das hinaus, was ich dazu gesagt habe, hätte ich sofort sagen sollen:
Umgekehrt muß gefragt werden, weshalb diejenigen, die heute die Flüchtlingstragödie zu einem öffentlichen Hauptthema machen, damals geschwiegen haben. Jetzt ertrinken, wie Herr Alt sagt (die Zahl läßt sich ja nicht überprüfen), „in der Stunde hundert Kinder", von ihren Eltern in verrotteten Booten mit aufs Meer genommen. Damals wurden Tausende von vietnamesischen Kindern mit amerikanischem Napalm übergossen, damals wurde in den Free-Kill-Zonen Jagd aus Flugzeugen und Hubschraubern auf alles, was sich regt, gemacht. Hunderttausende von verkrüppelten, fürs Leben beschädigten, ihrer Eltern beraubten Kinder leben heute in den vietnamesischen Waisenhäusern. Von genau denjenigen Politikern und Sprechern in den Massenmedien, die heute ihr Entsetzen über die Flüchtlingstragödie bekunden, war damals kein Entsetzen und kein Protest zu hören. Wie soll ich ihnen heute ihre politisch offenbar so teilbare Humanität glauben?
In der gleichen Zeit, in der die Flüchtlinge auf dem asiatischen Meer treiben, sind in Nicaragua Tausende von Kindern und Jugendlichen von Somozas Nationalgarde ermordet worden. Die Nachricht kam in unseren Zeitungen, aber von gleicher Hilfsaktivität ist bisher nichts zu sehen. In der gleichen Zeit sterben in den lateinamerikanischen Diktaturstaaten, die von den USA ausgehalten werden und mit denen wir vorzügliche Wirtschaftsbeziehungen haben, Tausende von Kindern an Hunger und verblöden durch Unterernährung. Die „Frankfurter Rundschau" bringt heute einen Artikel über die Steigerung der Rüstungsausgaben dieser Staaten mit dem Untertitel: „Westen unterstützt Regime, Osten dagegen Aufständische". Keine Rede davon, daß dies in unseren Massenmedien mit der gleichen Entrüstung zum Hauptthema gemacht wird.
An Weihnachten machten Argentinier im Gemeindehaus unserer Dahlemer Gemeinde einen Hungerstreik, weil die Bundesregierung die Zusage, 500 argentinische Gefangene in der Bundesrepublik aufzunehmen, über ein Jahr verzögert hat (bis heute sind erst wenige von denen eingetroffen). Als Grund für die Verzögerung wurde u. a. die Auslastung der Aufnahmekapazität unseres Landes genannt. Der gleiche Grund wird vorgebracht für die Einschränkung des Asylrechts für Menschen, die aus Hunger und Verfolgung bei uns Zuflucht suchen. Bei den vietnamesischen Flüchtlingen ist die Kapazitätsfrage kein Hinderungsgrund. Von den hundert Millionen DM Entwicklungshilfe, die schon Thieu von der Bundesrepublik zugesagt waren und die dann der Hanoi-Regierung in Aussicht gestellt wurden, ist bis heute kein Pfennig gezahlt, so wenig, wie die USA bis jetzt einen Dollar gezahlt haben, obwohl die Frage der amerikanischen vermißten Soldaten längst geklärt ist. Inzwischen bestehen zwischen Bonn und Hanoi diplomatische Beziehungen, man schützt aber die bisherige Nicht-Einigung über die Berlin-Klausel vor, um nichts zu zahlen ....
Die Gründe für diese Einseitigkeit dürften deutlich sein: Nach der Beschämung der westlichen Vormacht durch den Sieg der Vietnamesen und nach der alle Vorhersagen vom Köpfe-Rollen Lügen strafenden humanen Verhaltensweise der Sieger gegen die Thieu-Anhänger ist nun endlich Gelegenheit, wieder einmal die Brutalität eines kommunistischen Regimes ins rechte Licht zu setzen; zudem erhält man durch die Aufnahme der Vietnam-Flüchtlinge „gute Flüchtlinge", weil sicher anti-kommunistische, im Unterschied zu den Flüchtlingen aus Lateinamerika, die gegen die von uns unterstützten Regime opponieren. Das Mißverhältnis zwischen der Aufnahmebereitschaft für die Vietnam-Flüchtlinge und den durchsichtigen formalistischen Schwierigkeiten, die man seit dem chilenischen Putsch von 1973 bei Flüchtlingen aus Lateinamerika macht, muß jedem, der an letzterem Problem seit Jahren intensiv beteiligt ist, die Schamröte über unser Staatswesen ins Gesicht treiben.

Deshalb spricht man von „Vertriebenen", als würden die Hoas aus Vietnam so ausgetrieben, wie es den Ostdeutschen geschehen ist, und von „Flüchtlingen", als flöhen sie vor Gefängnis, Folter und Massenmord wie die aus Lateinamerika ....

Ich habe alle Berichte der Aussagen der Vietnam-Flüchtlinge gelesen, soweit sie mir greifbar waren, und sie haben die von mir angeführten Gründe bestätigt: Es sind in erster Linie die harten Lebensbedingungen, die den Angehörigen der früheren Oberschicht und den chinesischen Händlern zugemutet werden, seit sich die Hanoi-Regierung nach dreijährigem Zögern entschlossen hat, in Süd-Vietnam einen schärferen Kurs zu steuern, wofür es reale und zu würdigende Gründe gibt. In zweiter Linie wird es die in allen asiatischen Ländern sich zeigende Nicht-Integration der chinesischen Minorität sein: angesichts der Spannung zwischen Vietnam und China werden die vietnamesischen Chinesen fürchten, die Opfer von Massakern zu werden, wie sie bei der amerikanischen Kambodscha-Invasion in Kambodscha an Vietnamesen und Chinesen verübt worden sind, und die vietnamesische Regierung wird diese Minderheit als bedroh-

liche Fünfte Kolonne fürchten, und aus dieser Furcht resultieren behördliche Maßnahmen gegen die Hoas, um sie zu Flucht um jeden Preis zu drängen, und die Zukunftsängste der Hoas werden dadurch noch gesteigert. Diese Schikanen gegen die Hoas habe ich in dem Interview „skandalös" genannt und – ohne noch zu wissen, daß am gleichen Abend die Nachricht von den Zusagen der vietnamesischen Regierung in Genf kommen werde – vorgeschlagen, die Bundesregierung solle ihre Zusicherung der jetzt sofort erfolgenden Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Bedingung knüpfen, daß vorher die Hanoi-Regierung mit ihrem Druck auf die chinesische Minderheit aufhöre.
Abgesehen von dieser notwendigen Kritik am Verhalten Hanois haben aber die vietnamesischen Antworten auf die Verteidiger Vietnams bei uns recht: Der bei der ganzen Kampagne um die Vietnam-Flüchtlinge verschwiegene Hauptgrund für die Fluchtbewegung ist die große Not des vietnamesischen Volkes. Ein wie kein anderes durch die amerikanische Kriegsführung verwüstetes Land, schwere Naturkatastrophen in den letzten Jahren, der vietnamesisch-chinesische Konflikt – das alles stellt an das Volk und die Führung Vietnams die härtesten Aufforderungen. Geeignete Kader zum Wiederaufbau fehlen, die entbehrungsgewohnten Nord-Vietnamesen fallen in Süd-Vietnam der Korrumpierungsversuchung reihenweise zum Opfer, die sowjetische Hilfe ist unzureichend, viele Fehler werden gemacht, die westlichen Länder denken nicht daran, ihre Sünden durch jetzige Entwicklungshilfe zu büßen. Die Fluchtbewegung derer, die früher gut gelebt haben, dazu auch einiger, die trotz ihrer früheren Opposition gegen Thieu heute mit dem jetzigen Regime in Konflikt kommen, ist ebenso verständlich wie die Rücksichtslosigkeit der Hanoi-Regierung. Soeben berichtet Bischof Scharf, bei seinem kürzlichen Besuch in Süd-Korea habe ihm der dortige bundesdeutsche Botschafter gesagt, er halte „die Praktiken der Unterdrückung von Kritik auch für nicht gut, sie seien aber auch nach asiatischer Philosophie durchaus vertretbar"! Zur Zuerkennung mildernder Umstände sind bundesdeutsche Politiker und Massenmedien bei allen Unterdrückungsregimen von Lateinamerika über Südafrika bis Süd-Korea ständig bereit, mit keinem Wort aber verstehen sie sich dazu, die enormen Schwierigkeiten zu würdigen, mit denen die kommunistische Regierung eines von unserer Seite heillos verwüsteten Landes zu tun hat.

Ich jedenfalls möchte dabei nicht mitmachen .... Wo heute alle die, die früher bei ungleich entsetzlicheren Greueln geschwiegen haben, jetzt gegen Vietnam reden, müssen einige da sein, die für Vietnam plädieren, und vor allem einige, die in Vietnam selber helfen. Deshalb arbeite ich seit vielen Jahren in der Hilfsaktion Vietnam mit, und deshalb habe ich anläßlich meines 70. Geburtstags im Dezember, als freilich die Flüchtlingswelle noch nicht ihre heutige Höhe und Schrecklichkeit erreicht hatte, für ein vietnamesisches Waisenhaus gesammelt und werde das auch weiter tun. Ich kann die Selbstverständlichkeit aussprechen, daß auch den Vietnam-Flüchtlingen geholfen werden muß. Bei der Begrenztheit meiner Möglichkeiten in Wort und Tat muß ich aber mich jetzt für diejenigen einsetzen, die vergessen oder verschwiegen werden.

Helmut Gollwitzer
1000 Berlin 33

P.S.: Soeben lese ich, daß Franz Josef Strauß jetzt gefordert hat, die gesamten für Vietnam seit 1973 vorgesehenen und immer noch gesperrten Gelder „rasch und unmittelbar" an die Opfer der „kommunistischen Vertreibung" auszuzahlen. Das ist es, darum geht es in Wirklichkeit: kein Geld für Kommunisten, aber alle Schuld den Kommunisten aufzuladen. Dazu wird die Flüchtlingsnot ausgenützt, und diese Ausnützung fördert, wer dem nicht entgegentritt und nur humanitär sein will. (aus „Die Neue", 8. 8. 79)



KAMPUCHEA-VIETNAM

Interview zu den Auseinandersetzungen zwischen Vietnam und Kampuchea

Das nachfolgende Interview entnahmen wie der belgischen Zeitschrift POUR. Es wurde von IKA, der Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch ins Deutsche übersetzt. Es erscheint uns wesentlich ehrlicher und selbstkritischer, als die meisten in der BRD aus pro-sowjetischer oder pro-chinesischer Sicht veröffentlichten Beiträge den Konflikt zwischen Vietnam und Kampuchea.

Francois Houiart, Jurist, ist Vorsitzender der Vereinigung Belgien-Vietnam. Francois Rigaux, Jurist, war bis vor kurzem Vorsitzender der Vereinigung Belgien-Kampuchea. Acht Fragen zur Lage in Indochina, zwei verschiedene Ansichten, aber vielleicht dieselbe Besorgnis über die Entwicklung dort.

1. Welches sind Ihrer Meinung nach die Hauptmerkmale des vietnamesischen Regimes und der Pol-Pot-Regierung, ihre besonderen Eigenschaften und ihre gegenseitigen Grenzen?

F. Rigaux:
Was mich betrifft, würde ich es vorziehen nicht zur Lage in Vietnam antworten zu müssen. Ich war niemals dort und ich möchte demzufolge nicht die stark divergierenden Informationen aus der westlichen Presse wiedergeben.

Was Kampuchea betrifft werde ich mich auf eigene Beobachtungen stützen. Ich habe dieses Land im Juli und August 1978 besucht, und was mich am meisten beeindruckte, war dieser tiefe Nationalismus.

Ein Beispiel: befragte man die Leitungen der Betriebe und Kooperativen nach den Schriften, die sie für ihre politische Weiterbildung studierten, nannte man mir nie irgend ein Werk des westlichen Marxismus. Sie studierten die Doktrin der Parteiführung, d.h. die Botschaften des Parteisekretärs oder des Premierministers. Ich sah darin einen gewissen Nationalismus, eine Art völliger Abkehr von der kolonialen Vergangenheit; wobei der Marxismus wie alles andere zu dieser Vergangenheit gehört.
Das Regime selbst stellte sich dar als ganz und gar radikale Alternative innerhalb einer sozialistischen Perspektive. Es wollte, vielleicht in einer übertriebenen Art und Weise, eine Gesellschaft der totalen Gleichheit errichten, der man alle Formen traditioneller Vorherrschaft wie Erziehung, Ausbildung usw., opferte.
Der Grundgedanke dabei war, daß das Volk selbst die Wahrheit besitzt. Folgerichtig, um ein konkretes Beispiel zu nennen, war dann auch die medizinische Ausbildung. Eine durch die praktische Arbeit erworbene Ausbildung („barfüßige Ärzte"), mit sehr geringem theoretischem Ballast, einheitlich für Krankenpfleger/Arzt, die nichts mit jener Ausbildung zu tun hatte, die an den Universitäten Kambodschas vor dem Regierungswechsel erworben werden konnte.
Eine Erklärung dafür ist das Konzept der „Gesellschaft ehemaliger Kämpfer". D.h. man versuchte, alle Strukturen beizubehalten, die den Sieg der Partisanen ermöglicht hatten, und glaubte, in einer dem zivilen Leben zurückgeführten Gesellschaft auch auf alles verzichten zu können, auf das man im Partisanenkampf verzichten konnte. Im Partisanenkampf waren es die Kämpfer, welche die anderen pflegten, ausbildeten usw. Es gab also den Willen, alles neu anzufangen auf einer gesellschaftlichen Grundlage der Gleichheit, mit all den Übertreibungen, die ein solcher Versuch an sich haben kann.

F. Houtart:
Nordvietnam hat sich in Richtung auf ein Modell des Überganges zum Sozialismus entwickelt mit einer sehr positiven Bilanz auf der Ebene des Erziehungs- und Gesundheitswesens und der Landwirtschaft. Doch auf Grund der kriegsbedingten Zentralisierung und den Folgen der Wiedervereinigung hat sich eine ziemlich lähmende Bürokratie entwickelt; es werden jedoch Anstrengungen unternommen, aus dieser Situation herauszukommen. Die Ereignisse der letzten Zeit sind diesen Anstrengungen allerdings nicht sehr zuträglich.
Das Pol-Pot-Regime war nach den eigenen Bekenntnissen der Khmer Rouge Führung ein Terrorregime, das keine andere Wahl gehabt habe. Es besteht kein Zweifel daran daß sie mehrere zehntausend Menschen massakriert haben und mehrere hunderttausend an den Folgen ihrer wirtschaftlichen Neuordnung gestorben sind.

2. In jedem der beiden Länder soll es Einschränkungen der demokratischen Rechte und Freiheiten gegeben haben. Was hat es damit auf sich, und welchen Teil der Bevölkerung betrifft das?

R. Rigaux:
Wenn man glaubt, daß zu den demokratischen Rechten und Freiheiten die Tatsache gehört, daß es in einer Klassengesellschaft Leute gibt mit ganz verschiedenen wirtschaftlichen und kulturellen Hintergründen, und daß diese Leute das Recht haben sollen, diese Unterschiede geltend zu machen, dann kann man sagen, daß die Khmer Rouge diese Rechte beseitigt haben.
Das Regime hat nicht notwendigerweise die Intellektuellen, die Professoren „physisch vernichtet". Aber es hat versucht, sie psychologisch auf den Stand eines durchschnittlichen Khmer Bauern zu bringen. Durch Arbeit auf den Kooperativen, physische Arbeit, die erworbene Unterschiede beseitigt. Bei dieser Politik gibt es zwei Aspekte:
Denjenigen der Vietnamesen: die Beseitigung der Intelligenz würde eine Verlangsamung des nationalen Wiederaufbaus nach dem Krieg zur Folge haben. Und den anderen, der einen Angriff darstellt auf die individuellen Rechte der Intellektuellen. Ein Angriff auf die Vorrechte all jener, die sich unter dem alten Regime einer anderen Kultur erfreut haben und sich nun auf die soziokulturelle Stufe eines armen Khmer-Bauern herabgesetzt sehen – dem absoluten Idealbild der Gesellschaft.

POUR: Heißt das, daß die Einschränkung der demokratischen Rechte in Kampuchea nur die Intelligenz betroffen hat?

F. Rigaux:
Nein. Es gibt also diese erste Einschränkung: was manche Völkermord nennen, ich aber nicht so bezeichnen würde, die Beseitigung einer gesellschaftlichen Klasse. Das führte zu einer Reihe von summarischen Hinrichtungen, besonders unter den Anhängern des Lon-Nol-Regimes. Die Mehrheit der Großstadtbewohner, besonders diejenigen, die freiwillig oder gezwungenermaßen mit dem Lon-Nol-Regime zusammengearbeitet haben, befand sich etwa in der gleichen Situation wie die Kolaborateure in Belgien 1945 und könnte dementsprechend abgeurteilt worden sein.
Doch auf Fragen, die ich in dieser Richtung hatte, bekam ich nie eine zufriedenstellende Antwort, insbesondere über die Art der Prozesse. Man antwortete mir ziemlich vage, die Massen hätten ein Urteil gefällt, ohne jedoch auch nur annähernde Angaben über die Zahl der Opfer zu machen.

Auf meine konkrete Frage hieß es dann, die Zahl sei ungwwiß und das war die schlimmste Antwort: denn entweder zeugt sie von einem schrecklichen Durcheinander bei der Repression oder aber sie deutet auf derart hohe Zahlen hin, daß man es nicht wagt, sie zu enthüllen.
Nach der Befreiung scheinen 60- bis 80 000 Menschen „physisch eliminiert" worden zu sein. Diese Zahl stammt von Reisenden, die Kampuchae nach mir besucht haben.

Außerdem gibt es einen weiteren Bruch demokratischer Rechte, wie wir sie in den liberalen Demokratien verstehen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht, eine eine neuartige Meinung zu äußern, dürfte in Kampuchea schwerlich respektiert worden sein.
Es gab Formen der kollektiben Macht, doch keine individuellen Freiheiten. Schließlich noch einen letzten Aspekt, über den ich wenig weiß, über den es aber viele Gerüchte gibt: die Säuberungen in der KP selbst. Aus der Khmer Führung sind Personen von der politischen Szene verschwunden und man muß sich fragen, was aus ihnen geworden ist. Ins Lager geschickt? Physisch vernichtet? Machtkämpfe haben in der Partei stattgefunden, und dabei geht es um einen völlig anderen Gedankengang im Vergleich zu den vorangegangenen. Es geht nicht um die Vernichtung einer vorhergehenden sozialen Klasse, sondern um das Fehlen von Meinungsfreiheit im Sozialismus selbst.
Daß es Unterdrückung gabm und zwar eine sehr harte, steht für mich außer Zweifel; daß sie die Zahlen erreichte, die von der westlichen Presse angegeben wurden, erscheint mir ganz und gar übertrieben.
Ich sage das, ohne das Pol-Pot-Regime entschuldigen zu wollen, denn daß man 6 000, 60 000 oder 600 000 Menschen liqidiert, ist jenseits des Schreckens, den Zahlen ausdrücken können, weder in dem einen noch in dem anderen Fall zu rechtfertigen.

F. Houtart:
Die demokratischen Rechte und Freiheiten sind in Vietnam offensichtlich beschränkt, bedingt im wesentlichen durch die Nachkriegssituation einerseits und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten andererseits.
Das betrifft insbesondere im Süden ehemalige Mitglieder der Thieu-Armee und -Verwaltung. Repression gibt es gegen Elemente, die sich der allmählichen Einführung des Sozialismus widersetzt haben. Es gibt gewisse Beschränkungen aber keine Verfolgungen bei der Ausübung der Religionsfreiheit.

3. Vietnam und Kampuchea stecken in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage. Was sind Ihrer Meinung die Ursachen dafür?

F. Rigaux:
Ich hatte Gelegenheit, Kampuchea zu besuchen und die Kriegsschäden zu besichtigen. Straßen, Brücken, Schienenwege, alles mußte wieder aufgebaut werden. Die B-52-Bomber, die seit 1974 nur über Kampuchea eingesetzt worden waren, haben beträchtliche Verwüstungen angerichtet. Auf meiner 2000 km langen Fahrt habe ich festgestellt,


Kampucheaner auf der Flucht oder der Rückkehr?

daß die Landbewohner frei auf den Feldern arbeiteten, überhaupt nicht unter Aufsicht bewaffneter Wachen, wie es hier verbreitet wurde. Die Felder und Betriebe entlang der Verbundungsstraßen erschienen mir in einem guten Zustand, die Leute ausreichend ernährt, ohne übermäßige Krankheiten. Man merkte das besonders an den Kindern. Was die Landwirtschaft und die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens betrifft, so haben die Khmer rouge positives geleistet.
Nach meinen Informationen war die wirtschaftliche Lage Kampuchaes vor dem Krieg besser als die Vietnams.

F. Houtart:
Die akute Situation Vietnams ist bedingt durch die enormen Zerstörungen durch die US-Kriegsführung, durch die Wirtschaftsblockade und einige Naturkatastrophen, und schließlich durch organisatorische Schwierigkeiten besonders im Bereich der Versorgung. Das ist z.T. mit einer übermäßigen Bürokratie verbunden.
Hinzu kommt der Widerstand verschiedener Bevölkerungsgruppen im Süden, besonders der Händler chinesischer Abstammung und gewisser Bauern.

4. Innerhalb welcher Strukturen konnten das vietnamesische und kampucheanische Volk tatsächlich die großen Entscheidungen ihres Lebens beeinflussen? (eventuelle Formen der Volksmacht, in der Partei, Gewicht der Bürokratie und der Armee).

F. Rigaux:
Da kann ich Ihnen zwei Antworten geben, die mir wichtig erscheinen:
Die Machtstrukturen sind uns als äußerst dezentralisiert geschildert worden, mit gewählten Organen auf allen Ebenen, die aber auf der Grundlage von Listen gewählt wurden, die von den nächsthöheren Ebenen der Partei angefertigt wurden. Und zweitens gibt es eine sehr starke Einbeziehung jedes Einzelnen in der Gemeinschaft.

...

Ich habe eine Genossenschaft unweit der vietnamesischen Grenze besucht. Sie bestand aus etwa 7–8 000 Menschen, d.h. aus mehreren Dörfern – das erinnert mich ein wenig an die Volkskommunen – die Familien wohnen in den kleinen traditionellen Khmer-Häusern, auf Pfählen gebaut, mit Zigeldächern, die sich früher nur die reichen Bauern leisten konnten. Ich nehme an, daß man uns nicht die häßlichste Kommune gezeigt hat.
In diesen Häusern schlafen die Leute, alle übrigen Bereiche des Lebens wurden gemeinschaftlich organisiert, auch in den Städten für die Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten.
Die Kinder nahmen ihre Mahlzeiten vor ihren Eltern ein, unter Aufsicht des Betreuungspersonals, das sich um sie kümmerte und sie unterrichtete.
Die Familien sahen sich nur beim Schlafen wieder, wie dies in manchen Kibuzzins noch der Fall ist.
Ein anderer wichtiger Faktor bei der Organisierung des gesellschaftlichen Lebens ist natürlich die Partei.
Pol-Pot hat mir erklärt, daß ihre Mitgliedzahl sehr niedrig ist und unter den Aufnahmebedingungen gibt es eine sehr wichtige: seit Anfang an am Unabhängigkeitskmpf teilgenommen zu haben. Das bedeutet, daß die Partei niemanden aufgenommen hat, der sich nach 1975 zur neuen Linie „bekehrt“ hat.
Das bedeutet wieder auf den schon erwähnten „Geist der ehemaligen Kämpfer“. Alle Kader, die wir trafen, definierten sich entlang ihrer Funktion im Befreiungskampf. Manche Beobachter sprechen sogar von einem „alten Volk” (aus den schon länger befreiten Gebieten) und einem „neuen Volk”, besonders aus den Großstädten, das im Verhältnis zum alten diskriminiert wird.

F. Houtart:
Es wäre zu lang im einzelnen auf die Teilnahme möglichkeiten in Nordvietnam einzugehen. Lokal und in den Betrieben sind sie weitgehend ausgebaut. Der Kriegszustand hat aber vielleicht nicht die gleiche Dezentralisierung von Entscheidungen zugelassen, wie sie auf Kuba in vielen Bereichen verwirklicht ist. Im Süden ist man in einer Phase des Übergangs; außer den Wahlen, den Stadtteilkomitees und den Massenorganisationen gibt es derzeit kaum Möglichkeiten zur direkten Beteiligung an Entscheidungen.

Ganz meine Meinung

Das ist eine sehr grundlegende Frage. Müssen die vietnamesischen Truppen länger im Lande bleiben, so wird dadurch ein starker nationaler Widerstand ausgelöst – in einem Land, das geographisch gute Bedingungen für einen Guerrillakrieg bietet. Mich beunruhigt das Leiden dieses Volkes, das in drei Richtungen zerrissen ist: die pro-vietnamesische Regierung, deren Unterstützung durch das Volk noch unklar ist; das Pol-Pot-Regime, das sicher noch Anhänger hat; und schließlich die nationalistische Tendenz, die weder einen Kommunismus vietnamesischer noch kampucheanischer Prägung wünscht und deren Vertreter Sihanouk sein dürfte.



Rote Khmer Soldaten

F. Houtart:
Das ist schwer vorauszuagen angesichts des Mangels an Informationen über die wirkliche Situation an Ort und Stelle. Wenn die Partisanen Pol Pots von China via Thailand mit Waffen versorgt werden könne, so werden die ernsthaften Schwierigkeiten noch lange anhalten. Andererseits sieht es aber so aus, daß die Bevölkerung als Ganzes nicht negativ auf die neue Regierung reagiert, sonst hätte es starke Flüchtlingswellen nach Thailand gegeben.

5. Wo liegen die historischen, politischen und wirtschaftlichen Ursprünge des gegenwärtigen Konfliktes?

F. Rigaux:
Ich glaube, daß ich da mit F. Houtart übereinstimme:
Die vorkoloniale Vergangenheit zeigt zwei völlig verschiedene Zivilisationen in Vietnam und Kampuchea. Die Grenze zwischen Khmer und Vietnamesen – die Staatsgrenzen stimmen damit nicht überein – ist eine Grenze, die auf ethnischer und kultureller Basis das trennt, was man das „Gelbe Asien” und das „Braune Asien” nennt. Vietnam gehört zum „chinesischen Asien”, während Kampuchea, Thailand und Laos dem „indischen” Einfluß ausgesetzt waren, insbesondere dem Einfluß des Buddhismus.
Die Khmer haben eine große historische Vergangenheit. Merkwürdigerweise wäre das Khmer-Reich verschwunden, wenn nicht die Kolonialisierung eingesetzt hätte. Als die Franzosen sich für Indochina interessierten, befand sich Kampuchea unter der Schirmherrschaft Vietnams und Thailands. Sie verdrängten den Einfluß Thailands, während der ganzen Kolonialzeit haben die Könige Kampucheas ihr Land weiterregiert. Nach der Entkolonialisierung hatte Kampuchea also eine größere Unabhängigkeit, als bei bei der Ankunft der Franzosen.

Der andere Aspekt ist der der kolonialen Vergangenheit: es muß ganz deutlich gesagt werden, daß die Kolonialmächte, hier wie anderswo, ein Volk gegen das hier wie anderswo, ein Volk gegen das andere ausspielten. Mehr noch: Vietnam war der Ausgangspunkt für die Kolonialisierung des übrigen Indochina. Kampuchea war ärmer, landwirtschaftlich orientierter, so etwas wie das Sizilien Indochinas. Vietnamesen wurden in die führenden Positionen der kolonialen Administration eingesetzt und die Feindlichkeiten gegenüber ihnen konnten nur wachsen angesichts dieser „Vermittlerrolle" zwischen Khmer und Kolonialmacht.

F. Houtart
(verweist in dem Interview auf ein von ihm verfaßten Dossier zu dieser Frage, das uns jedoch nicht vorliegt, IKA).

6. Welche Rolle spilen die Großmächte in diesem Konflikt?

F. Rigaux:
Diese Frage berührt die verschiedenen Auffassungen von Sozialismus, die von der Sowjetunion und China vertreten werden. Man muß betonen, daß beide Auffassungen in Vietnam und Kapuchea nebeneinander vorhanden waren. In Vietnam, das während des Krieges gegen die USA beträchtliche Hilfe von China bekommen hat – und das kann man unmöglich leugnen –, gibt es einen mehr „maoistischen" und einen mehr „sowjetischen" Flügel. Letzterer scheint sich heute durchgesetzt zu haben, während in Kampuchea das Gegenteil eingetreten ist. An eines sollte man erinnern: Vietnam wurde sowohl von China, als auch von der UdSSR unterstützt, nicht so die Roten Khmer. Die UdSSR hat bis zum Schluß hervorragende Beziehungen zum Lon-Nol-Regime unterhalten, und die Exilregierung, die Sihanouk in Peking nach dem Staatsstreich 1970 zu bilden suchte, nie anerkannt. Die Roten Khmer konnten sich also nur mit einer einzigen internationalen Unterstützung entwickeln, mit der chinesischen und ohne sowjetische, geschweige denn mit amerikanischer.

F. Houtart:
Ich teile diese Auffassung. Man muß noch die mit stillschweigendem Einverständnis der USA durchgeführte Agression Chinas gegen Vietnam erwähnen, die auf eine sehr vorsichtige Reaktion der Sowjetunion traf, die verhindern wollte, daß der Konflikt in einem neuen Weltkrieg endet.

Fordert Asyl für Argentinische Flüchtlinge

Während der Argentinien-Kampagne „Fußball ja – Folter Nein" im letzten Jahr hat die Bundesregierung zugesagt, 420 politische Gefangene aus Argentinien aufzunehmen. Bisher kamen erst 7 (sieben) hier in der BRD an. Die Lateinamerikagruppe hat einen offenen Brief an den Freiburger Oberbürgermeister geschrieben. Wir dokumentieren ihn hier, damit auch andere Gruppen „ihren" Bürgermeistern Dampf machen.

Die Redaktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Schon in einem Schreiben mit Datum vom 21.5. 1979 hatten wir Sie auf die dringende Hilfe für Flüchtlinge aus Argentinien aufmerksam gemacht.
Mit bedauern stellen wir heute fest, von keinerlei Reaktion oder Initiative Ihrerseits zugunsten dieser verfolgten Menschen erfahren zu haben.
Vor fünfzehn Monaten – im Mai 1978 – hat die Bundesregierung nach Absprache mit den Ländern zugesagt, zunächst 420 Flüchtlinge aus Argentinien aufzunehmen.
Wir finden es beschämend, daß während dieser 15 Monate nur sieben Flüchtlinge in der Bundesrepublik angekommen sind. Die Bundesregierung behauptet, dieses sei die Schuld der argentinischen Regierung.
Tatsächlich aber werden von deutscher Seite oft monatelange Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt, was schon allein deshalb nicht einzusehen ist, da die argentinischen Militärs selbst nur solchen politischen Gefangenen die Ausreise gewähren, die sich ohne Anklage und ohne Prozess – teilweise seit 3-5 Jahren – in Haft befinden.
Außerdem wissen wir, daß Regierungen, die argentinischen politischen Häftlingen Visa erteilt haben, Druck auf die argentinische Regierung ausgeübt haben, um eben diesen Häftlinge frei zu bekommen.
Durch diesen Druck konnten schon viele politischen Häftlinge befreit werden.
Diese Möglichkeit wird jedoch von der deutschen Regierung, d.h. von der deutschen Botschaft in Buenos Aires und vom Auswärtigen Amt in Bonn unzureichend wahrgenommen.
Deshalb bitten wir Sie dringend, in Briefen an den Bundesaußenminister und an die Deutsche Botschaft in Buenos Aires die ausdrückliche Bereitschaft der Stadt Freiburg, Flüchtlinge aus Argentinien aufzunehmen, mitzuteilen und diese Stellen aufzufordern, bei den argentinischen Behörden endlich energisch die Freilassung der betroffenen Personen zu verlangen.
Wir bitten Sie sodann, auch das Innenministerium des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart über die Bereitschaft der Stadt Freiburg, Flüchtlinge aus Argentinien aufzunehmen, zu informieren.
Dies ist umso wichtiger, da es sich gezeigt hat, daß es für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unproblematisch und ohne Verzug möglich ist, über 10.000 Vietnam-Flüchtlinge in kürzester Zeit aufzunehmen, sofern ein wahres Interesse besteht.

Wegen der Dringlichkeit der Sache bitten wir Sie, in dieser Hinsicht sämtliche, Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um den politischen Flüchtlingen aus Argentinien die Freilassung aus den Gefängnissen zu ermöglichen. Aus diesem Grunde wenden wir uns auch an die Presse und an die im Stadtrat Freiburg vertretenen Parteien.

Mit freundlichen Grüßen
Lateinamerika-Gruppe Freiburg
c/o Buchladen Jos. Fritz
Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg

POUR: Welche Bedeutung hat der chinesisch-vietnamesische Konflikt in diesem Zusammenhang?

F. Rigaux:
Da bin ich ziemlich formalistisch. Gemäß Artikel 2, Paragraph 4 der UN-Charta, die den Agressionskrieg verbietet, hat Vietnam einen Agressionskrieg gegen Kampuchea, China einen solchen gegen Vietnam unternommen, gleich welche Gründe China dazu veranlaßten. Diese Gründe sind im übrigen auch nicht allzu ersichtlich. Die vorgebrachte Rechtfertigung war „eine Lektion erteilen zu wollen". So konnte man vielleicht im 19. Jahrhundert vorgehen, aber so dürfen zwei Staaten, die die Charta der UN unterzeichnet haben, nicht miteinander umgehen. Man muß beide Agressionen verurteilen, vielleicht mit dem Unterschied, daß China Vietnams Unabhängigkeit nicht zu gefährden scheint – wozu es nicht in der Lage wäre –, während die Invasion Vietnams in Kampuchea dieses Land fortgesetzt an der Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts hindert.

F. Houtart:
Dieser Konflikt ist eng mit der chinesischen Politik in ganz Asien verbunden. China will nicht akzeptieren, daß ein relativ großes Land dieser Region seiner Politik Hindernisse in den Weg legt und in dem Konflikt mit der SU nicht die Position Chinas einnimmt. Man mußte folglich Vietnam „eine Lehre" erteilen.

●

7. Diese Frage bezieht sich auf die persönlichen Konsequenzen für die beiden Interviewten. Rigaux hatte noch vor der Invastion Kampcheas sein Amt als Vorsitzender Vereinigung Belgien-Kampuchea niedergelegt, weil er nicht mit dem Pol Pot Regime identifiziert werden sollte. (IKA)

8. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung in Kampuchea?
F. Rigaux:
Es gibt zwei Versionen, die sich widersprechen, und die man mangels Informationen nur so wiedergeben kann:
Vietnam behauptet: Kampuchea hat uns angegriffen, um von seinen internen Schwierigkeiten abzulenken.
Die Kampucheaner (Pol Pot, IKA) behaupten: Vietnam hat uns nicht nur angegriffen, sondern um eine indochinesische Föderation unter vietnamesischer Führung zu bilden. Angesichts der vietnamesischen Invasion, der Einsetzung dieser Regierung, von der man noch wenig gehört hat, und der weiteren militärischen Präsenz Vietnams, erscheint mir die letztere Version unterstützenswert. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, ein ganzes Land zu besetzen, um Grenzzwischenfälle zu beendigen. Wenn ein ähnliches Abkommen wie mit Laos abgeschlossen wurde, so muß man darin auf jeden Fall den Versuch sehen, eine Art „gemeinsames indochinesisches Vorgehen" herzustellen. Wenn man die Bedeutung der drei Länder vergleicht, heißt dies, daß die zwei kleineren vom mächtigeren aufgesogen werden.
Alles hängt davon ab, wie sich die Situation im Kampuchea entwickelt. Werden die Vietnamesen die Regierung stabilisieren, die eine ihnen genehme Politik betreibt und es ihnen erlaubt, ihre Truppen abzuziehen? Ich bezweifle das.

* *

Klärende Worte vom Staatsanwalt

Der stellvertretende Chefredakteur des „Münchener Merkur", Hans Tross, muß sich nicht strafrechtlich dafür verantworten, in einem Leitartikel geschrieben zu haben, „es müßte Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen". Das entschied die Münchener Staatsanwaltschaft.
Es wäre ja auch reichlich absurd, wenn unser Staat seine Journalisten dafür bestrafen wollte, die Pläne unserer amerikanischen Freunde zur Besetzung der Golfstaaten gutzuheißen (vgl. Blätter ... Nr. 79, S. 9). Im Gegenteil, belobigt sollte so einer werden!
Das Problem ist nur: Der Paragraph 80a des Strafgesetzbuchs verbietet das „Aufstacheln zum Angriffskrieg". Da mußte sich der Staatsanwalt schon etwas einfallen lassen, um den staatstreuen Zeitungsschreiber nicht vor den Kadi zerren zu müssen. Und das hat er dann auch: Zum einen habe Tross die Länder, denen ein solcher möglicher Angriff gelten sollte, ebenso wie die Art und Weise der Durchführung eines derartigen Krieges nur ungenügend bestimmt. Zum anderen fehle es an einem Aufstacheln, da der Leitartikel nicht reißerisch aufgemacht gewesen sei, meinte der Staatsanwalt.
Da hat er natürlich recht: Welcher Zeitungsleser weiß schließlich schon, wer „der Westen" ist und welche Länder möglicherweise dazu gehören? Und wer weiß, wo die Ölfelder liegen? Wer hat eigentlich überhaupt schon mal etwas von einem Ölproblem gehört? Wenn niemand sich unter alldem konkret etwas vorzustellen vermag, kann es sich auch nicht um eine Aufforderung zum Angriffskrieg handeln! Ganz einfach!
Und „reißerisch" war der Artikel wirklich nicht.
Wer wird denn strategische Überlegungen, von einem gebildeten Menschen für andere gebildete Menschen mit kühlen Worten niedergeschrieben, mit Kriegshetze verwechseln können!
Die Worte des Staatsanwalts haben uns weiser gemacht.

sth

Wir arbeiten über Frantz Fanon!
Gesucht werden Artikel von und über Fanon in Deutsch, Englisch, Französisch.

P.R. Fuchs
Dudenstr. 15
Berlin 61

Christiane Hartnack
Helmstedter Str. 23
Berlin 31

Neuerscheinung zur Pädagogik Paulo Freires

H. P. Gerhardt, „Zur Theorie und Praxis Paulo Freires in Brasilien". Diese im Selbstverlag vertriebene Dissertation beschreibt und analysiert drei Alphabetisierungskampagnen Paulo Freires im Nord-Osten Brasiliens in den Jahren 1962 - 1964. 270 S., DM 18,–, Bezug über Gerhardt, An der Fischerweide 2, 6000 Frankfurt 50

AUSTRALIENS UREINWOHNER
Völkermord auf Raten

Die Ureinwohner Australiens, seit der Eroberung ihres Landes zu einer vom Aussterben bedrohten Minderheit dezimiert, beginnen sich organisiert zu wehren. Ihre letzten Rückzugsgebiete, die „Reservate" drohnen ihnen auch noch geraubt zu werden, weil hier der begehrte Rohstoff Uran abgebaut werden kann. Daran sind unter anderen auch deutsche Firmen beteiligt.
Im August lief der Film „Das Uran gehört der Regenbogenschlange" von der Freiburger Filmemacherin Nina Gladitz im ARD-Fernsehen. Am folgenden Tage fand in Bonn eine Preissekonferez mit Vertretern der australischen Ureinwohner statt, die vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und der Gesellschaft für bedrohte Völker gemeinsam organisiert wurde. Beide Organisationen führen gemeinsam eine „Kampagne zur Unterstützung der schwarzen Australier gegen Uranabbau und Landraub durch.
Die Redaktion

„Keep Australia cleen, kill a Con!" Eine Umfrage in Europa könnte ergeben, daß hinter dieser Parole die Aufforderung steckt, Australien von einer Kaninchenplage zu befreien. Erst die folgende Inschrift, ebenfalls fotografiert in einem Pub in Nordaustralien, läßt Zweifel an der Kaninchenversion aufkommen: „Zu verkaufen Gasöfen „German made" mit einem Fassungsvermögen von mindestens 30 Coons". Aus dunkelster deutscher Vergangenheit ist bekannt, daß in deutschen Gasöfen keine Kaninchen vergast wurden, sondern Menschen. Menschen die rassischen oder ethnischen Minderheiten angehörten und politische Feinde des Faschismus waren. In Australien gibt es noch keine Gasöfen, dafür aber so etwas wie Konzentrationslager, in enen ein Teil der australischen Bevölkerung lebt.
Dieser Teil der Bevölkerung ist durch 200-jährige Verfolgungen zur schwarzen Minderheit auf dem 5. Kontinent geworden. Die weißen Rassisten nennen sie Coon, ein Schimpfwort, das auch in Amerika auf die Schwarzen angewandt wird und dem Tierreicht entnommen ist. Die Coons nennen sich selber „Koories" was soviel bedeutet, wie „Einer von uns". Von Australien wissen wir nicht viel mehr, als daß es dort „Boomerangs" und „Känguruhs" gibt. Zwei Begriffe, die wir ohne weiteres aus dem Sprachschatz der Koories übernommen haben. Über das Volk selbst, das diese Worte geprägt hat, wissen wir nichts. Die Umstände unter denen diese Minderheit heute lebt, hätten allerdings schon längstens internationale Menschenrechtskommissionen und Amnasty international auf den Plan rufen müssen. Es gibt viele aufrichtige Menschen, die das Entsetzen über Menschenrechtsverletzungen gegenüber bedrohten Minderheiten als ein Randgruppenproblem betrachten, das von unseren eigenen Problemen nur ablenkt.

Dazu sagt Prof. Robert Jungk in der Zeitschrift „Progrom" folgendes: „Die Solidarität und Unterstützung bedrohter Minderheiten, ist ein Akt der Selbsterhaltung. Denn alles das, was uns das industrielistische Zeitalter genommen hat, ist dort wenigstens in Spuren noch erhalten. Wenn wir wieder menschlichere Menschen werden wollen, tut uns Entwicklung von Seiten jener not, die wir in verblendetem Hochmut „unterentwickelt" nennen." Europäische Maßstäbe für Entwicklung, Kultur und unsere Rechtsbegriffe, waren seit Beginn des kolonialistischen Zeitalters, das Verderben aller Kulturen auf die wir in unserem Drang nach Rohstoffen und Absatzmärkte stießen. Wir verbreiteten mit unserem Missionierungseifer auf der ganzen Welt einen so üblen Geruch, daß der Begriff „weißer Mann' bei allen kolonisierten Völkern zum Schimpfwort wurde. Was sich in diesem Zusammenhang seit 200 Jahren und noch heute in Australien abspielt, ist nie bekannt geworden.

Die Geschichte Australiens:
Die Geschichte der Ausrottung und Unterdrückung der Koories

Als die Engländer in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Australien als Kolonie in Besitz nahmen, entdeckten sie dort ein Volk, dessen Existenz einfach verleugnet wurde. Der Seefahrer Cook meldete seinem König, gegen besseres Wissen, das Land sei unbewohnt. Für ihn schien die Inbesitznahme des Kontinents, der von über 500 verschiedenen schwarzen Völkern besiedelt war, ein reines Buchhaltungsproblem zu sein. Er verhielt sich wie ein guter Beamter. Als er an Lang ging, fragte er wahrschein nach zwei Dingen, dem Grundbuchamt und dem Bürgermeister, König, Stammesfürsten oder sonst einer ihm ebenbürtigen Person. Da die Koories nichts dergleichen vorzuweisen hatten, weil sie weder hierarschische Gesellschaftsstrukturen noch Landbesitz in unserem Sinne kannten, wurde ihre Ausrottung beschlossen. Die frühen Kolonisatoren waren der Meinung, daß die im Zustand „urkommunistischer" Stammesverbände lebenden Koories nicht der menschlichen Rasse zugeordnet werden könnten.
H.K. Rusden, ein Vertreter des Sozialevolutionismus, erklärte 1876: „Das Überleben des Tüchtigen heißt, daß Macht Recht ist. Deshalb berufen wir uns auf diese Gesetzmäßigkeit und erfüllen das unerbittliche Gesetz der natürlichen Auslese, indem wir die minderwerten Australier ausrotten. . . und uns ungerührt ihr Erbe aneignen." Ein bekannter Erforscher und Historiker (Logan Jack) des nördlichen Australien schrieb 1922: „Dieses Gebiet im Norden ist von einem schwachen Volk nur spärlich bewohnt, und es ist ihm unzweifelhaft bestimmt, noch in diesem Jahrhundert von der Erde zu verschwinden . . . je verdünnter das Blut dieser Eingeborenen wird, desto besser ist es. Jedem Viehzüchter und Rassenhygieniker ist der Gedanke, die Zukunft des Nordens einer Rasse zu überlassen, die schon im Kern verdorben ist höchst widerwärtig und politisch gefährlich." Die ideologische Rechtfertigung des Völkermordes wurde als theoretische Grundlage für die andauernde Diskriminierung bis zum heutigen Tage beibehalten.
Noch heute kann man im Völkerkundemuseum in Canderra die Schädel eines Affen und eines Weißen sehen und zwischen beiden ist der Schädel eines Koories ausgestellt, mit der Bezeichnung „missing links". Die Lehre Darwins vom Recht des Stärkeren, wurde zum Freibrief für ihre Völkermordstrategie an den Schwarzen. Weiße Missionare

sahen sich außerstande, die Schwarzen zu missionieren und unterstützten Grausamkeiten und Vergewaltigungen.
Ein gutes Beispiel dafür ist Mapoon im Norden Quenslands – ein Reservat das von Presbyterianern gleietet wird. Der Kirchenschreiber in Mapoon erklärte 1908: „Aborigines sind grausam und verräterisch, sie schleichen wie Schlangen durch das Gras und ihre Frauen sind ein Ausbund an Dummheit und Entartung". Die frommen Herren glaubten, „diesen Sklaven des Teufels" nur mit körperlichen Züchtigungen beikommen zu können, und man kann sich wohl vorstellen wie das aussah, denn die Missionare rechtfertigen die Brutalitäten damit, daß „Aborigines ein nicht so hoch entwickeltes Nervensystem haben. . . fühlen sie Schmerzen weit weniger als wir."

Reservatspolitik.

In diesen Reservaten, die die Koories als Konzentrationslager bezeichnen und die in den Bundesstaaten noch heute existieren, wurde der Völkermord auf folgende Weise praktiziert: Neugeborene, so sie Bollblutbabies waren, wurden vom weißen Lagerleiter an den Füßen gepackt und gegen einen Baumstamm geschlagen bis ihre Schädel zertrümmert waren. Die ihrer natürlichen Lebensbedingungen Beraubten, wurden mit vergiftetem Mehl umgebracht. Zum Schutz vor Kälte reichte man ihnen Laken, die mit Pocken infiziert waren. Die daraufhin ausbrechenden Epedemien dezimierten die Lagerinsassen schnell. Wurde diese Behandlung nicht widerspruchslos hingenommen, wurde oft ein halber Stamm



Augustus Insel, Kimberley, 1900

Die Missionare waren tatsächlich der Meinung, daß erst ein paar Tropen weißes Blut einem Mischlingskind zur nötigen intellektuellen Fähigkeit verhelfen würde, die Lehre von der Erbsünde zu begreifen. Die erst mit der Christianisierung aufgekommene Vorstellung, der Mensch sei die Krone der Schöpfung, erlaubte es den zum Christentum bekehrten Europäern, die rohe Vergewaltigung der Natur und ihrer Schätze einschließlich des Menschen und seiner Naturreligion zu rechtfertigen. Das Aufeinanderprallen zweier so entgegengesetzten Kulturen hatte für die Koories verheerende Folgen. Mit der Vertreibung von ihrem Land, zu dem sie eine mystische Verbindung haben, wurde ihre kulturelle Identität völlig zerstört. In kaum hundert Jahren waren 80% aller Koorie-Völker einschließlich ihrer Sprachen ausgerottet.
Ein früher Entdecker Australiens schrieb damals: „Es ist keine Schande, sondern eher eine Gnade, wenn diese elendigen Kreaturen so schnell wie möglich für immer von dieser Erde verschwinden, je mehr Blut fließt umso besser."
Als sich einige Stämme zum bewaffneten Widerstand entschlossen, war es bereits zu spät. Die hochgerüstete englische Armee war den nur mit Speeren ausgerüsteten Schwarzen überlegen. Um ihre endgültige Ausrottung besser kontrollieren zu können, richteten die Kolonisatoren sogen. Reservate ein, die sie der Aufsicht verschiedener Kirchen und deren Missionare unterstellten.

an Fuß- und Halsketten aneinandergebunden zu Strafaktionen vorgeführt. Von den schätzungsweise 1 1/2 – 2 Millionen lebenden Schwarzen bei Ankunft der Weißen, lebten zu Beginn der 30iger Jahre d. Jahrhunderts, nur noch 50 000. Bis heute gibt es keine genauen Angaben über die tatsächliche Anzahl der Schwarzen, da bis in die 60iger Jahre hinein von der Australischen Regierung keine Zählungen der Schwarzen gemacht wurden.
Das letzte große Massaker an Schwarzen fand in den 30-iger Jahren statt und noch 20 Jahre später war es ein Sport für weiße Großgrundbesitzer am Samstagnachmittag im australischen Busch statt auf Känguruhs Jagd auf Schwarze zu machen. Die Erlegten wurden den Schweinen zum Fraß vorgeworfen. Heute hört man nur noch selten von solchen Methoden, denn im Zuge der technischen Entwicklung macht man heute mit dem Flugzeug Jagd auf Koories. Im November letzten Jahres wurde bekannt, daß ein als Rassist weithin gefürchteter Mann im Norden Australiens mit seinem Sportflugzeug einen Schwarzen jagte, der auf einem Pferd zu fliehen versuchte. Es wird erzählt, daß der Weiße vor hatte, den Schwarzen mit dem Propeller seines Flugzeuges zu köpfen. Dieses Vorhaben mißlang ihm insofern, als er statt dem Koorie das Pferd köpfte und den Schwarzen von der Hüfte ab zweiteilte. Obwohl der Name des weißen Mannes bekannt ist, wurde keine Anklage vor Gericht erhoben. Solche Übergriffe sind keine Einzelfälle, denn die

eingangs zitierte Aufforderung Australien sauber zu halten und die Schwarzen zu töten, ist kein verbal radikaler Scherz.

Außer Südafrika gibt es wohl kein Land der Erde, in dem Rassismus und Rassenhaß so offen und ungeniert geäußert und praktiziert wird wie in Australien. Der australische Ministerpräsident Fraser hat sich in den letzten Wochen der Weltöffentlichkeit gegenüber als Verteidiger der Menschenrechte aufgespielt, als auf der UNO-Flüchtlingskonferenz in Genf der „Holocaust" an den Vietnamflüchtlingen debattiert wurde. Fraser bot sich höchst persönlich als Vermittler in diesem Drama an. Bis heute hat ihn kein einziger Vertreter einer westlichen Demokratie auf diese zynische Heuchelei aufmerksam gemacht, und auch nicht darauf, daß in seinem eigenen Land der „Holocaust" schon seit 200 Jahren andauert. Ein Bundesminister hat letztes Jahr geäußert, „Australien habe eine Menge von Südafrika und Rhodesien zu lernen" (er wurde daraufhin lediglich entlassen), und die Meinung „die Aboriginies sollten am Besten auf eine vor der Küste gelegene Insel verfrachtet und dort bombadiert werden", ist nicht nur vom einfachen weißen Mann auf der Straße zu hören. Die Fraserregierung selbst, hat weißen Rassisten aus Rhodesien das Angebot gemacht, in Australien nicht nur Zuflucht zu finden, sondern ihnen gleichzeitig die Leitung der Konzentrationslagern angetragen.

Heute herrscht Apartheid in Australien.

Die Diskriminierung der Schwarzen berührt praktisch jeden Lebensbereich, und es herrscht faktisch Apartheid. An vielen Lokalen sind Schilder angebracht, auf denen steht „Leute mit schwarzen Beinen werden hier nicht bedient". Ein Gesetz erlaubt jedem Wirt, sein Publikum zu selektieren und potentielle Unruhestifter, dazu gehört immer „Leute mit schwarzen Beinen", den Zutritt zu jedem Pub zu verwehren. Obwohl eine Menge von diskreminierenden Gesetzen aus der Bundesrechtsprechung eleminiert wurden, bestehen sie in einzelnen Bundesstaaten weiter. Im Bundesstaat Queensland, der von dem Premier Bjelke Peterson nach der Art eines Feudalregenten beherrscht wird, haben die Koories weder Versammlungs- noch Demonstrationsrecht. Es gibt einen extra für sie erarbeiteten Gesetz, in welchem die Diskreminierung schriftlich festgelegt ist. Es besagt u.a. daß jeder Aborigine unter jedem erfundenen Vorwand verhaftet und vor Gericht gebracht werden kann, läßt sich die Anklage vor Gericht nicht beweisen, so hat der Richter das Recht, als Prventivmaßnahme den Deliquenten für den Rest seines Lebens auf ein Reservat zu verbannen, oder nach Palme Island, einer Strafgefangeneninsel für Schwarze oder in ein gewöhnliches Gefängnis. Dieser Act gilt auch für die Reservate in Queensland. Diese dürfen nur mit Genehmigung des weißen Lagerleiters verlassen werden. Lebt ein Familienangehöriger außerhalb des Reservats, kann er seine Angehörigen nur mit Genehmigung des Lagerleiters besuchen. Selbst der Kauf und Besitz eines Kofferradios ist von der Genehmigung des Weißen abhängig und ein Halbblutbaby (nicht selten Produkt von Vergewaltigungen an schwarzen Frauen) wird der Mutter sofort weggenommen und in eine Missionsschule verschleppt. Für die in diesen Reservaten lebenden Schwarzen gibt es keinerlei Möglichkeit, Hilfe von außen zu holen, da sie völlig von der Außenwelt abgeschnitten sind. Die einzige Verbindung ist ein Telegraf im Büro des weißen Lagerleiters. Weißen wird der Zutritt zu Reservaten mit der Begründung verwehrt, ihre Anwesenheit könnte die schwarze Gesellschaft durch den negativen Einfluß weißer Zivilisationseinflüsse stören.

Kein Koorie hat den rechtlichen Anspruch in einem Reservat zu leben – selbst wenn es sein eigenes Stammesland ist, er kann auch jederzeit vom weißen Lagerleiter des Reservates verwiesen, und damit für immer von seiner Familie getrennt werden. Der weiße Lagerleiter hat aber per Gesetz das Recht sich im Reservat aufzuhalten. Koories haben keinen Besitzanspruch auf eigene Wohnungen im Reservat, denn so der einschlägige Gesetzestext: „dies würde jedes Kontrollrecht durch den Missionsvorstand und durch diese Abteilung null und nichtig machen."In den Reservaten beziehen alle Koories einen sogenannten „Anstaltslohn" der unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. In Queensland wird bei etwa der Hälfte der Schwarzen das Vermögen von der Regierung verwaltet. Ohne Erlaubnis dürfen sie nichts von ihrem Lohn behalten, oder etwa etwas von dem in einem Fond zurückgehaltenen Geld abheben. Wenn ein Schwarzer das Reservat für immer verlassen will, verbleiben die von ihm erarbeiteten Summen im Besitz des Staates. Baden und Schwimmen ist nur in der vom Lagerleiter genehmigten Kleidung gestattet. (Punkt 10/1 der Satzung). Mit der Genehmigung des Ministers oder Direktors dürfen Bergbaugesellschaften das Reservat betreten und dort schürfen. Die Aborigines brauchen nicht gefragt zu werden (Aborigines Act § 29). Der Leiter kann einen beliebigen Satzungspunkt aufstellen oder aufheben und jeden Aborigine ohne offizielle Anklage verhaften. Für Koories gibt es im ganzen Land sogenannte „Besserungsanstalten" und die Gefängnisse sind überfüllt mit Schwarzen. In Westaustralien stellen sie 2% der Gesamtbevölkerung, in Süd-Australien nur 1% und in Victoria noch weniger, in diesen drei Staaten sind jedoch 64% aller weiblichen Gefangenen Koories und bei den Männern ist es ein Drittel. 70% der Kinder Westaustraliens leben in derartigen Einrichtungen und schwarze werden 34 mal häufiger wegen des gleichen Delikts verurteilt wie Weiße.

Der Grad der Zerstörung unter den Schwarzaustraliern innerhalb und außerhalb der Reservate, ist schlimmer als in jeder Entwicklungsnation.

„Keine andere Rasse der Welt leidet so unter Tuberkulose, Trachomen und Geschlechtskrankheiten wie die Ureinwohner Australiens"

Obwohl der 5. Kontinent zu den wohlhabensten Ländern der Welt gehört, spricht sogar der ehemalige Ministerpräsident Whitlam von einem „schlechthin unmenschlichem Zustand". Er mußte zugeben, daß „keine andere Rasse der Welt so unter Tuberkulose, Trachomen und Geschlechtskrankheiten leiden, wie die Ureinwohner Australiens". Die ca. 150 000 Schwarzen befinden sich in einem Gesundheitszustand, der die traurigsten Rekorde der ärmsten Länder bricht. Der berühmte Augenarzt Prof. Fred Hollows, Prof. an der Univ. von Sydney, kam nach einer Untersuchung von mehr als 100 000 Farbigen im ganzen Land zu dem Ergebnis, daß 23% der über 60-jährigen Aborigines auf beiden Augen blind sind. Weitere 21% sehen nur noch auf einem Auge und mehr als die Hälfte von diesen stehen vor der Erblindung. Die Säuglingssterblichkeit bei den Farbigen ist 5 x so hoch wie bei Weißen. Ein Viertel der Kleinkinder sind sogenannte „Biafra-Babies", d.h. der Grad ihrer Unterernährung ist so groß, daß sie bleibende physische und geistige Schäden davontragen werden. Dieser schlechte Gesundheitszustand ist vor allem auf einen ausgeprägten Ernährungsnotstand zurückzuführen. Herausgerissen aus ihrer jahrtausendealten Stam-

mesökologie leben sie hauptsächlich von Weißbrot, Zucker, Marmelade und billigsten Fleischkonserven, weil nur diese Nahrungsmittel für sie finanziell gerade noch erschwinglich sind. In Nordaustralien ist einer von 30 Aborigines leprös und in jedem Jahr erkrankt einer von 20 an Syphylis. Ganze Schulen mußten geschlossen werden, weil den schwarzen Kindern Maden aus den Ohren kriechen. Kinder und Alte sind in den Blechüttenslums die im ganzen Land, die vorwiegende Behausung für Schwarze sind, als Erstes die Opfer dieser katastrophalen Verhältnisse.
Die von der gegenwärtigen Bundesregierung gekürzten mageren Subventionen, gelangen selten zu den Betroffenen sondern versickern in der weitverzweigten von Weißen beherrschten Bürokratie, denn Schwarze haben nicht einmal etwas zu sagen, in dem „Office for Aborigine Affärs". Ihr jahrelanger Kampf um Selbstbestimmung und ökonomische Unabhängigkeit wurde von dem damals zuständigen Minister für Aborigine-Angelegenheiten mit der Begründung abgelehnt, Aborigines wüßten über Aborigines nicht Bescheid.

Die weiße Administrationist nicht bereit wenigstens Teile ihrer Total-Kontrolle über alle Koorie Angelegenheiten in die Hände von Schwarze zu übergeben. Als Entschuldigung wird dafür unter anderem angegeben, die Koories seien dazu nicht ausgebildet. Daran ist soviel wahr, daß unter 200 Jahren weißer Herrschaft ganze zwei Schwarze ein abgeschlossenes Universitätsstudium erlangen konnten. Unter Hinweis auf diese zwei Alibi-Schwarzen wird einem ganzen Volk die Selbstbestimmung verweigert, eine Kontrollmöglichkeit über den schwunghaften Handel mit Schwarzer Kunst wird von den Weißen ebenso abgelehnt, wie das Mitspracherecht bei der Suche und Ausbeutung der umfangreichen Rohstofflager auf dem Land der Koories.

Land der Koories: größte Uranlagerstätten der Welt

Die Rohstoffpolitik der Regierung hat die zweite große Invasion auf dem 5. Kontinent eingeleitet. Der völlige Ausverkauf aller nationalen Resourcen begann mit dem unfreiwilligen Regierungswechsel von 1976. Die damalige Labour Regierung unter Whitlam zögerte die Lizensvergabe für die riesigen Uranvorkommen immer wieder hinaus, da sie durch Zugeständnisse an die schwarze Minderheit, auf deren Land sich die Uranlager befinden, gebunden war, und einen sich verstärkenden Protest gegen den Uranexport von den Gewerkschaften fürchten mußte. Die Bedeutung der australischen Uranlagerstätten besteht darin, daß sie 1. etwa zwei Drittel der gesamten Uranfunde der Welt ausmachen, und 2. zu den größten noch nicht vertraglich vergebenen Lagerreviere gehören. Der amerikanische Energiemulti Westinghouse, in Erwartung eines nahezu unbegrenzten Zugriffs auf diese Lagerstätten, machte eine Anzahl von Verträgen mit Ländern der dritten Welt, zur Lieferung von Atomkraftwerken, und verpflichtete sich in diesen Verträgen gleichzeitig das angereicherte Uran mit zu liefern. Dieser Teil des Vertrages war aber durch die zimperliche Uran-Politik der Labour Regierung gefährdet. Der unmittelbar damit in Zusammenhang stehende Sturz der Whitlam Regierung – formal ausgeführt vom Gouverneur der englischen Königin – wird in Australien von nur wenigen Leuten bestritten. Nicht nur für Westinghouse ging die Rechnung auf. Die bisher als abbauwürdig bezeichneten acht Uranlagerstätten befinden sich zu zwei Drittel auf Reservatsgelände in dessen Bereich die Koories schon gewisse Landrechte – also Eigentumsrechte besitzen und somit ein juristisches Veto-Recht beim Abbau haben. Dieses Veto-Recht ist ihnen im Zusammenhang mit der auf mindestens 100 350 Tonnen geschätzten reichsten Uranmine der Welt –Ranger– durch erpresserische Drohungen und Vertragsmanipulationen im Mafiastil genommen worden. An der Uranausbeute sind fast ausschließlich ausländische Konzerte beteiligt, wie Getty Oil, Esso, Rio Tinto Zink (England) Noranda (Kanada) und die Deutsche Urangesellschaft mit den Großaktionären Siemens, Veba und Steag im Hintergrund.



Ureinwohnerinnen Australiens

Der Abbau des Urans und sein Export hat nicht nur den kompromisslosen Protest vieler Gewerkschaften heraufbeschworen, sondern vor allem zu ersten überregionalen Organisationsbemühungen unter den Schwarzen geführt, weil sie durch den Uranabbau alles verlieren werden, was ihnen trotz Verfolgung und Ausrottung geblieben ist. Nur noch im Norden Australiens haben sie die Möglichkeit ihr traditionelles Leben – relativ ungestört zu leben. Die Vernichtung ihrer kulturellen Identität die für viele im Stammesleben traditionell verhaftete Schwarze auch eine physische Vernichtung zur Folge hat wird nicht das einzige Ergebnis des Uranabbaus sein.
Viel mehr fürchten sie, daß der radioaktive Outfall beim Abbau der Tagebauminen riesige Landstriche unbewohnbar machen wird, wofür es schon das traurig gespenstische Beispiel der ersten australischen Uranmine RUM JUNGLE gibt, die die Engländer in den 50iger Jahren betrieben, und in deren Umkreis auf viele Kilometer jedes pflanzliche und tierische Leben für Jahrzehnte oder Jahrhunderte unmöglich geworden ist. Für die schwarzen Australier bedeutet der Abbau des Urans der letzte große Angriff auf ihrer Menschenwürde, angesichts der vom Uranverkauf zu erwartenden Profite kein Gewicht mehr hat. Sie haben sich entschlossen ihren Kampf nach außen zu tragen, da sie sich nur noch von außerhalb Australiens Hilfe erhoffen, indem eine Solidaritätsbewegung in Europa z.B. Druck auf die australische Regierung auübt. Mitte September werden sie ein ständiges Büro in London eröffnen, daß von zwei Koories geleitet wird, und von dem aus sie versuchen das Interesse der Weltöffentlichkeit auf die wahre Geschichte des fünften Kontinents zu lenken.

Nina Gladitz

Filme:
„Das Uran gehört der Regenbogenschlange"
Gewerkschaften und schwarze Australier im Kampf um das australische Uran
Ein Film von Nina Gladitz
Co-Produktion Teldok-Film 45 min/farbig
Verleih: Neue Welt, Hansaring 80, 5 Köln 1; Tel.: 02 21 / 12 10 51

„My mother, my land"
Ein ausnahmsweise guter, von der australischen Regierung finanzierter Film, 25 min.
Verleih: Australische Botschaft, Postfach, 53 Bonn; Tel.: 0 22 21 / 37 69 41

Buch:
von Janine Roberts
„Nach Völkermord: Landraub und Uranabbau"
Die schwarzen Australier (Aborigines) kämpfen ums Überleben. Nachwort: Carl Amery
Gemeinsam herausgegeben von BBU und Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.
Preis: 7,80, 200 Seiten, 'Reihe pogrom'
Bestellung: GfbV, Bramscherstr. 200, 45 Osnabrück

Kontaktadressen:
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.B. (BBU) Hellbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21 (Tel.: 07 21 / 57 42 48)
Gesellschaft für bedrohte Völker e.V., Redaktion pogrom, Postfach 159, 34 Göttingen

BÜCHER

Ariel Dorfman, Desapavecer – Aus den Augen verlieren, Gedichte, spanisch-deutsch, Zeichnungen v. Guillermo Nunez, Göttingen 1979, 96 S., 12,80 DM, Lamuv Verlag, Martinstr. 7, 5303 Bornheim-Merten;
Entwicklungspolitische Medienarbeit. Das Beispiel Tansania: Den Bauern eine Stimme geben. MPZ Materialien 8, Hamburg 1978, 100 S., 5,– DM, Medienpädagogik Zentrum, Thadenstr. 130 A, 2 Hamburg 50;
Gerd Spittler, Herrschaft über Bauern, Die Ausbreitung staatlicher Herrschaft u. einer islamisch-urbanen Kultur in Gobir (Niger), Frkf. a.M. 1978, 190 S., 30,– DM, Campus-Verlag, Schumannstr. 65 6 Frkf. 1;
Die frohe Botschaft unserer Zivilisation. Evangelikale Indianermission in LA, hg. v. Gesellschaft für bedrohte Völker, Reihe Progrom, Göttingen 1979, 190 S.;
Fremdarbeiter – Gastarbeiter – Türken. Im Wartezimmer zum Glück. Ausstellung u. Dokumentation v. Horst Herkner im Verleih der Studienstelle der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Schillerstr. 58, 75 Karlsruhe;
Dom Helder Camara: Die Bekehrungen eines Bischofs. Gespräche, aufgezeichnet v. Jose de Vroucker, Wuppertal 1979, 264 S., 22,– DM, Peter Hammer Verlag, Postf. 200415, 56 Wuppertal.

»Dreißig Millionen Verstümmelte«

Zu einer der grausamsten traditionellen Praktiken[1] in Afrika, die zu beseitigen bis jetzt noch nicht gelungen ist, gehört die Beschneidung der Frau (die Entfernung der Klitoris und meistens auch der inneren Schamlippen, siehe folgenden Artikel). Sie gehört auch zu den Praktiken, über die man wenig weiß, weder über ihr genaues Ausmaß noch ihre ideologischen und sonstigen gesellschaftlichen Hintergründe. Erst in den letzten Jahren haben einige Kreise in den betroffenen Ländern und im Westen versucht, diese Sitte an die Öffentlichkeit zu bringen, in der Hoffnung dadurch gegen sie angehen zu können.
Im Februar dieses Jahres fand in Khartum ein Kongreß der Weltgesundheitsorganisation zur Beschneidung statt, unter einem Titel („Traditionelle Praktiken, die die Gesundheit der Frau betreffen"), der angesichts der behandelten Themen wie ein Hohn wirken muß. Dieser Kongreß fand erstaunlich wenig Widerhall in der westlichen Presse. Der folgende Text ist eine Übersetzung des Artikels zu dem Kongreß von Claire Brisset, der in Le Monde von 28. Februar 1979 erschienen ist. Dieser Bericht befaßt sich vor allem mit der radikalsten Form der Beschneidung – der Infibulation –, die vorwiegend im Sudan, in Somalia und Teilen Äthiopiens vorkommt. Diese Form der Beschneidung bringt eine totale Mißachtung der Frau zum Ausdruck. Der Bericht von Claire Brisset verdeutlicht die Grausamkeit dieser und anderer Formen der Beschneidung, gegen die bis jetzt wenig unternommen worden ist.

Die Redaktion

Die Beschneidung der Frau in Afrika.

Je nach Kulturen, Völkern, aber auch geschichtlichen Perioden, erfährt die Ausübung der genitalen Beschneidung und der Infibulation leichte Unterschiede, die hauptsächlich die Intiations- und die dem Eingriff selbst folgenden Rituale betreffen.
Nach Meinung der Delegierten in Khartum können bei dieser Praxis drei Formen unterschieden werden.
Die „mildeste" Form besteht in der Entfernung der Spitze der Klitoris mit Hilfe eines scharfen Messers, meistens einer Rasierklinge. Diese Form die von einer gewissen Anzahl von islamischen Autoritäten unter dem Namen „Sunna Beschneidung" empfohlen wird, findet jedoch kaum Anwendung.
Die meist verbreitete Form in ganz Afrika, unter Einbeziehung der Kopten- und Animistenvölker, besteht in der vollkommenen Entfernung sowohl der Klitoris, als auch der inneren Schamlippen. Dabei wird oft die innere Wand der äußeren Schamlippen beschnitten. Bei dieser Praxis sind selbstverständlich örtliche Unterschiede festzustellen. So führen manche Völker die Entfernung der Klitoris mit Hilfe des Feuers (Kauterisation) durch: die Organe, die entfernt werden sollen, werden mit einer besonderen Art von Brennesseln eingerieben. Am nächsten Tag legt die Beschneiderin ein glühendes Stück Holz auf die seit dem Vorabend stark geschwollene Klitoris.
In der Regel wird die Entfernung der Klitoris einfach mit scharfen Instrumenten aller Art vorgenommen, die natürlich sehr starke Blutungen verursachen. Durch einen Absud aus Gräsern oder durch Pflaster aus Milch, Zucker, Honig und sogar Tierfäkalien, die auf die Wunde gelegt werden, wird versucht diese zu stillen.
Franzesca Hosken 2) die seit Jahren eine beeindruckende Zahl von Fakten über diese Frage gesammelt hat und Delegierte bei der Weltgesundheitsorganisation ist, schätzt, daß „diese Form in mehr als sechsundzwanzig Ländern ausgeübt wird, und zwar vom Horn Afrikas und dem Roten Meer bis zur atlantischen Küste (Senegal und Mauretanien) und, in Nord-Süd Richtung, von Ägypten bis Tansania, einschließlich dem größten Teil Nigerias. Ich schätze, daß ungefähr dreißig Millionen Frauen und junge Mädchen derart operiert werden." Auch in beiden Jemen und Saudi-Arabien, sowie, laut dem Schriftsteller Awa Thiam 3), Irak, Jordanien, Syrien und Süd-Algerien, ist diese Form anzutreffen.

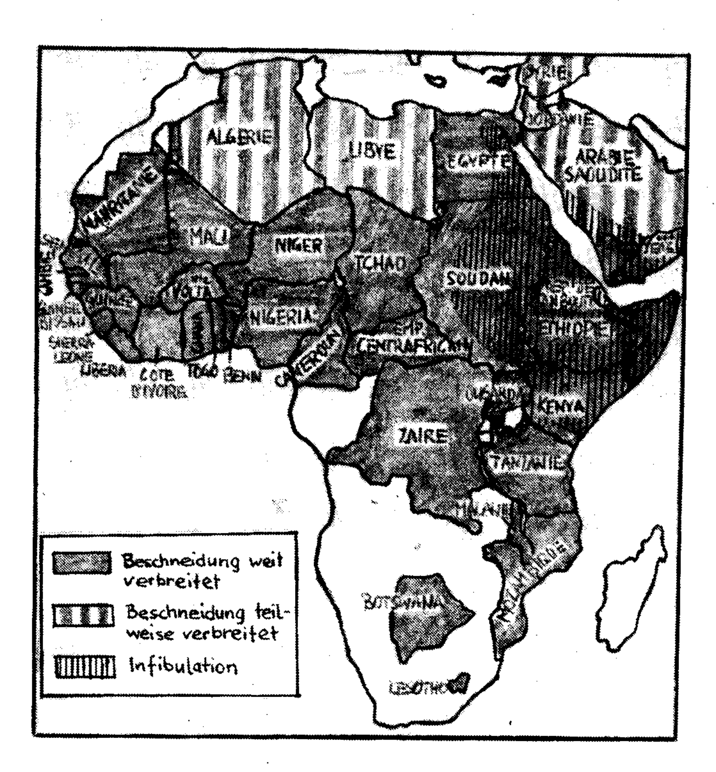


Beschneidung indem die kleinen Schamlippen und Klitoris entfernt wird.

Die erschreckensten Beschreibungen, die auf der Konferenz in Khartum gegeben wurden, beziehen sich auf die letzte, noch radikalere Form: die Infibulation, die die Sudanesen „pharaonische" und die Ägypter die „sudanesische Beschneidung" nennen. Hierbei handelt es sich um die Entfernung der Klitoris und der inneren Schamlippen, und das anschließende Zusammennähen der äußeren Schamlippen, deren innere Wände vorher aufgerauht worden sind, um ihr Zusammenwachsen zu ermöglichen.
Diese Praxis ist die Regel im ganzen Horn Afrikas: Somalia, Djibouti, im größten Teil Äthiopiens (sowie Ogaden und Erithrea), Sudan, Oberägypten im Norden Kenyas und Niegerias und an vielen Orten Malis.
Frau Edna Adan Ismail , Somalia, vorübergehend Delegierte der Weltgesundheitsorganisation und lange Zeit Mitarbeiterin bei dem Gesundheitsministerium von Mogadischu, hat bei der Konferenz von Khartum die „Technik" der Infibulation dargestellt. Das Mädchen sitzt auf dem Boden oder auf einem niedrigen Hocker; hinter sie

setzt sich eine robuste Frau, um ihr die Arme festzuhalten. Zwei andere Frauen halten je ein Bein des Mädchens, um zu verhindern, daß sie sich bewegt. Die „Ausführerin", die oft zu den Matronen des Dorfes gehört, schneidet dann die inneren Wände der äußeren Schamlippen ab. Dann fängt das Nähen an: die äußeren Schamlippen werden zusammengehalten und mit Dornen aus Zwergakazien, die in der Wüste massenweise wachsen, Stück für Stück aneinander befestigt. Die Dornen messen ca. zehn Zentimeter. Um die Dornen wird dann ein Band ge; schlungen, das die Wunde wie bei einem Korsett schließt. Übrig bleibt eine kleine Öffnung, die den Urin und das Menstruationsblut durchläßt. Um ein vollkommenes Zusammenwachsen zu verhindern, setzt die Matrone an die Stelle dieser kleinen Öffnung ein Streichholz oder ein winziges Stück Bambus. Danach streut sie auf die Wunde eine Mischung aus Zucker und Gummiarabikum, die einen dichten Klebstoff bildet. Anschließend werden die Beine des jungen Mädchens bis zur Ferse zusammengebunden, um zu verhindern, daß durch ihre Bewegungen, die Wunde nicht heilt. In dieser Phase hat das erschöpfte, junge Mädchen aufgehört zu schreien; sie wird auf eine Matte gelegt; es wird dann gewartet bis sie Wasser läßt, was beweist,daß die Öffnung nicht zugewachsen ist. Am Anfang bewirkt es ein starkes Brennen.

Eine Woche danach werden die Dornen herausgenommen und das Mädchen bekommt einen Holzstock, der ihr beim Laufen mit gebundenen Füßen in der Hütte helfen soll. Die Narbe wird sorgfältig überprüft und wenn die Operation nicht erfolgreich gewesen ist, wird sie wiederholt.



Auf Grund des fragmentarischen Wissen zu diesem Thema sollte die Karte mit Vorsicht betrachtet werden. Nicht alle Völker in den angegebenen Gebieten praktizieren die Beschneidung und die meisten Städte scheinen ohnehin von ihr kaum beruht zu sein.

Verheerende Infektionen.

Ein paar Jahre später kommt die Zeit des Heiratens und der Mutterschaft, deren Ritual in Somali Jaques Lantier in „La Cité magique" 4) sehr genau beschrieben hat: „Die Ehefrau begibt sich zum Haus ihres Mannes, der, nachdem er sie ausgezogen hat, sie mit einer Peitsche, die aus vielen Lederriemen besteht, einer „Courbache", blutig schlägt. Der Mann darf seine Frau nicht mit seinem Glied entjungfern sondern benutzt hierzu einen zweischneidigen Dolch. Mit einem Schlag stößt er den Dolch in die Vagina, die, zerrissen, stark blutet. Dann dringt er in die Frau ein. Traditionsgemäß muß der Mann während acht Tagen einen wiederholten und ausgiebigen Geschlechtsverkehr haben. Diese „Arbeit" soll einen Eingang schaffen, indem sie verhindert, daß die Narbe sich wieder verschließt. Während dieser acht Tage bleibt die Frau liegen und bewegt sich so wenig wie möglich, um die Wunde weit offen zu halten.

Am Morgen der Hochzeitsnacht befestigt der Mann den blutigen Dolch auf seiner Schulter und geht Besuche machen, auf denen er allgemeine Bewunderung erfährt. Nachdem er diese Formalität erfüllt hat, kehrt er sofort nach Hause zurück, um seine „Arbeit" wiederaufzunehmen. Bald ist die Frau schwanger. Wenn die Zeit der Niederkunft gekommen ist, setzt sie sich auf einen Hocker; eine Matrone öffnet ihr die Vulva mit einem Küchenmesser. In dem Maße wie der Fötus herauskommt, öffnet die Matrone die Mutter mit einem Messer. Wenn das Kind geboren ist, wird auf die Geschlechtsteile der Frau kochendes Wasser gegossen, was riesige Blasen verursacht.(...) Und dann fängt die Szene mit der Aufrauhung, dem Stechen der Dornen, dem Liegenbleiben und dem Heilprozess wieder von vorne an (...)"

Laut den Delegierten in Khartum, ist es nicht selten, daß Frauen auf diese Art zehn bis zwölf Mal genäht und geöffnet worden sind, bis die Operation wegen des Zustandes der Organe nicht mehr möglich ist. Die Folgen einer solchen Praxis sind natürlich unübersehbar. Wie Jaques Lantier schreibt, kann ein ungeschickter Schlag oder ein unerfahrener Eingriff, die Blase oder den Mastdarm durchstoßen. Der Arzt Ahmed Shandali, Professor an der Universität Khartum, der bei der Konferenz nicht anwesend war, hat diese Folgen in einer umfangreichen Arbeit beschrieben, wofür fünf Jahre lang mehr als viertausend Patientinnen der Frauenklinik und der Geburtenhilfestation des Krankenhauses 5) von Khartum untersucht worden sind. Der Tod von Kindern durch Schock, Blutungen oder Infektionen (Tetanus zum Beispiel) sind nicht selten.

Die Regel sind auf jeden Fall starke Schmerzen und ein dadurch bedingtes Trauma. Das Zurückhalten des Urins kommt sehr häufig vor. Dazu kommt noch, daß übereinfrige oder durch die Bewegungen des Mädchens behinderte „Ausführerinnen" auch den Harngang und sogar einen Teil der Vagina beschneiden. Der Arzt Shandali erwähnt den Fall einer Patientin, deren Harnwege bei der Beschneidung so weit auseinandergenommen wurden, daß sie von dem Ehemann ein Jahr lang „aus Versehen" benutzt wurden. Die Delegierten in Khartum berichteten, daß es auch vorkommen kann, daß die Analöffnung zu diesem Zweck benutzt wird, wenn zum Beispiel durch die Infibulation der Geschlechtsverkehr zu sehr erschwert wird.

„Liebe tut weh"

Das ist nicht alles. Die langfristigen Wirkungen sind genauso gravierend. Zunächst führen chronische Infektionen der Geschlechtsteile sehr häufig zur Sterilität, was in Afrika für die Frau und ihre Familie, wie man weiß, mehr als nur ein persönliches Drama ist, sondern eine ökonomische

und soziale Katastrophe bedeutet. Auf den Narben, der Vulva, in der Vagina bilden sich oft Zysten, die so groß wie eine Pampelmuse werden können. Schmerzende Menstruationskrämpfe sind sehr häufig, insbesondere wenn das Blut nicht leicht ausfließen kann.
Schließlich sind die Folgen bei einer Geburt vielleicht die dramatischten, da sie zwei Personen schädigen: die Mutter und das Kind; die oft verhärteten Narben der Vulva zerreissen leicht, was zu breiten, bilateralen Episotomien zwingt (Öffnung des Damms mit einem scharfen Instrument), was wiederum zu Infektionen führt, wenn diese durch unerfahrene Hände vorgenommen worden sind, was im Busch häufig der Fall ist.
Diese Gewebeverhärtungen haben oft lange Geburten zur Folge, was dann zur Bildung von visikulären und analen Vaginalfisteln führt.
Zuletzt ist die Frigidität, ein Problem, das von den Delegierten in Khartum, abgesehen von den ägyptischen, nur am Rande berücksichtigt worden ist, quasi Schicksal der Frauen geworden. 80 % der Frauen, die von Doktor Shandali untersucht wurden, hatten bislang keine sexuelle Befriedigung erlebt und 84 wußten nicht einmal, daß es sie geben kann.
„Die Liebe tut weh", sagen die somalischen Frauen... Wie könnte es auch anders sein, wenn körperliche Schäden dieser Art verursacht werden, die die Einstellung bezüglich der weiblichen Sexualität symbolisieren?

Claire Brisset
aus Le Monde, 28.02.1979
übersetzt und leicht gekürzt von der Redaktion der blätter

In wie weit dieser Kongreß zum Ziel hatte, die Lage der Frau in den betroffenen Ländern zu verbessern, oder hierzu beitragen kann, muß dahingestellt werden. Der Vorschlag einiger Deligierter, die „midelste" Form der Beschneidung (die Klitorisentfernung) einzuführen in der Hoffnung, daß dadurch die radikaleren Formen allmählich abgelöst werden würden, läßt daran zweifeln.
Eine Diskussion über eine effektive Bekämpfung dieser Sitte wird erst dann möglich sein, wenn die sozialen Hintergründe, die in einer tiefliegenden, von den Frauen selbst akzeptierten Ideologie wurzeln, bekannt sind. Bis heute fehlt es aber an ausreichenden Informationen, um diese Hintergründe zu analysieren. Der Grund für das mangelnde Wissen über diese Praktik ist einerseits auf ihr gesetzliches Verbot zurückzuführen, das zur Folge gehabt hat, daß die Beschneidung von den sie praktizierenden Völkern verheimlicht wird. Andererseits sind aber oft die Einstellung und die Berichterstattung der Ethnologen, die die Sitte und die Berichterstattung der Ethnologen, die die Sitte entweder übersahen oder verharmlosten, daran schuld, daß das Leiden von Millionen von Frauen in Afrika bis heute wenig Beachtung fand.

Da die ersten Feldofrscher vorwiegend Männer waren, hatten sie selten näheren Kontakt zu Frauen der von ihnen untersuchten Gruppen und noch seltener Zugang zu Zeremonien, die die Sexualität der Frauen betrafen. (Sexuelle Praktiken waren ohnehin selten ernsthafter Untersuchungsgegenstand der Ethnologie.) Aber auch dort, wo Frauen Untersuchungen durchführten, beschäftigten sie sich wenig mit dem Bereich der Frauen. In den Fällen, wo die Beschneidung bekannt wurde, wurde sie meistens als Seltenheit abgetan. So konnte z.B. noch 1963 eine Ethnologin, die sonst sehr viel dazu beigetragen hat, das „Problem der Frau" in Mittelpunkt der Wissenschaft zu rücken, behaupten, daß die Genitalverstümmelung der Frau äußerst selten sei und folglich keine weitere Behandlung benötige.[6] Erst heute wird allmählich die genaue Verbreitung der verschiedenen Formen der Beschneidung und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit der Frau bekannt. Die Zahl der auf diese Weise verstümmelten Frauen wird in Afrika auf mindestens dreißig Millionen geschätzt.
Vor allem aber verharmlosten (und manchmal sogar romantisierten) die Ethnologen diese Praktik. Als Reaktion auf eine Missionarspolitik, die versucht hatte, alles „Unchristliche" in Afrika auszumerzen und die westliche Kultur aufzuzwingen, bezog die Ethnologie oft einen Standpunkt des extremen Kulturrelativismus, d.h. daß Kritik an einzelnen Praktiken mit dem Hinweis abgewendet wurde, daß man sie im Rahmen der Gesamtkultur zu betrachten habe. Jede Sitte und Institution wurde aber auch als funktional also notwendig für die Erhaltung der Gesamtkultur, angesehen. Da es galt, die Kultur als Ganzes zu erhalten, war es unmöglich gegen Teilbereiche (z.B. die Beschneidung) vorzugehen. Das Wegfallen einer Institution hätte nach diesem strengen Funktionalismusverständnis den Verfall der ganzen Kultur bedeutet. Folglich kritisierte man nicht. Die Beschneidung der Frau wurde weiter verharmlost, indem sie als Gegenstück zur Entfernung der Vorhaut bei den Knaben betrachtet wurde. Nirgendwo wurde erwähnt, daß die Entfernung der Klitoris, die ein sehr empfindliches Nervenzentrum bildet, um ein vielfaches schmerzhafter ist, als das Wegschneiden der Vorhaut des Mannes und, daß sie zudem oft weitreichende Konsequenzen für die Gesundheit und die sexuelle Empfindung der Frau hat. (Letzteres mag auf mangelnde Kenntnisse der weiblichen Anatomie und den herrschenden Freud'schen Irrglauben von zwei Formen des weiblichen Orgasmus zurückzuführen sein.) Bei der Beschreibung der Knaben- und Mädchenbeschneidung hob man meistens auf die die Beschneidung begleitenden Initiationsriten und Instruktionen ab, und sah den Schmerz als ein Mittel an, dem Kind seine neue Rolle als Erwachsener einzuprägen. So sollen laut dem oben erwähnten Artikel die Genitalverstümmelung oder andere schmerzhafte Initiationsriten vorwiegend dort vorkommen, wo die Kleinkinderziehung dazu führen könnte, daß kleine Mädchen sich nicht mit ihrer Rolle als Frau identifizieren. Vor oder nach der Beschneidung werden die Mädchen in ihre Rolle als Frau eingewiesen. Der Schmerz soll lediglich dazu dienen, ihnen die besondere Bedeutung dieser Unterweisungen unauslöschlich einzuprägen! Diese Erklärung wird aber für viele Gesellschaften hinfällig, da die Beschneidung hier meistens an Mädchen vorgenommen wird, die noch so klein sind, daß eine Erziehung an sich noch gar nicht stattgefunden haben kann. Ein weiteres Argument, das die Beschneidung verharmlost, ist die Behauptung, die Mädchen seien auf den Eingriff vorbereitet und würden ihn sogar herbeiwünschen,

BETRIFFT FRAUEN

Auf dem Frauentreffen in Bielefeld wurde unter anderen der Vorschlag gemacht, daß Frauen, die in Entwicklungsprojekten gearbeitet haben, arbeiten oder arbeiten werden, zusammenkommen sollten. In der Nr. 77 der „blätter des iz3w" hatten wir die Kontaktadresse versprochen. Sie lautet:

Barbara Becker
Ebersstr. 42, 1000 Berlin 62

da sie sich sonst nicht als vollkommene Frauen fühlten. Es ist erstens zu bezweifeln, ob den Mädchen tatsächlich vor der Beschneidung das genaue Ausmaß des Schmerzes bewußt ist. Die Tatsache, daß sich ein Mädchen auf Grund von erlernten Werten den Eingriff wünscht, ändert nichts an seiner Grausamkeit, noch ist es besonders erstaunlich, daß in einer Gesellschaft, die die Beschneidung als erste Stufe zum Erwachsenwerden vorschreibt und die keine Vergleichsmöglichkeiten bietet, die Mädchen ideologisch darauf vorbereitet sind und den Eingriff akzeptieren. Solche Behauptungen entschuldigen diese Praktik nur, erklären aber nicht, wie Ideologien entstehen können, die Frauen dazu bringen, die eigene Verstümmelung hinzunehmen. Auf diese Frage gibt es bis heute keine befriedigende Antwort.

Unter dem Einfluß der Frauenbewegung hat es in letzter Zeit ein breites Interesse für die Lage der Frau in der Dritten Welt gegeben. Die Beschneidung der Frau ist aber weiterhin vernachlässigt worden. Sie paßt einfach nicht in das allgemeine Bild der „Frau in Afrika", die angeblich selbstständiger und selbstsicherer als ihre Geschlechtsgenossinnen in Europa ist, und die erst durch die Auswirkungen des Kolonialismus und Kapitalismus dem Mann unterworfen wird. So wird in der Literatur selten erwähnt, daß die als selbstständig, geschäftstüchtig und oft Männer verachtend geltenden Yoruba-Frauen beschnitten sind! Oder die Beschneidung wird als Paradebeispiel für die weltweite Verschwörung der Männer angeführt. Dabei wird die Beschneidung als patriarchalisches Mittel betrachtet, der Frau sexuelle Befriedigung zu verweigern. Zwar behaupten die Männer in den betroffenen Ländern oft, die Frauen würden beschnitten, damit sie fleißig und treu werden, aber diese Betrachtungsweise vereinfacht die sehr komplexen gesellschaftlichen und ideologischen Mechanismen in diesen Gesellschaften, die dazu geführt haben, daß Frauen nicht nur als minderwertig angesehen werden, sondern daß sie dieses Bild selbst akzeptoeren, soweit sogar, daß sie ihre eigene Verstümmelung zulassen und noch stolz darauf sind. Ohne diese Mechanismen zu verstehen, wird es kaum möglich sein, gegen die Beschneidung vorzugehen. Indem man diese Praktik nur als von den Männern aufgezwungen betrachtet, verbaut man sich unter Umständen die Möglichkeit gegen sie vorzugehen. Denn es sind oft gerade die Männer in Afrika, die auf Grund einer besseren Erziehung als die Frauen offener für die Kritik an traditionellen Praktiken sind.

Es ist hier stark auf die Einstellung der Ethnologie eingegangen worden, weil sie auf Grund ihres Kulturrelativismus sich nicht nur davor gedrückt hat, die Beschneidung zu verurteilen, sondern sie auch verharmlost hat und daher mit daran schuld ist, daß es über die genauen Hintergründe dieser Sitte nur wenig Kenntnisse gibt. Kenntnisse, die aber unerläßlich sind, um der Beschneidung der Frau entgegenzuwirken. Es bestehen noch zuviele Widersprüche, die es zu klären gilt.: So ist die Beschneidung einerseits wohl ein Ausdruck der allgemeinen Unterdrückung, wenn nicht gar Mißachtung der Frau. (Ein dermaßen traumatisches und schmerzhaftes Erlebnis eines jungen Mädchen hat sicher des Bewußtsein der eigenen Wehrlosigkeit zur Folge, und bewirkt damit eine Resignation und Akzeptierung der eigenen untergeordneten Rolle.) Andererseits ist es aber schwer, diese Mißachtung mit dem herrschenden Bild der wichtigen Stellung der afrikanischen Frau in der Landwirtschaft oder ihrer relativen Unabhängigkeit vom Ehemann in Einklang zu bringen. Es ist zu hoffen, daß die jetzt langsam anlaufende Thematisierung der Beschneidung der Frau dazu führen wird, daß die notwendigen Kenntnisse, um sie zu verstehen und somit bekämpfen zu können, allmählich geliefert werden.

Noch eines: Es ist bezeichnend für das bisherige mangelnde Interesse an diesem Problem, daß im Jahre des Kindes diese grausame grausame Verstümmelung kleiner Mädchen (im Alter zwischen einem und fünfzehn Jahren) nirgends angesprochen worden ist.

Julia Ballot

1) Die Beschneidung der Frau hat eine lange Geschichte in Afrika, die auf vorislamische Zeiten zurückgeht.
2) Siehe noch den Bericht von Fran Hosken in Courage, Nr. 9 1978.,S. 20-28. Fran Hosken, die schon einige Jahre über dieses Thema arbeitet, hat in diesem Jahr einen Bericht zur Beschneidung herausgebracht, zu beziehen über W.I.N. News, 187 Grant Street, Lexington, MA., USA.
3) Thiam, Awa, La Parole aux negresses Denoe-Gonthier.
4) Lantier, Jacques 1972, La Cite magique. Editions Fayard
5) In Frankreich hat ein junger sudanischer Chirurg, Doktor Mirghani E. Sayed, (hopital de Villeneuve-Saint-Georges, Val-de-Marne) seine Doktorarbeit über dieses Thema geschrieben, ebenso wie djibutanische Arzt, Doktor Alain David, der heute in Djibouti arbeitet.
6) Brown, Judith K. 1963. A Cross Cultural Study of Female Initiations Rites. American Anthropologist, Bd 65. 837-853.



BOLIVIENS FRAUEN ORGANISIEREN SICH

Union de Mujeres de Bolivia =UMBO wurde von einigen Lehrerinnen ins Leben gerufen, die durch die Agrarrevolution von 1952 und die nachfolgenden Ereignisse politisiert wurden. Diese Frauen trafen sich erstmals 1963 und verfassten eine Grundsatzerklärung, die folgende Schwerpunkte enthielt:
„Wir kämpfen für die Nichteinmischung ausländischer Staaten in bolivianische Angelegenheiten und die Durchsetzung der Menschenrechte, sowie die Bildung der Frau, um ihr gleiche Möglichkeiten in der Berufswahl sowie in der Führung des Staats zu öffnen".
1966 fand der erste große Kongress unter Beteiligung der Frauen aus den Minen und vom Land statt. Es wurde beschlossen, nicht mit bürgerlichen Frauenorganisationen zusammenzuarbeiten, da diese die Interessen des Kapitals vertreten und somit nicht die Interessen des Volks.
Seit der Machtergreifung General Banzers 1971 bis zum Hungerstreik und der Generalamnestie 1978 arbeitete die UMBO im Untergrund. Viele ihrer Mitglieder mussten ins Exil oder wurden inhaftiert.
„Aber UMBO hörte nie auf zu arbeiten. Seit 2 Jahren blühte die Arbeit in der Filiale von La Paz wieder auf und auch die Gruppe von Cochabamba reorganisiert sich" („Mujeres", Zeitung der UMBO, Filiale Cochabamba, im März 78).
UMBO versteht sich zwar als „Feministische Organisation", sieht ihren Kampf aber in erster Linie in der nationalen Befreiung Boliviens an der Seite des Mannes. Sie geht davon aus, dass die Befreiung der Frau sich endgültig erst in einem befreiten (sozialistischen) Staat vollziehen kann.

Die Aktivitäten der UMBO umfassen Seminare und Diskussionen in verschiedenen Städten zu spezifischen Frauenproblemen (z.B. Gleiche Arbeit-gleicher Lohn); Artikel in Tageszeitungen, die für die Bevölkerung schädliche Entwicklungen im Land anpranger; Solidarität mit Frauengruppen anderer Länder (z.B. Nicaragua, Mexico).

Die Herausgabe einer Zeitung mit Interviews, Diskussionsbeiträgen zur Situation der Frau, Comics über die politische Aktualität in Bolivien, Informationen zu den Rechten am Arbeitsplatz musse vor vier Monaten eingestellt werden, da die finanziellen Möglichkeiten erschöpft waren.
An dieser Zeitung wird klar, dass diese bolivianische Frauenorganisation ein Zusammenschluss von „Kämpferinnen an der Basis" ist, den Frauen vom Land, aus den Minen, den Hausfrauen; inzwischen sind auch Studentinnen und Schülerinnen dabei.
In den Kämpfen der Minenarbeiter Boliviens hatten die Frauen ein politisches Bewusstsein entwickelt, als es darum ging, sich zusammenzuschliessen, um ihre gefangenen und verschleppten Männer freizubekommen; bei Streiks von der Bergwerksgesellschaft doch noch Lebensmittel, bei Epidemien Medikamten zu erkämpfen. So wurden die „Hausfrauenkomitees" in den Minenbezirken zu einer wichtigen Kraft im Kampf gegen das Regime (s. Literaturhinweis). Bei den miserablem sozialen Verhältnissen in den Minensiedlungen, wo Wohnungs- und Lebensmittelknappheit vorherrschen, waren die Frauen von jeher darauf angewiesen, einander zu helfen und sich zu organisieren. Schwieriger ist es, die Campesinas, die Frauen auf dem Land, zu erreichen. Hier bestehen keine gewachsenen Zusammenschlüsse, ausserdem sprechen die Frauen miest Quetschua und Aymara (Indianersprachen).
Die UMBO finanziert sich hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge, die je nach Einkommen gestaffelt sind.



UNion de Mujeres de Bolivia bittet die Deutsche Frauenbewegung um Spenden, die für die erneute Herausgabe der Frauenzeitung verwendet werden sollen, sowie für eine intensivere Arbeit auf dem Land, wo ein grosser Teil der Frauen lebt. Ausserdem besteht sehr grosses Interesse an einer Zusammenarbeit mit europäischen Frauengruppen und an einer Diskussion über gemeinsame Ziele. Gruppen, die Interesse an einem Austausch und weiteren Informationen haben, wenden sich bitte an folgende Adresse:

Karin Reymers, Casilla 12, Tarija – Bolivia
Spendenkonto: Regina Mackowiak, München
Postscheckkonot München 280589-805
Kennwort UMBO

Literaturtip:
„. . .wenn man mir erlaubt zu sprechen. . ."
Zeugnis von Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens
Moema Viezzer, Querheft 3 Verlag Lamuv; Auslieferung über Kiepenheuer und Witsch s. auch Rezension Blätter des iz3w, Nr 72

SRI LANKA

Aus dem Leben einer Teepflückerin

Aus dem Leben einer Teepflückerin auf Sri Lanka
von Joe Kemptner

Norwood-Estate, Siedlung Nummer vier

K o n a r a, verheiratet, Mutter von fünf Kindern, 30 Jahre alt: drei Töchter (Panjali, 14; Amirtham; 11; Sellam, 9) und zwei Söhne, von denen nur noch Nadesan, mit fünf Jahren der jüngste, lebt. Ramu, jetzt wäre er 12, starb mit zwei an einer Darminfektion, die er bei besserer Ernährung und rechtzeitiger Behandlung überlebt hätte. Damals wäre fast auch Panjali an Lungenentzündung gestorben, geschwächt von Protein- und Vitaminmangel (die Kindersterblichkeit der Teepflücker ist doppelt so hoch, wie die der übrigen Ceylonesen). Konaras Mann heißt Rajan, er ist vier Jahre älter als sie. Sie leben auf der Norwood-Estate in der Siedlung Nr.4, 13 km vom nächsten Dorf entfernt und damit auch 13 km weit weg vom nächsten Arzt, von der besseren Schule und dem billigeren Markt. Auf 18oo m Seehöhe, mitten im zentralen Hochland Sri Lankas, wo der meiste Tee des Landes von über einer Million sog. „Indien-Tamilen" gepflanzt und geerntet wird, auf insgesamt etwa 250.000 ha. Der Distrikt heißt Nuwara Eliya. Sie sind die Nachkommen jener Tamilen der untersten Kasten, die die britischen Kolonialherren ab der Mitte des vorigen Jahrhunderts aus Indien angeheuert hatten; als billigste Arbeitskräfte mit sklavenähnlichem Status.



Der Morgen

Konara steht sehr früh auf, meist kurz nach fünf. Bevor sie um halb sieben auf die Teefelder hinausgeht, muß sie ihre Familie versorgen. Zum Frühstück backt sie über dem Holzfeuer Rotti, ein Weizenbrot in Fladenform. Dazu kocht sie Tee, meist ungezuckerten. Heute sind sogar noch Reisreste vom Vorabend übrig. Dann müssen Amirtham und Sellam in die Schule der Siedlung. Hier werden sie mit 65 anderen Kindern zwischen 5 und 11 Jahren, die meisten auf dem kahlen Boden sitzend, von einem einzigen Lehrer unterrichtet (die genannte Zahl entspricht der durchschnittlichen Schülerzahl pro Lehrer auf allen Teeplantagen; in den anderen Schulen des Landes beträgt diese Relation 30:1). Nadesan schickt Konara zwei Baracken weiter zur Schwiegermutter. Die Kinderkrippe, ein notdürftig überdachter Lehmboden, ist seit über einem Jahr verwaist. Die zwei jungen Betreuerinnen gehen lieber teepflücken, da verdienen sie etwas mehr. Jemand anderer war seither noch nicht für die Krippe zu finden. Panjali geht mit ihrer Mutter mit hinaus aufs Feld, nun schon seit einem Jahr. Als Teepflückerin natürlich, eine andere Arbeit war für sie nicht zu finden.
Rajan verdient sein Brot ebenfalls auf der Plantage – wo auch sonst in diesem Gebiet, meilenweit entfernt von jeglicher anderen Arbeitsmöglichkeit. Er stutzt Teesträucher (sie werden in Bauchhöhe gehalten, um das Pflücken zu erleichtern – sonst würde der Strauch bis über zwei Meter hoch werden); oder er pflanzt neue Setzlinge an und düngt sie, hält die Wege und schmalen Kanäle zwischen den Sträuchern intakt (gegen die Erosion durch schwere Regenfälle). Sein Bruder Kathan ist in der Teefabrik der Norwood-Plantage angestellt. Ihre Tageslöhne: zwischen 1o und 11 Rupien (etwa gleich 1o bis 11 österr. Schillinge = DM 1,5o).
Barfuß, mit dem Bambuskorb (ca. 9o cm hoch und 7o cm breit) auf dem Rücken, eilen Konara und Panjali zum heute zugewiesenen Feld, 300 m höher gelegen, meist steile Hänge mit steinigem, rötlichem Boden. Mit Hilfe einer Kordel, die sie auf einem dicken Tuch über ihren Köpfen, knapp über der Stirn, verlaufen lassen, befestigen sie den Korb auf der Schulter. Um sieben Uhr geht's los.

Ob Sonne oder Regen: Konara muß Tee pflücken

Teepflücken scheint eine einfache Arbeit zu sein, wenn man Konara zusieht, wie flink und geschickt sie die obersten zwei, drei Blätter und die Knospe abrupft. Sie würde gerne noch mehr von einem Zweig abreißen. Aber dann würde die Qualität des Tees sinken. Irgendwo in Sichtweite daneben wacht ein Vorarbeiter mit Block

und Bleistift in der Hand, daß sie nicht zuviele Blätter auf einmal nimmt. Ist ihre Rechte voll, wirft sie die glänzenden, saftiggrünen Blätter über die Schulter in den Korb, die Sonne im Rücken. Oder im Regen. Konara ist von der Taille bis zu den Knöcheln in Jutetücher und Plastik über dem Sari eingehüllt, zum Schutz vor Regen und Tau, der morgens von den dicht aneinander gesetzten Sträuchern trieft, zum Schutz auch vor den Stacheln der regelmäßig gestutzten Zweige. Die Frauen und Mädchen kriegen keine wasserdichte Arbeitskleidung, sie haben nichts anderes als alte Plastiksäcke aus dem Düngemitteldepot.

Sozialversicherung: was ist das ?

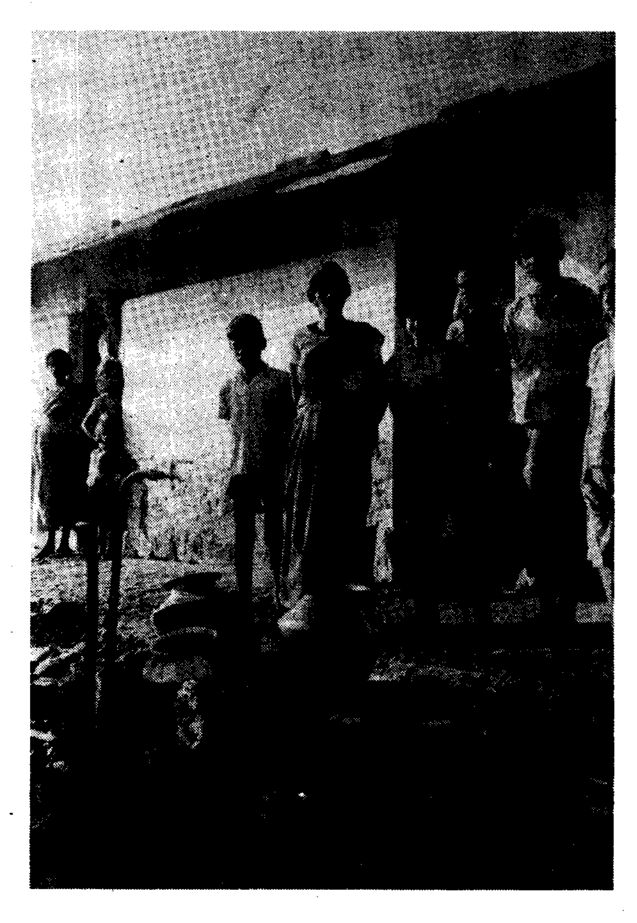
Konara ist gut dran, wenn sie sechs Tage pro Woche ins Feld gehen kann (in den sechs trockenen Monaten kann sie nur an vier bis fünf Tagen arbeiten). Denn eine Ausgleichszahlung für arbeitslose Tage oder gar einen bezahlten Urlaub gibt es nicht für sie. Für niemanden auf den Teeplantagen, die wenigen „höheren" Angestellten im Büro und der sogenannte Superintendent (staatlich bezahlter Chef einer Plantage, Monatsgehalt mindestens 2.500 Rupien) natürlich ausgenommen. Von einer geregelten Alterspension gar nicht zu reden. Und die Chance auf eine andere Arbeit hat Konara nicht. Auch Panjali nicht, die wie ihre Mutter nur drei Jahre und diese nur unregelmäßig in die Schule gehen konnte, weil sie sich tagsüber um die jüngeren Geschwister kümmern mußte (durchschnittlicher Schulbesuch in Sri Lanka: 8 Jahre; bei den Kindern der Teearbeiter aber nur 3 Jahre, wobei zu berücksichtigen ist, daß über 4o % überhaupt keine Schule besuchen und die Ausfallquote der Schüler von der 1. bis zur 5. Stufe 80 % beträgt).und die Arbeitslosigkeit ist im ganzen Lande groß. Viele Jugendliche außerhalb des Teegebietes sind auch nach zehn Jahren Schule oft lange arbeitslos. Panjali hat keine Aussicht, anderswo eine Anstellung zu finden.
Nach einer kurzen Pause bei kalter Rotti gegen zehn geht die Arbeit weiter. Ein paar Minuten vor zwölf eilen Konara und Panjali zum Abwiegen: Wer zuerst kommt, wird zuerst bedient. Und dann schnell nach Hause, das Mittagessen kochen. Meisten gleicht es dem Frühstück. Rotti und Tee. Erst abends kommt die Hauptmahlzeit. Ausruhen kann sich Konara nicht dabei. Der Weg zurück auf's Feld ist oft zwei, drei, manchmal sogar mehr Kilometer weit. Um halb zwei muß sie mit Panjali wieder dort sein.

Ein karger Tisch

Noch fehlen ihr sechs Kilo Blätter zum verlangten Mindestgewicht. Vielleicht schafft sie noch ein bis zwei Kilo darüber. 2o Rupien mehr bei der nächsten Auszahlung und sie könnte einen neuen Kochtopf erstehen. Oder lieber doch mehr Trockenfisch, den billigsten natürlich? Nadesan sollte ihn wenigsten dreimal in der Woche kriegen. An ein paar Meter billigen Stoff (ca. 15 Rupien) für einen neuen Sari, den sie längst bräuchte, denkt Konara schon nicht mehr. Ungezählte Male noch fassen Daumen und Zeigefinger Zweig um Zweig unter dem zweiten Blatt, rupfen die zwei Blätter und die Knospe ab, bis die Hand voll ist und sie über den Rücken in den Korb wirft. Um halb fünf kann Konara aufhören mit dieser Arbeit. Dann kann sie heim gehen, wo viele andere Pflichten auf sie warten.
Alle sind hungrig auf den allabendlichen Reis mit Curry, mit drei, vier Stückchen Trockenfisch für jeden. Den gibt es aber nicht jeden Tag, höchstens zweimal in der Woche. Dazu Tee, und etwas Gemüse aus dem eigenen, winzigen Garten hinter der Baracke, zu klein, um täglich den Tisch mit genügend Vitaminen zu bereichern. Die 2o Quadratmeter Erde hat nicht jede Familie in der Siedlung. Auch Gemüse muß diese dann beim Laden kaufen – wenn das Geld noch reicht.

Die „Wohnung"

Konara wohnt, nein haust mit ihrer Familie in einem einzigen Raum mit etwa 3,5 mal 4 m im Ausmaß. Dazu hat sie nur noch eine kleine „Veranda" (etwa 1,5 mal 2 m), die ihr Vater vor Jahren mit einem verlängerten Vordach, ein paar Brettern und Stangen baute. Hier kocht sie kauernd am Boden. Ihr Herd: ein kleines Holzfeuer zwischen drei alten Ziegelbrocken. Das Wasser holt sie bei der Zapfsäule, eine Baracke weiter. Oft funktioniert diese nicht, dann muß sie 300 Schritte zum nächsten Bach laufen.



Das Inventar ihrer „Wohnung", die bis zur Verstaatlichung im Oktober 1975 einem Engländer gehörte: ein Bett für den Vater, ein zweites hätte keinen Platz mehr; ein paar Matten für den Lehmboden, tagsüber zusammengerollt ins Eck gelehnt, auf denen Konara und ihre Kinder schlafen; ein schmaler selbstgemachter Tisch, zwei alte Sessel, eine Truhe für die wenigen Kleider (insgesamt zwei Garnituren) und die paar sonstigen Habseligkeiten; eine dreireihige Stellage, ebenfalls selbstgebaut, für ein halbes Dutzend Aluminiumtöpfe; sieben, acht Heiligen- und Familienbilder, einige Nägel an der Wand als Kleiderhaken und die kleine Öllampe für den Abend. Das ist so ziemlich alles, was eine Teepflückerfamilie auf Sri Lanka ihr eigen nennen kann, wie ich im Sommer 1978 mehrfach auf verschiedenen Plantagen sehen konnte.

Auch heute noch: über achtzig Menschen in einer Baracke

Mit Konara Familie leben elf andere Familien in einer Baracke (Eigentum der staatlichen Plantagenverwaltung), je sechs links und rechts von der dünnen Mittelmauer. Gebaut wurde dieses Gebäude aus Steinen, Lehmmörtel und einem Wellblechdach vor etwa 5o Jahren, seither immer wieder mit Brettern, Blechstücken oder Pappkarton geflickt. In dieser Behausung (26 m lang und 11 m breit) leben über achtzig Menschen, wie Vieh zusammengepfercht. Ein solches Haus nennt man dort einfach „line", Linie also, weil es eher einem länglichen Stall gleicht, mit Nummer und Anzahl der „Wohnungen" an der Wand, zur besseren Übersicht für den Besitzer der Plantage. So ist es überall im ceylonesischen Teeanbaugebiet. Jede Familie, mit durchschnittlich sechs Kindern, hat einen Raum mit genau derselben Größe wie bei Konara. Fenster gibt es keine. Ein Spalt oben zwischen Mittelmauer und First und die Eingangstüre sind die einzigen Öffnungen, durch die der Rauch abziehen kann. Der obere Teil der Innenwände ist pechschwarz davon. Das für zwei Baracken gemeinsame Klosett für insgesamt 15o Menschen: ein schmaler Bretterverschlag, ein paar Meter entfernt – oder die Büsche am Bachrand. Dahinter die ersten von zigtausenden Teesträuchern, so weit das Auge reicht.

Als letzte geht Konara schlafen

Nach dem Abendessen, es ist längst dunkel: Konara kehrt tief gebückt mit einem kurzen Reisbesen den Boden, flickt im Licht der kleinen Öllampe ihren Sari und Nadesans Hose zum xten Male, während ihre Töchter abwaschen, Holz sammeln und die Wäsche in der großen Tonne über einem Feuer kochen. Gegen neun müssen die Kinder ins Bett, auf die Kokosmatten über dem Fußboden. Erst wenn die Kinder liegen, hat sie Zeit für sich selbst, sich zu waschen und zu kämmen. Spätestens um zehn legt auch sie sich hin. Eingehüllt in eine Decke, ein Bündel Reisstroh unterm Kopf, sucht sie den kurzen Schlaf bis fünf Uhr früh.

Tageslohn: 2 kg Reis

Ein in den zwei jährlichen Monsumzeiten oft schwerer Regen ist kein Grund, zu Hause zu bleiben. Sonst gäbe es kein Geld für diesen Tag. Die Blätter in den Körben lasten dann umso schwerer auf Stirn und Schulter Konaras, Panjalis und all der anderen Frauen. Sie lasten nur auf Schultern von Frauen, denn Männer pflücken keinen Tee. Oft müssen sie ihre vollen koodais vom steilen Hang hinab zum nächsten Ladewagen schleppen, meist hunderte Meter weit. Konara muß täglich mindestens 15 bis 2o Kilogramm grüner Teeblätter (je nach Sorte) auf der Waage vorweisen, um den täglichen Mindestlohn von 8 Rupien (etwa 8 öS)zu verdienen. Schafft sie nicht das Tagesminimum, hat sie Abzüge. Panjali aber, weil sie unter 18 ist (und nur deswegen), kriegt dafür nur 6,5o Rupien. Für jedes weitere Kilogramm gibt's zusätzlich 4o Cents. Nirgendwo auf den Teeplantagen Sri Lankas zahlt man mehr, manchmal sogar noch weniger. Der Vorarbeiter, immer ein Mann (Tageslohn: 12 Rupien), mißt und notiert das Gewicht der vollen Körbe. Umgefüllt in große Jutesäcke werden die Blätter auf den Traktoranhänger geladen und zur plantageeigenen Fabrik gefahren, wo man sie gleich zu schwarzem Tee verarbeitet. Die 8 Rupien pro Tag sind sehr wenig, wenn man bedenkt, was Konara bloß für die notwendigsten Dinge wie Lebensmittel ausgeben muß. 1 kg Reis kostet heute 3 bis 5 Rupien, 1 kg Bohnen 2 bis 4 , 1 kg Mehl für die Rotti um die 1,5o, ein Ei fast eine und 1 kg Trockenfisch mindestens 1o Rupien (als Hindus essen sie kein Fleisch, Fisch ausgenommen). Diese Waren und einige andere Dinge kauft Konara im einzigen Laden der Siedlung. Im nächsten Dorf unten wären sie etwas billiger zu haben, aber der Bus fährt nur einmal täglich um acht Uhr früh. Da muß sie aber arbeiten. Konara und Rajan sind froh, wenn ihnen am Monatsende noch ein paar Rupien übrig bleiben, um dieses Mal keine neuen Schulden im Laden machen zu müssen.

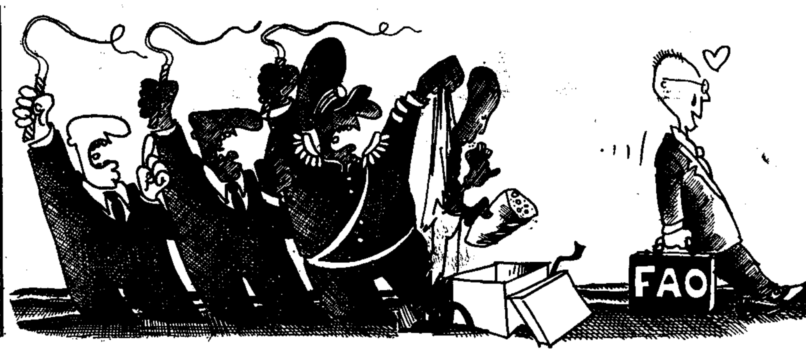
Sri Lanka, Ceylon

Vor dem Einfall der europäischen Kolonialisten: ein Land ohne Hunger mit gut ausgebautem Bewässerungssystem, Südasiens Reiskammer, etwas kleiner als Bayern. Nach fast 450 Jahren der Beherrschung durch die Portugiesen, Holländer und zuletzt Engländer (von 1505 bis 1948) war es damit vorbei. Das Volk von Sri Lanka (15 Millionen Einwohner) hat sich immer noch nicht davon erholt. Was sich 1948 als Staat proklamierte, konnte wirtschaftlich nicht selbständig sein und ist es bis heute nicht, weil die bisherigen Regierungen am Volk vorbeiwalten. Auch die gegenwärtige.
Als die Briten gehen mußten, war das Land nahezu total vom Export dreier Produkte abhängig (Tee, Kautschuk und Kokospalmwaren). Durch den ungerechten Welthandel bei Tee (und vielen anderen Produkten der sogenannten Dritten Welt) verlor das Land in den letzten 20 Jahren mehr als es an „Entwicklungshilfe" erhielt. Was aber noch schwerer wiegt: Der Reis ist zu kurz gekommen, das Volk ebenso. Ehemals Selbstversorger, importiert Sri Lanka heute noch Nahrungsmittel für wertvolle Devisen.
Am härtesten betroffen sind die Teearbeiter, die über die Hälfte der Exporteinnahmen erarbeiten. Sie sind seit eh und je Menschen zweiter Klasse, nicht nur sozial, sondern auch politisch. Ein großer Teil von ihnen, etwa die hälfte von über einer Million „Indien-Tamilen", soll nach einem Abkommen zwischen Indien und Sri Lanka (1964) nach Indien zurückgeschickt werden. Über 300.000 Plantagenfamilien sind bereits in Indien. Dies, obwohl sie sich durch ihre jahrzehntelange harte Arbeit längst das Recht auf die ceylonesische Staatsbürgerschaft erworben haben. Dieses Unrecht zerreißt viele Familien auf Nimmerwiedersehen. Doch seit den schweren Ausschreitungen gegen Tamilen seitens aufgehetzter Singhalesen (70 % , die Mehrheitsbevölkerung Sri Lankas) im Sommer 1977 wehren sich nur mehr wenige dagegen, obwohl sie wissen, daß sie in Indien oft ein noch grausameres Leben erwartet.
Die Teepflücker auf Sri Lanka sind gezwungen, von der Hand in den Mund zu leben. Bei Ernährung, Wohnung, Bildung und medizinischer Versorgung sind sie am schlechtesten gestellt von allen Bevölkerungsteilen. Ihre Lebenserwartung liegt bei 45 Jahren, um ein Drittel niedriger als der Landesdurchschnitt. An dieser Situation hat sich seit der Unabhängigkeit vor über 30 Jahren (und auch seit der Verstaatlichung aller ausländischen und über 50 ha großen Teeplantagen) nichts wesentliches geändert, trotz vieler Versprechungen der bisherigen „Volksvertreter".

J. K.

FAO





Vor fünf Jahren wurde das ehrgeizigste Projekt der Menschheit auf der Welternährungskonferenz in Rom beschlossen:

Bis zum Jahre 1985 soll niemand mehr auf dieser Erde verhungern.

Wie sieht die Lage der Dritten Welt heute aus? 1 Milliarde Menschen, ein Viertel der Erdbevölkerung, hat niemals ausreichend zu essen; die Zahl der Landlosen, Pächter und Kleinbauern ist in den letzten Jahren rapide gewachsen; die hochgepriesene „Grüne Revolution" stellt sich als ein totaler Fehlschlag heraus, die die Lage der ländlichen Bevölkerung nur verschlimmert hat. (blätter des iz3w Nr. 67).

Vom 12. bis 20. Juli dieses Jahres fand erneut eine Konferenz der Agrarorganisationen der vereinten Nationen FAO (Food and Agriculture Organisation) statt, diesmal über das Thema „Agrarreform und ländliche Entwicklung". 1000 Deligierte aus 135 Ländern sind nach Rom gereist.

200 Landesorganisationen wie Genossenschaften, Bauernverbände wurden zu der Konferenz eingeladen, damit man hinterher nicht sagen könnte, „daß die Regierungsdelegationen nicht die Menschen vertreten, deren Leben unmittelbar von den erörterten Fragen betroffen wird". Dabei handelte es sich um regierungstreue Organisationen, die sich in den Ländern keinesfalls im Kampf der unterdrückten Bevölkerungsschichten einsetzen. Den wahren Vertretern blieb der Zutritt zum Konferenzsaal verboten. Auf der Gegenkonferenz, organisiert von der Gruppe „Erklärung von Rom", einem Zusammenschluß von Wissenschaftlern, Vertretern entwicklungspolitischer Organisationen, Bauern und Journalisten, kamen sie aber zu Wort. Sie sind Zeugen der vielfältigen Unterdrückungsmethoden von seiten der Großgrundbesitzer. So schilderte der venezuelanische Bauernführer mit dem Kampfnamen „El Negro", wie in seinem Land Grundspekulanten mit Hilfe von Richtern und Polizei die Bauern von den Äckern vertreiben, die ihnen bis jetzt ihren Lebensunterhalt einigermaßen sicherten.

Diese Verhältnisse auf dem Land wurden von der Mehrheit der „offiziellen" Delegierten verschwiegen, die aber die Gefahr des Ausbruchs sozialer Unruhen in ihren Ländern immer mehr wachsen sehen. Erfüllt wurden die gestellten Aufgaben: eine Grundsatzerklärung und ein Aktionsprogramm gegen die Armut wurden verabschiedet. Vereinbart wurde, daß die Schuld an der Unterentwicklung nicht länger nur von den Industrieländern allein getragen wird, sondern auch von den Regierungen der Entwicklungsländer selbst. So haben diese sich bereit erklärt, den ländlichen Raum in ihren Entwicklungsprogrammen stärker zu berücksichtigen. Im Aktionsprogramm werden eine Umverteilung der wirtschaftlichen und politischen Macht zugunsten der Armen, Maßnahmen für günstigere Austauschbedingungen für Rohstoffe der Entwicklungsländer und eine bessere Kontrolle der Investitionen internationaler Agrarunternehmen versprochen. Es kann nicht mehr daran geglaubt werden, daß solche Erklärungen ein anderes Ziel verfolgen, als das bessere Bedingungen für die Durchsetzung der Interessen der internationalen Unternehmer und der nationalen Bourgeoisie zu schaffen. Daß Entwicklung weniger übr die Umverteilung von Ressourcen unter der Bevölkerung eines Landes laufen soll, als durch ein Wachstum nach westlichem Muster, zeigen u.a. Berichte der FAO und Reden bzw. Stellungnahmen von entwicklungspolitisch eminent wichtiger bundesdeutscher Persönlichkeiten. In den Berichten der FAO werden interessanterweise nie Beispiele für gescheiterte Agrarreformen angegeben. Sie würden zu sehr die Rolle der Großgrundbesitzer, des Militärs und des Polizeiapparates der Regierungen aufzeigen. Damit wäre auch angedeutet, daß nur eine Änderung der Eigentumsverhältnisse eine Lösung herbeiführen kann. Das setzt voraus, daß die Großgrundbesitzer enteignet werden. Wie vorausgesehen, scheiterte die Konferenz an diesem entscheidenden Punkt. Ausländische Investoren und inländische Großgrundbesitzer, vertreten durch ihre Regierungen auf der Konferenz, haben das gemeinsame Interesse: sowenig wie möglich an Kapital und Macht zu verlieren. Unter den Entwicklungsländern herrschte die Tendenz, die Entschädigung „je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und den zur Verfügung stehenden Quellen" vorzunehmen. Die wichtigsten „Geberländer", unter ihnen die BRD, beharrten auf einer Entschädigung nach internationalem Recht. Die Agrarreform soll dem Ziel der „Integration" der Kleinbauern in den „Entwicklungsprozess" dienen. Motor dieser Integration soll ein ständiges Wachstum sein. Es soll mehr produziert werden, damit mehr Einkommen erzielt wird, das selbst mehr Nachfrage erzeugt, die wiederum zu Mehrinvestitionen führt. Aus den Kleinbauern sollen Kleinunternehmer gemacht werden. Neben der Agrarreform soll die Mehrproduktion durch einen verstärkten Einsatz von „Produktionsfaktoren" wie Saatgut, Bewässerung, Mineraldünger, Insektenbekämpfungsmittel, bessere Kreditvergabe und Vermarktungskanäle für Kleinbauern gewährleistet werden. Genau dies entspricht dem Konzept der Grünen Revolution oder der integrierten ländlichen Entwicklung, die in den letzten Jahren in der BRD so intensiv erforscht wurde.

Über die verheerenden Folgen für die ländliche Bevölkerung durch die Realisierung eines solchen Konzepts sind manche bundesdeutsche Staatssekretäre und Ministerialräte nicht besonders gut informiert. Ministerialrat Treitz, Leiter des Referats für „Agrarhilfe" beim BMZ, antwortete bei einem Interview:

„Ich habe eigentlich sehr wenig Kritiken an der sogenannten Grünen Revolution gehört. Es ist natürlich ein Faktum, daß die sogenannten hochertragsreichen Sorten nicht immer und überall zu den Ergebnissen geführt haben, die man sich versprochen hat ... Es hat sich aber nicht erwiesen, daß die Armen und Ärmsten dadurch noch ärmer geworden sind. Es hat sich gezeigt, daß bei dieser neuen Technologie, die ja nicht nur Saatgut, sondern sehr viel mehr beinhaltet, die kleinen Landwirte recht schnell nachgezogen haben ... Das Nachziehen der Kleinbauern ist sehr schnell gekommen und hat dazu beigetragen, insgesamt Wachstum zu erreichen". Eine aufschlußreiche Information über die Position der Bundesregierung gegenüber der ländlichen Entwicklung gibt auch eine Stellungnahme vom Staatssekretär Bohr vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, deutscher Delegationsleiter auf der FAO - Konferenz: „Der geeignetste Weg zur Überwindung des Hungers und zum Kampf gegen die Armut ist die schrittweise wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration der nach der bisherigen Politik nicht ausreichend berücksichtigten ländlichen Bevölkerung. Dieses Ziel kann nicht in erster Linie durch einen großangelegten Umverteilungsprozess erreicht werden ..." Es „soll erreicht werden, daß das Produktionspotential der landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetriebe besser erschlossen wird, um damit zum Wachstum und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beizutragen."

Wir erwarten von Konferenzen keinerlei Änderungen für die unterdrückte Bevölkerung in der Dritten Welt; und wir sind uns über ihre Rolle bei der Unterstützung der herrschenden Verhältnisse bewußt. Insofern begrüßen wir eine Rede, wie die von Nyerere, Präsident Tansanias, auf der offiziellen Konferenz und die Informationsarbeit der Gruppe „Erklärung von Rom", die Unterentwicklung als eine Folge der Machtverhältnisse und ihre Überwindung nicht als ein technokratisches sondern als ein ganz klar politisches Problem erklären.

Die Redaktion

Rede von Nyerere

Rede von Präsident Nyerere auf der FAO-Konferenz in Rom im Juli 1979

(. . .) Eine erdrückende Tatsache geht aus jedem Bericht[1] hervor. Unsere Länder haben – vielleicht mit Ausnahme von China und Kuba – keine Antwort auf die absolute ländliche Armut gefunden. Nach Schätzungen waren 1972 etwa 700 Mio. Menschen Opfer der absoluten Armut und ca. 85 % von ihnen lebten auf dem Lande. Diese Zahl von 700 Mio. war um 43 Mio. größer als 10 Jahre vorher; bis 1982 wird sie noch größer sein.
Angesichts dieser Situation herrscht die allgemeine Einsicht, daß „etwas getan werden muß". Der Zweck dieses Treffens ist sicherlich, ein Minimalziel zu erreichen – auch wenn man da hinzufügen möchte: „falls möglich". Ich möchte dieses Mindestziel in dem schon altmodischen Satz festlegen: die Abschaffung von Armut, Unwissenheit und Krankheit. Wenn das unser Ziel ist, dann haben uns die letzten 15 Jahre eine Lektion genau darüber erteilt, wie man es nicht erreicht.

Die „Tröpfel" (Trickle-Down)-Politik

Unter den herrschenden ökonomischen, politischen und sozialen Systemen ist die Weltbevölkerung in zwei Gruppen geteilt: in jene mit Zugang zu den Ressourcen, und in diejenigen ohne Zugang. Diejenigen mit Zugang zu den vorhandenen Ressourcen – die Reichen – können es sich leisten, in die Produktion von größerem Wohlstand reichlich zu investieren, so daß sie reicher werden. Die Armen haben wenig zu investieren, ihre Produktivität bleibt dementsprechend niedrig und sie bleiben arm. Schlimmer noch, die Marktgesetze von Angebot und Nachfrage bedeuten, daß der Wohlstand von Wenigen die Weltressourcen – die Arbeit von Anderen inbegriffen – der realen aber ineffektiven Nachfrage der Armen entzieht und zugunsten der Befriedigung von luxuriösen Wünschen der Reichen umleitet.
Boden und Arbeitskraft werden für Grape-Früchte benutzt anstatt für Getreide; Paläste werden gebaut anstatt Häuser für Arbeiter und Bauern.
Die automatische Tendenz des Marktes, die Reichen zu bevorzugen, wird durch die Tatsache verschärft, daß politische Macht in die Hände der „Habenden" der Welt fließt – den Ausgebildeten und Personen oder Gesellschaften, die öffentliches oder privates Kapital geerbt haben. Das Ergebnis ist, daß öffentlich produzierter Wohlstand ebenfalls den Reichen mehr zugute kommt als den Armen, eher in die Städte fließt als in die ländlichen Gebiete, und eher den Ausgebildeten als jenen ohne akademische Möglichkeit oder Fähigkeit dient. Wir sind uns alle der Probleme bewußter, die uns betreffen, als der Probleme anderer, und das Wort „Bedürfnis" ist sehr elastisch. Diejenigen von uns, die in Regierungen sind, stehen wahrscheinlich demjenigen näher, dessen „Bedürfnis" ein zweites Auto oder eine Universitätsausbildung ist, als dem, dessen „Bedürfnis" Schuhe sind, um seine baren Füße zu schützen, oder lesen und schreiben zu lernen.
Bis jetzt haben wir allgemein versucht, das Problem der Armut – die ländliche Armut eingeschlossen – dadurch anzupacken, daß wir die Ressourcen in das vorhandene System geleitet und gehofft haben, daß sie zu den Armen durchsickern würden. Einiges kam auch durch. Wenn eine Fabrik aufgemacht wird, gibt es immer einen arbeitslosen Menschen, der eine dringend benötigte Arbeit bekommt. Hat man dem Bauern den Zugang zu verbessertem Saatgut ermöglicht und wenn seine Produktion steigt, mag er zwitweise seinen landlosen Nachbarn einstellen. Und so weiter.
Aber der größte Vorteil einer neuen Investition bleibt dort, wo sie getätigt wurde – bei demjenigen, der schon etwas hat, und im Verhältnis zu dem Wohlstand, den er schon hat. Die Armen profitieren von – oder leiden manchmal an – den Nebeneffekten; oder sie erhalten die übriggebliebenen Krümel. Auch auf staatlicher Ebene ist das Endresultat von neuen Privatinvestitionen, die als Werk im Kampf gegen Armut beschrieben werden, häufig eine große ausländische Verpflichtung für Zins- und Profitzahlung, aber auch die Zerstörung von einheimischen und weitverbreiteten lokalen Produktionssystemen . . .

Ländlische Entwicklung erfordert politische Entscheidungen

Die Lektion, die wir lernen müssen, ist sicherlich, daß die Bekämpfung von Armut nicht nur eine Frage von Produktionstechniken und Kapitalinvestitionen ist. Es ist eine höchst politische Frage. Sie beinhaltet Tatsachen, die die Verteilung vom vorhandenen Reichtum und die gegenwärtige Festlegung von Macht innerhalb und zwischen Ländern betreffen.
(. . .) Trotzdem ist ländliche Entwicklung und das, was Grundbedürfnisstrategie genannt wird, zu einer Mode unter Intellektuellen geworden, die sich mit Entwicklungsproblemen befassen, wie auch unter den internationalen Hilfsorganisationen wie der Weltbank und unter den Geberländern. Die meisten Entwicklungsländer eignen sich diese Strategie an.
Ich glaube, daß diese neue Mode zu begrüßen ist, vorausgesetzt, sie wird nicht zu einem Fetisch oder einer Zauberformel, die die politischen Implikationen ignoriert. Denn die Wurzeln der Armut in der Welt und deren Ausdehnung liegt in den ländlichen Gebieten. Städtische Armut ist offensichtlicher – Slums und der unwürdige Zustand einiger Städte in den Entwicklungsländern zwingen sich der Wahrnehmung des reichsten Bürgers und des zufällig durchreisenden Besuchers aus anderen Staaten auf.
Die Masse der Slumbewohner und Bettler auf unseren Straßen ist in die Stadt abgewandert, weil sie aus den länlichen Gebieten verdrängt worden sind – durch Landlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit. Es ist daher im ländlichen Gebiet, wo wir am effektivsten die langfristigen Probleme der städtischen Armut anpacken, wo wir uns ebenso mit dem Massenelend befassen können, das jetzt unsichtbar existiert – was die Betroffenen aber fühlen.
Wenn man versucht, der Massenarmut dadurch Herr zu werden, daß in den Städten die Bedingungen verbessert und Arbeit geschaffen wird, dann werden dadurch nur immer mehr Menschen von den bedrückenden ländlichen Gebieten angezogen. Ebenso könnte man die weltweiten Probleme von Armut dadurch zu lösen versuchen, indem man den Menschen aus den armen Ländern erlaubt, in die Industrieländer einzuwandern.
Ein effektiver Angriff gegen die Armut in der Welt kann nur gemacht werden, wenn man direkt auf's Land geht und sich dort mit dem Problem auseinandersetzt. Wir müssen uns damit unter Berücksichtigung des Ziels befassen. Und dieses Ziel ist nicht die

Maximierung des Produktionswertes in Geld. Das Ziel ist und muß die Versorgung mit Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erziehung und Gesundheitsdiensten für jeden sein, unter den Bedingungen, die generell die Menschenwürde vorsehen.

Landreform ist eine Vorbedingung

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn bestimmte grundlegende Tatsachen erkannt und behandelt werden. Die erste davon ist, daß diejenigen, die Land besitzen, es immer für ihren eigenen Vorteil benutzen. Wenn in einem Staat das Land einer kleinen Anzahl von Menschen gehört, wird diese mit Sicherheit ihren eigenen privaten Ertrag aus diesem Land dadurch maximieren, daß sie den Boden für ein Produkt benutzt, das ihnen den größten Profit bringt. Gehört das Land den Bauern – entweder individuell oder kollektiv – wird der Boden für ihre eigenen Bedürfnisse benutzt. Maßnahmen, die das Land dem Volk übertragen, sind ein erster wesentlicher Schritt im Kampf gegen Armut.
Die Erfahrung zeigt, daß, wo Landbesitz ungleich ist, die Sicherung dieser Änderung nicht bloß eine Frage der Landreformgesetzgebung ist. Es gibt heute nur einige wenige Länder ohne irgendwelche Agrarreformgesetze. Aber in viel zu vielen Fällen sind diese Gesetze kosmetisch; oder der Staatsapparat setzt sich sonst nicht gegen den Widerstand von lokalen oder international erworbenen Interessen durch.

Und auch wenn eine effektive Landreform durchgeführt wird, ist dies nicht genug. Die Armen, die Land während der Reform erhalten haben – wieder entweder privat oder genossenschaftlich – müssen Zugang zu Krediten, verbessertem Saatgut, Werkzeugen, neuen Kenntnissen haben, wenn die Übertragung von Macht über die Ressourcen des Landes dauerhaft sein soll und den Grundstein für die künftige Entwicklung legen soll. Es erfordert ein großes Maß an politischer Verpflichtung, an starkem politischen Willen, eine Landreform durchzusetzen und den Nutznießern die notwendige wirtschaftliche Unterstützung zu geben. Diese Dinge können nie schmerzlos durchgeführt werden.

Ländliche Diversifikation[2]

Aber „Land an das Volk" ist nicht eine Lösung für sich. Soll die Armut in den ländlichen Gebieten beseitigt werden, muß die Landwirtschaft effizient sein. Sie muß einen Überschuß produzieren, so daß die ländliche Wirtschaft durch die Entwicklung von anderen Produktionsquellen und Beschäftigungen diversifiziert werden kann. Ländliche Industrien müssen aufgebaut werden, um die Erträge von Bauern weiter zu verarbeiten und um viele von ihren Haushalts- und Landwirtschaftsgütern bereitzustellen. Forstwirtschaft und Viehzucht sollen das Land benutzen, das nicht kultivierbar ist; diese Aktivitäten können Brennmaterial, Holz für Häuserbau und Möbel, tierisches Protein und auch Einkommen für die ländliche Gemeinschaft ermöglichen. Wasserkontrolle und Bodenerhaltungsmaßnahmen müssen ergriffen werden, um die Produktivität des Bodens zu steigern, während diese Maßnahmen gleichzeitig zur Versorgung mit sauberem Wasser und eventuell mit Strom dienen können. Schulen, ambulante Gesundheitsstationen, Sportmöglichkeiten und so weiter müssen auf dem Lande aufgebaut und unterstützt werden, um das Leben all derjenigen zu verbessern, die dort leben. Diese Art von Diversifikation ländlicher Wirtschaft ist ein wesentlicher Teil des Kampfes um eine menschliche Entwicklung und für die menschliche Würde.

Ländliche Diversifikation erfordert jedoch, daß die Technologie den Bedürfnissen der Menschen angepaßt wird. Wir haben viele arbeitslose und unterbeschäftigte Menschen auf dem Lande. Läßt man sie verkommen, indem man „Arbeit spart" durch die Anschaffung von ausländischen, teuren und hochentwickelten Maschinen, so führt dies zu einem Anstieg – nicht zu einem Rückgang – von Armut, ungeachtet der Auswirkungen auf das Bruttosozialprodukt. Es scheint, daß wenigstens in den Anfangsphasen der Entwicklung unsere Landwirtschaft und unsere ländlichen Dienstleistungen eher arbeits- als kapitalintensiv sein müssen.

Die Anwendung von ländlichen Überschüssen

Aber man geht um den Kern der Frage herum, wenn man sagt, daß die ländlichen Gebiete einen Überschuß zur Finanzierung von Veränderungen produzieren müssen. Ländliche Gebiete produzieren jetzt in der Tat auch einen Überschuß. Das Problem ist, daß er abgezogen wird und dazu benutzt wird, jene luxuriösen Konsumgewohnheiten der reichen und jene Art von städtischer Entwicklung zu finanzieren, die die gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen ausmachen. Diese Überschüsse werden durch die ungleichen Preise für Rohstoffe und Industriegüter abgezogen. Dies geschieht auch durch die Kombination von regressiver Versteuerung und Zuteilung von Staatsausgaben für Leistungen, die eher die Stadtbewohner brauchen, statt für Leistungen, die die Menschen in den Dörfern brauchen.
Ländliche Entwicklung, die die Diversifikation von ländlicher Wirtschaft beinhaltet, geschieht nicht ohne grundlegende Änderungen in der gegenwärtigen Einstellung gegenüber Entwicklungs- und Staatsaktivitäten. Diese müssen darauf ausgerichtet werden, die ländliche Produktion zu fördern und sicher zu stellen, daß die auf dem Lande produzierten Überschüsse nicht für die Entwicklung von städtischen Zentren im Interesse der wirtschaftlichen oder politischen Elite verwendet werden. Eine Politik mit dieser Zielrichtung kann nicht von den anderen Regierungsmaßnahmen getrennt werden. Staatliche Preis- und Steuerpolitik, die darauf zielt, die ländliche Überschüsse auf dem Lande zu behalten, wird wahrscheinlich nicht mit einer Import- und Einkommenspolitik vereinbar sein, die den Kauf von ausländischen Luxusgütern durch die Reichen erlaubt. Sozial- und öffentliche Versorgungspolitik sind mit dem Kampf gegen ländliche Armut verbunden. Denn dies bedeutet, daß man der allgemeinen Grundschulbildung und der technischen Ausbildung gegenüber den fortgeschrittenen geisteswissenschaftlichen Studien, oder gar den berufsmäßigen Forschungsstudien die Priorität gibt. Dies bedeutet auch, daß man kostenlosen ländlichen Gesundheitszentren den Vorzug vor komplizierten Krankenhauseinrichtungen für Wenige gibt. Und so weiter.

Transfer von Ressourcen

(. . .) Die Städte und Minen mögen im wirtschaftlichen Sinne die größten Produzenten von Reichtum in einem Lande sein – unabhängig von der Regierungspolitik. Eine Politik, die das Potential von solchen Aktivitäten im Lande ignorieren würde, würde in der Tat nicht zur Abschaffung von Armut beitragen. Notwendig hingegen ist, daß ein Teil von diesem Wohlstand, der aus dem geerbten Kapital und aus dieser Art von neuer Entwicklung stammt, in die ländlichen Gegenden umgeleitet wird – insbesondere in jene ländlichen Gegenden, die aus historischen, geographischen und geologischen Gründen am rückständigsten sind.

Dies erfordert wiederholt Regierungsmaßnahmen. Obwohl wir international immer noch in einem Stadium sind, wo wir den Transfer von Ressourcen von den Reichen an die Armen als eine freiwillige Entscheidung der Reichen ansehen, gibt es keine Entschuldigung für eine solche Einstellung innerhalb der Länder. Landvergabe an das Volk und Maßnahmen zur Sicherung des ländlichen Überschusses auf dem Lande sind wesentlich, aber sie sind nur ein erster Schritt. Sie reichen nicht aus. Sie müssen mit einer überlegten Politik verbunden werden, die Ressourcen aus den Wohlstand produzierenden Sektoren transferieren, um das soziale und produktive Potential auf dem Lande zu finanzieren. Dieses kann entweder durch staatliche Kontrolle und Preispolitik oder durch eine bestimmte Steuerstruktur oder durch eine vernünftige Mischung von beiden geschehen. Wichtig ist, daß sie durchgeführt werden.

Macht an das Volk

(. . .) Sollten die Menschen fähig sein, sich zu entwickeln, müssen sie Macht haben. Sie müssen fähig sein, ihre eigenen Aktivitäten im Rahmen ihrer eigenen Dorfgemeinschaft zu kontrollieren. Und sie müssen fähig sein, sich effektiv dem staatlichen Druck zu widersetzen. Die Menschen sollen nicht nur an der körperlichen Arbeit teilhaben, die die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet, sondern auch an ihrer Planung und an der Festlegung von Prioritäten. Heute schlittern sogar die gutmeinenden Regierungen – meine eigene inbegriffen – von der Überzeugung, daß ländliche Entwicklung nötig ist, allzu leicht in die Vorstellung, daß die Menschen keine eigene Meinung hätten. Das ist ganz falsch. Auf jeder Entwicklungsstufe wissen die Menschen, welche ihre Grundbedürfnisse sind. Und so wie sie ihre eigenen Nahrungsmittel produzieren würden, wenn sie land hätten, so kann man es ihnen anvertrauen, wenn sie genügend Freiheit haben, ihre eigenen Entwicklungsprioritäten zu bestimmen und dafür zu arbeiten. Sowohl politische als auch wirtschaftliche Macht muß den Menschen im Dorfe gehören, in der Region, im Staat, falls die Entwicklung im Interesse des Volkes sein soll. Die Menschen sind die besten Schöpfer und Verteidiger ihrer eigenen Menschenrechte, das Recht auf Essen dazugezählt. Freiheit ist wesentlich für Entwciklung und nicht für deren Produkt. Aber Freiheit bedeutet nicht und darf nicht die Freiheit des Reichen und Klugen bedeuten, den Armen und Unwissenden auszubeuten. Das Individuum ist ein Teil der bewußten Menschheit oder es ist ein Tier, das Futter sucht. Gerade durch die Zusammenarbeit entwickelt jeder von uns sein eigenes Potential und erhält seine persönliche Identität. Und Zusammenarbeit hat ihre eigenen Erfordernisse und stellt ihre Anforderungen an uns alle.

Ländliche Entwicklung ist nationale Entwicklung

Ländliche Entwicklung ist somit nationale Entwicklungspolitik. Man kann nicht „ländliche Entwcikklung" als eine Ergänzung haben, als Zusatz zu den anderen Regierungsmaßnahmen. Dies wäre eine Fortsetzung dessen, was wir bis jetzt getan haben. Ländliche Entwicklung muß die Beschreibung einer ganzen Wachstumsstrategie sein – ein Ansatz zur Entwicklung, und das Prisma, wodurch die ganze Politik beurteilt, gesehen wird und Prioritäten gegeben werden. . .
Ländliche Entwicklung erfordert zum Beispiel größeren Gebrauch von Düngemitteln – sowohl von organischen als auch chemischen – mit dem verständlichen Bedarf an einer Düngemittelfabrik oder Phosphatmine oder an beiden. Sie braucht eine Fabrik, um Pflüge herzustellen, die von Tieren gezogen werden, Eggen, Saatgut, und noch eine, die Traktoren und Bulldozer herstellt. Sie braucht elektrischen Strom, sowohl für ein angemessenes Leben in ländlichen Gebieten als auch für Dorfindustrien. Sie benötigt Straßen, Eisenbahnen – und Häfen – um die landwirtschaftlichen Inputs und Erzeugnisse zu transportieren, wie auch den Landbewohnern die Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten zu ermöglichen.
Auch das ist noch nicht alles. So sehr eine junge Nation auch versucht, eine an den Bedürfnissen seines eigenen Volkes orientierte Wirtschaft aufzubauen, wird sie dennoch exportieren müssen, um wesentliche Importe zu bezahlen. Deshalb wird sie eine Exportindustrie – sei es eine landwirtschaftliche oder industrielle – entwickeln müssen; und je mehr ihre primären Exporte steigen, um so mehr Importe wird sie dafür bekommen – was wiederum die Notwendigkeit einer weiteren industriellen Entwicklungsstufe bedeutet. Und die Industrie kann nicht immer arbeitsintensiv sein. Wenn viel Arbeitskraft aber wenig Kapital vorhanden ist, ist es wichtig, den kleinen Zuckermühlen, den kleinen Keramikfabriken, der lokalen Möbelherstellung usw. den Vorzug zu geben. Aber Elektrizität kann man nicht auf arbeitsintensiver Basis produzieren, noch kann man Lastwagen und Traktoren ohne eine – gemessen an der nötigen Arbeitskraft – relativ große Kapitalinvestition bauen. Jeder Ansatz von Regierungstätigkeit und öffentlicher Tätigkeit muß – mit anderen Worten – darauf ausgerichtet werden, das Wohlergehen der Massen in den ländlichen Gebieten voranzutreiben, und gleichzeitig die Stadtgebiete zu befähigen, den Landgebieten wirksam zu dienen, von welchen sie ihr Existenzrecht beziehen.
Ich wiederhole: Die ländliche Entwicklung bedeutet Entwicklung. Sie zeigt eine Möglichkeit an und die rangmäßige Ordnung. Sie beinhaltet jeden Aspekt regierungsmäßiger und sozialer Aktivitäten. Sie bedeutet, daß darauf hingewirkt wird, den traditionellen Fluß des Reichtums von den ländlichen Gebieten in die Städte umzuleiten, und diesen Reichtum in die Kanäle zu zwingen, durch die die Arbeiter, die mit ihren Händen und Köpfen diesen Reichtum wirklich geschaffen haben, zu ihrem Gewinn kommen. Ländliche Entwicklung bedeutet, etwas von dem in den reichsten wirtschaftlichen Sektoren produzierten Reichtum in die ärmeren und ländlichen Gebiete zu bringen. In fast allen Entwicklungsländern erfordern diese Dinge eine Revolution in dem gegenwärtigen System der Regierungsausgaben und der Besteuerung. Dies wird nur dann geschehen, wenn das Volk seine eigene Macht in seinem eigenen Interesse organisieren kann.

(. . .) Es ist notwendig, daß wir den Tatsachen ins Auge blicken. Wenn ein Land wie meines ein paar wenige Individuen daran hindert, andere auszubeuten, oder den ländlichen Gebieten den Vorzug zu geben versucht, so tun wir nur eines: wir verteilen die Armut etwas fairer. . .
Nicht nur innerhalb der einzelnen Nationen müssen wir die ländliche Entwicklung in den Vodergrund stellen. Weltwachstum und Weltentwicklung müssen ebenfalls auf die Basis einer Strategie der ländlichen Entwicklung gestellt werden. Und für die Welt sind die ländlichen Gebiete die Entwicklungsländer.
Diese Konferenz kann ihre Aufgabe nicht zufriedenstellend erfüllen, wenn sie die Fragen beiseite schiebt, die die Weltpraktiken bezüglich Investitionen, Preise, Erziehungswesen, Dienstleistungen und die Verteilung der gegenwärtigen und zukünftigen Reichtumsquellen betreffen.

Alles, was ich in Bezug auf die Bedeutung ländlicher Entwicklungsstrategie innerhalb der einzelnen Länder gesagt habe, kann auch auf die internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen angewandt werden. Die einzige – wichtige – Ausnahme ist die, daß wir keine Weltregierung haben, die Entscheidungen treffen und durchsetzen kann.
Aber es gibt eine Weltwirtschaft und internationale Institutionen, auch ohne Weltregierung. Unsere Nationalwirtschaften sind untereinander verbunden; die Armut oder der Reichtum eines Landes wirkt sich auf die Wirtschaft aller anderen aus. Wenn potentielle Kunden zu arm sind, um zu kaufen, so trägt der Hersteller den Nachteil – sowohl auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene. Und unter der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung entziehen die reichen und industrialisierten Gebiete – ganz gleich, ob sie kapitalisitisch oder sozialistisch sind – automatisch und durch pure Machtausübung den armen und ländlichen Gebieten auch noch das Wenige, was sie haben.
Dies geschieht durch die Preisbildungsmechanismen bei Rohstoffen bezüglich der Fertigwaren, durch das bloße Monopol der internationalen Transportmittel, durch die Kontrolle der Weltwährung und der Kredite, welche von den reichen Nationen ausgeübt wird und durch hundert andere sogenannte Marktkräfte. Hierbei sollte man nicht die industriellen und finanziellen Aktivitäten der großen transnationalen Konzerne vergessen, und deren Manipulationen, die den Wohlstand der schon Reichen auf Kosten der Ärmsten vergrößern wollen.
Die derzeitige Weltwirtschaftsordnung arbeitet nicht ganz reibungslos, selbst nicht für ihre größten Nutznießer. Denn sie arbeitet nur perfekt, wenn die wichtigsten Sektoren sich ausbreiten und weiter ungehindert ausgebeutet können, und wenn die größten Machtzentren ohne weiteres zu Rohstoffen gelangen und nicht gezwungen werden, auf Hoheits- oder Menschenrechte Rücksicht zu nehmen. Das war politisch das Wichtige am Ende des Kolonialismus und auch das Bedeutsame beim Entstehen von kleineren industriellen und politischen Machtzentren. Dennoch wird uns, gemessen am Weltmaßstab, immer noch vorgesagt, daß die Lösung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Mißstandes darin läge, mehr zu investieren und den Wohlstand in den schon entwickelten Gebieten noch mehr zu steigern. Man sagt uns, daß das wirkliche Problem bei den Ölproduzenten unter den Entwicklungsländern läge, die einen Weg gefunden haben, ihren Reichtum davor zu schützen, daß er zum Zweck des billigen Transports und billiger Energie in den industrialisierten Ländern herausgezogen wird. Das fundamentale Ungleichgewicht zwischen den ländlichen und städtischen Ländern in der Welt – zwischen den Industriegebieten und den Rohstofferzeugungsgebieten – wird allgemein immer noch nicht als die Grundursache der Weltwirtschaftsprobleme und der Armut in der Welt erkannt. Ländliche Entwicklung als eine im Weltmaßstab angelegte Strategie ist – bedauerlicherweise – kein Anliegen bei den Wirtschaftlern und Politikern in den entwickelten Ländern. Wenn sie in internationalen Plänen als Forderung nach einer neuen internationalen Weltwirtschaftsordnung verkleidet erscheint, ist die Reaktion immer noch Widerstand – nicht Zusammenarbeit für ihre ordnungsgemäße Einführung.

Die vor kurzem stattgefundene UNCTAD-Konferenz lieferte ein weiteres Beispiel für die Entschlossenheit der Reichen, reich zu bleiben und weiterhin noch reicher auf Kosten der Armen zu werden.
Doch ist es klar, daß eine Strategie der ländlichen Entwicklung zur Überwindung der Armut zwei Aspekte hat. Einer betrifft die inneren Angelegenheiten der Länder der dritten Welt. Der andere, ebenso wichtige, bezieht sich auf die äußeren Angelegenheiten jedes einzelnen Landes; er umfaßt die ganze Welt. Das Problem der Armut kann nicht wirksam angepackt werden, wenn nicht gleichzeitig an beiden Fronten etwas unternommen wird.

Übersetzung der Red.

Anmerkungen der Red.:

1 Gemeint sind die sog. Länderberichte, die der Konferenz von den einzelnen Ländern vorgelegt wurden.
2 Auffächerung des Produktionsprogramms.



Gegenkampagne zur FAO-Konferenz

Embargo 11. Juli 1979

Die Erklärung von Rom über Agrarkonflikte

Falsche Annahmen – Falsche Versprechungen

Zur Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung (WCARRD)
Rom, 12. - 20. Juli 1979

Falsche Annahmen

I. Funktion von WCAARD
Falsche Annahme: WCARRD ist Ausdruck der wachsenden Erkenntnis vieler Regierungen, daß Agrarreformen notwendig sind. Die Konferenz ist daher einberufen worden, um den Regierungen zu helfen, die politischen Massnahmen besser zu verstehen, die zur Verwirklichung ländlicher Entwicklung notwendig ist.
Das ist falsch: Viele Regierungen hoffen, durch WCARRD die Aufmerksamkeit von ihnen selbst, die sie Schuld tragen für das Elend auf dem Lande, abzulenken. Sie hoffen, die Verantwortung auf andere wälzen zu können: auf die eigensinnigen lokalen Eliten in den ländlichen Gebieten, auf die Knappheit ihrer Mittel, auf unvermeidbare Zielkonflikte und auf ungerechte internationale Austauschbedingungen. Darüber hinaus gedenken viele Regierungen, den von ihnen eingeschlagenen Weg der Modernisierung, des Aussenhandels, der Entwicklungshilfe und der Förderung ausländischer Privatinvestitionen mit Hilfe der WCARRD zu rechtfertigen – obwohl dieser Weg bereits zu einer steigenden Zahl hungerleidender Menschen und von Menschen ohne Landbesitz geführt hat.
Es sollen mit dieser Konferenz nur beste Absichten bekundet werden, auch in jenen häufigen Fällen, wo in Wahrheit beabsichtigt ist, eigennützige Interessen durchzusetzen; es soll von Fortschritt geredet werden, wo an vielen Orten das Leid nur zugenommen hat; es sollen als Freunde der Armen nicht nur jene hingestellt werden, die nur ihre eigenen Interessen verfolgen, sondern auch jene, die aktiv an der Unterdrückung der Armen beteiligt sind. Wäre die Absicht der Konferenz eine andere, dann wären Bauernorganisationen und andere, nichtgouvernementale Organisationen eingeladen worden, um an der Gestaltung der Konferenz mitzuwirken. Dies aber ist nicht der Fall gewesen.
Verstärkt worden sind nur die Lippenbekenntnisse zu Agrarreformen. „Angepasste Terminologie" kann aber nicht verbergen, dass die verschärfte Konzentration der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel immer mehr Menschen von der Möglichkeit einer eigenständigen Nahrungsmittelproduktion ausschliesst. Dass die meisten Regierungen WCARRD so wenig Bedeutung beimessen, ist allein Beweis genug, dass Agrarreform für sie ein totgeborenes Kind ist.

II. Umverteilung
Falsche Annahme: Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel – Boden, Wasser, Kredit, Zugang zu Märkten – ist nur ein Problem unter vielen. Daneben gibt es andere Probleme – etwa das rapide Bevölkerungswachstum, Unterernährung, niedrige Produktivität und Umweltverschmutzung.
Das ist falsch: Eine solche Formulierung verwischt Ursache und Wirkung. Die Art und Weise, wie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verteilt ist, bestimmt zum grossen Teil die anderen Faktoren. Nur wenn alle Menschen auf demokratische Weise an dieser Verfügungsgewalt teilhaben, können sie sich Bedingungen schaffen, unter denen es sinnvoll und durchführbar ist, erstens weniger Kinder zu haben, zweitens die Produktion zu erhöhen und drittens ihre Umwelt zu schützen.

III. Hindernisse bei Agrarreformen
Falsche Annahme: Die wichtigsten Hindernisse, die einer Reform der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel entgegenstehen, sind konstitutionelle Schranken, Unklarheiten in der Gesetzgebung bezüglich der Landreformen, der Mangel an Geldern und die Knappheit an bebaubarem Land.
Das ist falsch: Das wichtigste Hindernis bei einer solchen Reform ist die Macht der etablierten herrschenden Gruppierungen, die mit beträchtlichen Mitteln aus dem Ausland unterstützt werden. Diese Mittel fliessen über Kanäle wie die Weltbank, die FAO, über multinationale Konzerne, regionale Entwicklungsbanken und bilaterale Eetwicklungshilfe. Diese Gruppierungen bedinen sich oft der obengenannten Begründungen und Taktiken, um eine gerechte Umverteilung weiter zu verzögern. Landknappheit zum Beispiel muss gar kein Hindernis sein: China, das zu den Ländern gehört, die pro Kopf am wenigsten bebaubares Land haben, hat eine der erfolgreichsten Landreformen durchgeführt. Landreform bedeutet nicht notwendig die Aufteilung des Landes in lauter kleine Fleckchen. Ihr Ziel ist vielmehr die tatsächliche und gerechte Teilhabe aller Menschen an der Kontrolle über den Produktionsprozess.

IV. Konfliktfreiheit
Falsche Annahme: Agrarreform und ländliche Entwicklung können im Grunde konfliktfrei vonstatten gehen. Die einzigen Konflikte entstehen dann, wenn knappe Ressourcen zur Befriedigung gleichermassen legitimer Ziele aufgeteilt werden müssen.
Das ist falsch: Agrarreformen kommen nicht umhin, Machtverhältnisse und damit unvermeidlicherweise auch gesellschaftliche Konflikte sichtbar zu machen. Solche Konflikte bestehen jedoch bereits und werden nicht erst durch die Agrarreform verursacht. In ihrer deutlichsten und brutalsten Form treten sie zutage, wenn jene, die vom status quo profitieren, mit Zähnen und Klauen gegen jegliche Reformversuche kämpfen. In Ländern wie Nicaragua, Brasilien, Chile und den Philippinen – um nur einige zu nennen – werden Gewalt und Leid für immer mehr Menschen zur täglichen Realität. Auch die weniger sichtbaren Formen der Gewalt gegen Menschen werden ausgeprägter: Unterernährung, Arbeitslosigkeit und durch Armut verursachte Krankheiten.

V. Agrarreform als Problem der Dritten Welt
Falsche Annahme: Agrarreformen und ländliche Entwicklung sind Probleme der Dritten Welt. Länder wie die Vereinigten Staaten haben die Probleme in ihrem Agrarsektor grundlegend gelöst und sind daher ein Modell, dem die weniger entwickelten Länder folgen könnten.

Das ist falsch: Die Hauptursachen des Hungers in der Dritten Welt, nämlich die Konzentration der ökonomischen und damit auch politische Macht in den Händen einiger Weniger, verschärft sich auch in den Industrieländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Die Zerstörung landwirtschaftlicher Ressourcen, die wachsende Verarmung der Bauern, eine steigende Zahl von Menschen auf dem Lande ohne Arbeit und Landbesitz, die Ausbeutung über einer Million von Gast- und Wanderarbeitern, steigende Lebensmittelpreise und ungesunde Nahrungsmittelzusätze – das sind nur einige der negativen Elemente des amerikanischen Agrarsystems, die alle mit der zunehmenden Konzentration der Verfügungsgewalt in diesem Sektor verbunden sind.

Es ist ebenfalls richtig, dass die „Modernisierung" der Landwirtschaft, wie sie in den Vereinigten Staaten durchgeführt wurde, unter einem sehr hohen Risiko zu hohen Erträgen führt. Es wird ein verletzliches, kein sicheres System geschaffen, das unter anderem abhängt vom steigenden Einsatz fossiler Brennstoffe und toxischer Chemikalien, einer extremen geographischen Spezialisierung des Anbaus, einer Reduktion der genetischen Vielfalt der Staatgutsorten und von der Konzentration der Entscheidungsgewalt in immer weniger Industriekonzernen.
Die Sicherung des Einkommens der landwirtschaftlichen Betriebe in den Vereinigten Staaten hängt bei diesem System schliesslich in grossem Ausmass von Exporten von Agrarprodukten ab. Mittels massiver „Nahrungsmittelhilfe" und „Marktentwicklungsstrategien" werden Menschen in anderen Ländern von Agrarimporten abhängig gemacht, von denen es fraglich ist, ob sie in Zukunft auch noch verfügbar sind und ob deren Preise stabil bleiben.

Falsche Versprechungen

VI. Landreform

Falsche Versprechung: Hinter jeder Landreform steht der Wunsch der Regierung, den Armen auf dem Lande zu helfen. Regierungen und Internationale Hilfsorganisationen können Landreformen und ländliche Entwicklung für die Armen durchführen.
Das ist falsch: Viele sogenannte Landreformen wurden von herrschenden Gruppierungen initiiert und vorangetrieben, um ihre Eigeninteressen und nicht die der Armen auf dem Lande zu befriedigen. Diese Reformen gingen an den Bedürftigsten vorbei – jenen vielen armen Arbeitern, die überhaupt kein Land besitzen. Sie haben Grossgrundbesitzer, die für den Export produzieren, von einer Umverteilung ausgenommen. Im günstigsten Fall wurde Pächtern – und zwar oft nur einer erbärmlich geringen Zahl zugestanden –, zu drückenden Bedingungen Land von ihren Grundherren zu kaufen. Im Endeffekt wurden dadurch die bestehenden Machtverhältnisse auf dem Lande verstärkt, nicht abgebaut. Solche Pseudo-Reformen dürfen nicht mit einer umverteilung von ökonomischer und politischer Macht verwechselt werden, die unter aktiver Teilnahme der ehedem enteigneten Armen auf dem Lande durchgeführt werden.
Wirkliche Agrarreformen und ländliche Entwicklung kommen nur in Gang, wenn die Betroffenen selbst um die Schaffung ihrer eigenen Institutionen kämpfen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Sicherlich spielen von der Bevölkerung legitimierte Führer eine wichtige Rolle. Agrarreform kann aber nicht als Massnahme von aussen über Menschen verfügt oder für sie durchgeführt werden. Die Vorgänge im Reformprozess sind so wichtig wie die Reform selber.

VII. Die Armen als Zielgruppe

Falsche Versprechung: Wo die Umverteilung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel politisch nicht durchführbar ist, kann ländliche Entwicklung dennoch mit Hilfe von Entwicklungsprogrammen erreicht werden, die sich speziell an die ärmsten Bevölkerungsgruppen wenden.

Das ist falsch: Aufgrund dieser Vorstellung plädieren viele für „bessere" Entwicklungsprojekte. Wenn die ungleiche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel nicht als erstes beseitigt wird, dann fliesst der Hauptnutzen von Entwicklungsprojekten unvermeidlich den mächtigsten Gruppen und jenen zu, denen es schon vorher besser geht – seien es technologische Neuerungen, landwirtschaftliche Beratungsdienste, Kredite, Kooperativen, Verbesserungen der Infrastruktur, „Food-for-work"-Projekte oder ähnliches. Die wirtschaftliche Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung wird dadurch verstärkt, nicht aufgehoben und im Endeffekt verschärft sich die Armut auf dem Lande, anstatt gelindert zu werden.
Es gibt einige wenige Vorzeige-Projekte, bei denen eine kleine Anzahl von Armen profitiert haben. In der Regel verursachen sie jedoch so hohe Kosten, dass sie nicht in grossem Masstab wiederholbar sind. Von den herrschenden Gruppierungen werden sie jedoch nur so lange toleriert, als sie vereinzelt durchgeführt werden und damit den Status quo nicht bedrohen. Das Wichtigste ist jedoch dabei, dass durch solche Projekte die Armen nicht befähigt werden, ihre eigenen Interessen wirkungsvoll zu vertreten.

VIII. Modernisierung

Falsche Verprechung: Das Problem liegt darin, dass die Modernisierung des Agrarsektors die grosse Mehrheit der ländlichen Bevölkerung übergangen und in den traditionellen Strukturen der Armut belassen hat. Ländliche Entwicklung bedeutet nichts anderes, als immer mehr Menschen dem modernen Sektor einzuverleiben.
Das ist falsch: Modernisierung der Landwirtschaft heisst nur, dass neue Methoden und Technologien eingeführt werden. In fast allen Ländern verbirgt sich hinter der Modernisierung der Landwirtschaft die Absicht zur Bereicherung weniger durch die Arbeit, die von der ländlichen Bevölkerung geleistet wird. Ländliche Entwicklung dagegen bedeutet die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung: bessere Ernährung und Wohnverhältnisse, befriedigendere Arbeit und grössere Sicherheit, steigendes Selbstwertgefühl und wachsende Entscheidungsgewalt über Belange des persönlichen und sozialen Lebens. Neue Anbaumethoden und Technologien sind nur dann angemessen, wenn sie eine so verstandene ländliche Entwicklung begünstigen.
Die Modernisierung der Landwirtschaft hat die Mehrheit der Bevölkerung nicht einfach übergangen; sie hat vielmehr aktiv zu deren Verarmung beigetragen, da sie sie von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel noch weiter ausgeschlossen hat. Nur wenn die Grundlagen für eine demokratische Kontrolle über die Verwendung der produktiven Ressourcen geschaffen sind, werden sich die Steigerung landwirtschaftlicher Erträge in bessere Lebensbedingungen umsetzen. Ländliche Entwicklung muss mit Agrarreform beginnen.

IX. Handel

Falsche Versprechung: Ein steigendes Aussenhandelsvolumen bedeutet Fortschritt. Die Agrarsysteme der Entwicklungsländer müssen über den Aussenhandel in den Weltmarkt integriert werden.

Das ist falsch: Ausbeuterischer Aussenhandel war einer der wichtigsten Mechanismen, die die Unterentwicklung der heute armen Länder verursachten. Das gleiche im grossen Stil wiederholt, kann keine Lösung sein.
Für mehr Aussenhandel setzen sich Elitegruppen unkritisch ein, die aufgrund ihrer Verfügungsgewalt über die produktiven Ressourcen auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung vom Verkauf im Ausland profitieren. Für sie ist die Expansion der Exportmärkte eine Entschädigung für die stagnierende Entwicklung des Absatzes im Inland, die sie mitverschuldet haben. Aussenhandelsprofite sind ein Anreiz für diese Elitegruppen, noch mehr Ressourcen unter ihre Kontrolle zu bekommen. Diese Profite sind gleichzeitig Mittel und Zweck, um dieses Ziel zu erreichen.
Handel kann durchaus Nutzen bringen. Aber nur dann, wenn durch die lokale Produktion zuerst die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden und wenn über die Exporterlöse zum Wohl der gesamten Bevölkerung verfügt wird.

X. Entwicklungshilfe
Falsche Versprechung: Entwicklungshilfe und private ausländische Direktinvestitionen sind für ländliche Entwicklung unerlässlich.
Das ist falsch: Ein Grossteil der offiziellen Entwicklungshilfe und buchstäblich die gesamten Investitionen der transnationalen Konzerne dienen den Interessen jener Minderheit der Bevölkerung, die die Verfügungsgewalt über die produktiven Ressourcen hat. Eine Umverteilung dieser Verfügungsgewalt muss zuerst stattfinden. Danach muss sorgfältig überlegt werden, welche Art der Direktinvestionen und Entwicklungshilfe zu einer selbstbestimmten und gerechten Entwicklung für alle Menschen beitragen kann.

XI. Frauen und Entwicklung
Falsche Versprechung: Frauen müssen zunehmend in den Entwicklungsprozess integriert werden.
Das ist falsch: Es geht nicht darum, Frauen in den ökonomischen produktiven Prozess zu integrieren, sondern darum ihre Beiträge, die sie bereits jetzt leisten, anzuerkennen und darauf aufzubauen. Eine Entwicklungsstrategie, die grundlegende strukturelle Ungleichheiten nicht berücksichtigt und miteinbezieht, wird die Machtlosigkeit der Frauen noch verschärfen. Lohnabhängigkeit und der Einbezug von produktiven Tätigkeiten in Marktmechanismen kann Fraue Frauen ihrer Macht berauben, über die sie im Rahmen der traditionellen Produktionsweisen verfügten. Die Entwicklungsprogramme des Westens haben Erziehung, technische Ausbildung und Kredite fast ausschließlich auf Männer ausgerichtet.

XII. Partizipation der Bevölkerung
Falsche Versprechung: Regierungen und Entwicklungsbehörden sehen zunehmend die Notwendigkeit der Partizipation der Bevölkerung am Entwicklungsprozess ein.
Das ist falsch: Die wahre Partizipation von Menschen – von Menschen nämlich, die ihre eigenen Entwicklungsprobleme in die Hand nehmen – wird sehr häufig verhindert, in vielen Fällen für ungesetzlich erklärt. Und das gerade in den Ländern, die von sich aus behaupten, Partizipation zu fördern. Wenn sich die hungerleidenden Menschen und die Menschen ohne Landbesitz organisieren, um ihr Recht zu fordern, werden sie oftmals brutal unterdrückt. Die Regierungen reden dann von Partizipation, um davon abzulenken, dass sie den Menschen das Recht auf Organisation nicht gewähren. Viele Mechanismen der Entscheidungsfindung, die bei Regierungen gerade en vogue sind, verschärfen und rationalisieren die Kontrolle der Bevölkerung durch Regierungen, die sich auf eine dünne Oberschicht abstützen, statt die Partizipation der Bevölkerung zu ermöglichen.
In jedem Entwicklungsprojekt kann die Bevölkerung irgendwie zur „Partizipation" gebracht werden. Die entscheidende Frage für die Sicherung eigenständiger ländlicher Entwicklung ist nicht die nach der Teilnahme, sondern nach der Verfügungsgewalt. Überdies muss die ländliche Bevölkerung nicht nur ihre eigenen Entwicklungsprogramme kontrollieren können; um ihre Interessen wirklich schützen zu können, müssen auch die Bewohner der ländlichen Gebiete an der Ausübung der nationalen wirtschaftlichen und politischen Macht teilhaben.

Rome Declaration Group
c/o Erklärung von Bern
Gartenhofstrasse 27
8004 Zürich

Neue Initiative in der Ausländerarbeit

Seit Anfang dieses Jahres gibt es in der BRD den „Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (VIA e.V.)", der aus der Projektgruppe „Ausländische Arbeiter" der AGG (Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden) Bonn hervorging.
Die VIA versteht sich als bundesweiter Interessenverband der Ausländerinitiativen, der die Situation der Ausländer in der BRD verbessern helfen will,
„– indem VIA als Sprachrohr dieser Initiativen den berechtigten Forderungen der ausländischen Eltern und ihrer Kinder Gehör und Nachdruck verleiht;
– indem VIA den Mitarbeitern in den Initiativen Möglichkeiten der Information und Weiterbildung anbietet:
– durch regelmäßige Tagungen
– durch regelmäßige Veröffentlichungen („Materialien")
– durch individuelle und Gruppen-Beratung."

„Wir wollen durch den umfassenden Zusammenschluß möglichst aller Gruppen versuchen, die Vereinzelung zu überwinden, Kooperation und Erfahrungsaustausch nutzbar zu machen und gemeinsam Vorstellungen und Modelle entwickeln, die zu einem gleichberechtigten Leben der ausländischen Arbeiter und ihrer Kinder in der Bundesrepublik führen. Dazu bedarf es vor allem der Mitarbeit der Ausländer selber! Wir erstreben deshalb nachdrücklich die Mitarbeit möglichst vieler ausländischer Arbeitervereine, Gemeinden, Elternvereine und Organisationen. (...)
Unsere Politische Zielsetzung
– ist nicht parteipolitisch orientiert;
– hat keine ideologischen Patentrezepte parat;
– richtet sich auf ein Maximum an Selbstbestimmung und Selbstverwaltung unter Wahrun demokratischer Grundsätze.
Wir kämpfen entschieden gegen jede Form von Faschismus." (Aus einem Informationsblatt der VIA vom März 1979)
Informationen über Mitgliedschaft (für Gruppen und Einzelpersonen), Tagungen, Publikationen, Informationsangebote usw. über die

Geschäftsstelle der VIA c/o AGG
Rheinweg 34, 5300 Bonn 1
Telefon: 02221/ 23 40 21

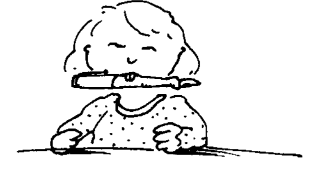
Konferenzen und Alternative Technologie

GLOSSE

KONFERENZEN UND ALTERNATIVE TECHNOLOGIE

Vom 20.–30.8. fand in Wien eine UNO-Konferenz zur Wissenschaft und Technologie (UNCSTD) mit 4000 Delegierten aus 128 Ländern statt. Neben dieser Mammutkonferenz tagten dazu parallell nicht-regierungsvertretende Organisationen, die NGOs (NGO= Non-Governmental Organisation), vertreten durch Wissenschaftler und Fachleute aus Universitäten, Institutionen usw.
Als Gegenstück zu diesen zwei offiziellen Konferenzen hatte eine Wiener Gruppe eine Alternativkonferenz, das Forum Alternativ, organisiert. Linke „Alternativler" aus mehreren Ländern waren ankommen, die sich mit verschiedenen Unterthemen der Alternativen Technologie befassten. Auch war ein Öko-Dorf aufgebaut worden, wo Gruppen ihre Aktivitäten und Produkte darstellen konnten. Angesichts des umfangreichen Programmangebots war es nur möglich, einen kleinen Teil der Veranstaltungen zu besuchen. Die offizielle UNO-Konferenz war belagert von Ministern und Regierungsvertretern und dementsprechend der Öffentlichkeit nicht zugänglich, dafür aber das NGO-Forum.
Ich bin in der Erwartung zu den NGO-Veranstaltungen gegangen, dort Information zu bekommen und etwas über den aktuellen Wissenschaftsstand zu den jeweiligen Themen zu erfahren. Zu meiner Enttäuschung (oder Bestätigung) musste ich feststellen, dass sich auch hier Leute versammeln, die heute von Tokio nach New York, nächste Woche von Paris nach Manila fliegen, und die ihr Heimatland wohl nur von Flugzeug aus kennen. Man kannte sich gegenseitig. Es waren Leute in hohen Positionen, (selbst)ernannte Kapazitäten, einer wichtiger als der andere.
Beispiel eins:
Auf dem Podium diskutierten mehrere, frisch frisierte und lackierte Ladies über die Rolle der Frau in Wissenschaft und Technologie. Es herrschte unter den Diskutantinnen allgemeine Übereinstimmung darüber, dass die Rolle der Frau in den genannten Gebieten zu verstärken sei. Auch Zahlen wurden zur Konkretisierung genannt: wieviel % Frauen auf der und der Konferenz anwesend gewesen waren. Auch die „Madame Chairman" – eine Afrikanerin – konnte ihre westliche Universitätsausbildung nicht verhehlen.
Es mutet schon traurig an, wenn Frauen aus der obersten Oberschicht – seien sie aus Industrie- oder auch aus Entwicklungsländern – versuchen, über die armen Schwestern anderswo zu reden, über ihre Arbeitsbelastung und ihr leidiges Schicksal. Wie bei den Männerkonferenzen: die Lehrformel werden zu Leerformeln.
Beispiel zwei: Symposium über Nahrungsmittelproduktion, Verteilung und ländliche Entwicklung. Ich bin anscheinend nicht ganz unbefangen hingegangen, erwartete ich doch (natürlich aus meinem subjektiven Blickwinkel) Meinungen und Information zu sozialen Aspekten des Themas. Aber der wichtigste Teil der Redebeiträge schien daraus zu bestehen, dass der jeweilige Redner sich dem Mr. Chairman dafür bedankte, dass er die Gelegenheit hatte, seine Meinung vor den werten Ladies and Gentlemen vorzulesen...
Nichts über ungerechte Landbesitzverhältnisse, von landlosen Bauern, von der Tatsache, dass die erste Voraussetzung für landwirtschaftliche Produktion der Zugang zum Boden ist. Nur eine griff das Thema kritisch an – Susan George („Wie die anderen sterben" – Rotbuch): Agribusiness, Kommerzialisierung der Landwirtschaft, Verdrängung von Kleinbauern, Monopolisierung der weltweiten Vermarktung.
Und die Ergebnisse dieser Konferenzen? In Ausschüssen, Arbeitskreisen und Workshops werden Papiere und Resolutionen ausgearbeitet; Meinungsunterschiede über Worte, Formulierungen, Satzzeichen. Sicher gibt es auch unterschiedliche Auffassungen über Wissenschaft und Technologie zwischen den reichen und armen Ländern, auch über Alternative Technologie. In den schriftlichen Endergebnissen werden sie aber frisiert und ausgeglichen, der öffentlichen Meinung „angepasst". Wo sind die konkreten Erfolge von Bevölkerungs-, Frauen-, Agrarreform- und sonstigen Konferenzen? Dienen sie nicht eher der eigenen Imagepflege der Konferenzteilnehmer?
„Alternativ" ist fast zu einer Massenbewegung geworden. Auch internationale Konferenzen nehmen sich dieses Themas zunehmend vor. „Alternativ" ist fast zu einer Massenbewegung geworden. Aber diejenigen, die über Macht und Geld verfügen, haben gemerkt, dass daraus auch Geld und Prestige zu machen ist. Man kann ebenso leicht für Alternative Technologie wie für Menschenrechte plädieren, da man nicht ins Detail gehen braucht. Der Begriff verkauft sich gut – nicht nur für Industriefirmen, die darin ein neues Marktfeld erobern können, sondern auch für Regierungen. Riesige Summen von Geldern werden bewilligt, um Forschungen über alternative und angepasste Technologie zu bewerkstelligen. In supermodernen Laboratorien von Universitäten und Privatinstituten werden jetzt Einsatzmöglichkeiten von angepassten Pflügen und Wassertragestellen untersucht, wo früher das Forschungsinteresse dem Liebesleben von Ameisen galt.
Gleichzeitig gibt es Leute – die „chten" Alternativler – die ohne jegliche finanzielle Unterstützung Sonnenkollektoren, Windmühlen und Biogasanlagen bauen und ausprobieren. Von den Herren, die sich mit der Grossen Alternativen Technologie beschäftigen, werden sie nur mitleidig belächelt.
Der offiziös-formale Alternativ-Technologie-Boom macht skeptisch. Rund 50 Mio. Dollar (in Worten: fünfzig Millionen) kostete allein die UNCSTD-Konferenz in Wien (ZEIT 30.8.). Die Ergebnisse (Gründung eines Forums für Wissenschaft und Technik bei der UNO, eines offenen zwischenstaatlichen Ausschusses sowie eines Fonds für wissenschaftlich-technische Hilfe mit 500 Mio. Dollar) stehen aber in keinem Verhältnis zu den Konferenzkosten. Aber vielleicht heisst jetzt das Motto der grossen Politik: „Lieber alternativ als effektiv".

rs



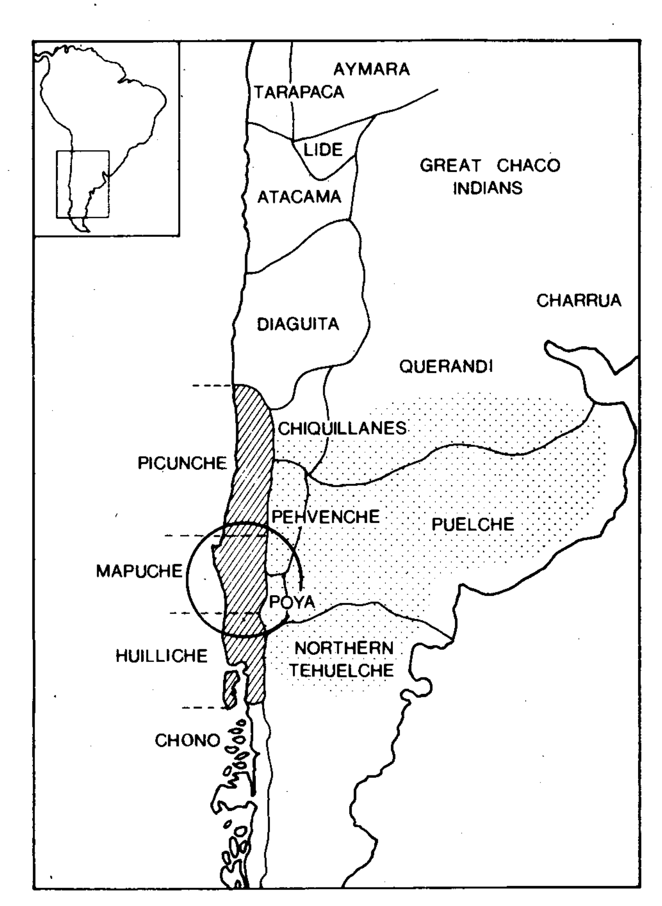
Unterstützungsprojekt Chile

UNTERSTÜTZT DAS PROJEKT „MÜTTERZENTRUM UND VOLKSKÜCHE VON MAPUCHE-FRAUEN" IN TEMUCO/CHILE!

Zur Geschichte und Situation des Mapuche-Volkes
Die Mapuche-Indianer, oder „Araucanier", wie sie die spanischen Eroberer genannt haben, blicken auf eine lange Tradition von Krieg und Widerstand zurück. Weder die Inkas noch die Spanier haben sie jemals besiegt. Erst Ende des letzten Jahrhunderts wurden sie von der chilenischen Armee unterworfen. Der größere Teil ihres Landes wurde ihnen abgenommen, und sie bekamen Landreservate oder „reducciones" zugewiesen, worauf sie leben sollten.
Über 325.000 Mapuches leben auf dem Land. Obwohl sie nur 12 % der gesamten Landbevölkerung Chiles ausmachen, bilden sie in mehreren der südlichen Provinzen des Landes die Mehrheit. In Malleco sind 9o % der Bauern Mapuches..
Der gemeinsame Landbesitz war schon immer ein grundlegendes Element der Mapuche-Kultur. Für die Mapuches war Land nie etwas, das gekauft oder verkauft werden kann. Das Land gehört dem Volk als Volk. Die Mapuches und ihr Territorium gehören zusammen. (Das Wort „Mapu" bedeutet „Land" und „che" bedeutet „Volk"" .)
Die Geschichte der Mapuches in diesem Jahrhundert ist durch Armut, Marginalisierung und Ausbeutung gekennzeichnet. Nach und nach besetzten Großgrundbesitzer ihr Land und zwangen Tausende Mapuches, ihre Heimat zu verlassen und in den Städten Arbeit zu suchen. Während der Zeit Allendes verbesserte sich ihre Situation. Infolge der Agrarreform und des „Indianer-Gesetzes" (Gesetz Nr. 17.929), das 1972 nach Beratung mit den Mapuches erlassen wurde, gewannen sie einen Teil ihres Landes zurück, der Verkauf von Mapuches-Land an Nicht-Mapuches wurde verboten, und die Mapuches erhielten durch das „Institut für indianische Entwicklung" (IDI) technische und schulische Unterstützung. Unter anderem sorgte das IDI für zweisprachigen Unterricht an Schulen für Mapuche-Kinder.
Zur Zeit des Militärputsches in Chile waren die Mapuches besonders grausamer Verfolgung unterworfen. Ihr gerade zurückgewonnenes Land wurde ihnen wieder weggenommen, und Hunderte, vielleicht sogar Tausende Mapuches wurden getötet..Jetzt, – in der „zweiten Phase" der Repressionen in Chile (wie wir es bezeichnet haben) –, haben die Massaker aufgehört. Statt dessen wendet Pinochet legale Maßnahmen an, um das Mapuche-Volk auszurotten. Am 25. März dieses Jahres erließ das Militärregime die Gesetzesverordnung Nr. 2.568, die das Indianer-Gesetz Allendes abändert. Artikel 21 der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen besagt, daß „jeder Mensch das Recht hat, an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen". Die chilenische Regierung lehnte jedoch alle Forderungen der Mapucher ab, zu diesem Gesetzt befragt zu werden.
Unter anderem bestimmt Gesetz Nr. 2.568, daß
1) das Mapuche-Land in Parzellen in Individualbesitz aufgeteilt werden kann, die nicht mehr als Mapuche-Eigentum gelten;

* * *

Zusammensetzung der Araucaner und in sie eingegangenen Gruppen, sowie der ihnen benachbarten Stämme in Chile und Argentinien.



Die drei hauptsächlichen Gruppen von Araucanern im 16. Jahrhundert.

Ausdehnung des Araucaner-Siedlungsgebietes nach Osten zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert.

Heutiges Siedlungsgebiet der beiden noch verbliebenen Araucaner-Gruppen.

* * *

2) das Land an Nicht-Mapuches verkauft werden kann. Das Gesetz legt fest, daß Verkäufe erst nach zwanzig Jahren getätigt werden können. Es legt aber auch fest, daß Ausnahmefälle in Frage kommen.

3) Das IDI soll abgeschafft werden. (Und damit alle technische und erzieherishe Unterstützung, die das Institut leistete.)
Die Regierung hat die Teilung des Landes dadurch gerechtfertigt, daß sie sagte, daß dies offensichtlich den Mapuches entgegenkommen würde, weil sie einen Teil des Landes schon individuell bebauten. Bevor jedoch

das Gesetz verabschiedet wurde, tauchten in den Mapuche-Siedlungen Regierungsbeamte auf und forderten die Mapuches auf, Formulare auszufüllen. Sie versprachen ihnen Kredite und technische Unterstützung. Viele Mapuches füllten die Formulare aus, ohne zu bemerken, daß sie eine Forderung nach Aufteilung ihres Landes und Zerstreuung ihres Volkes unterzeichneten. Die Regierung Pinochet hat den Mapuches stets Kredite verweigert,– mit dem Vorwand, daß es ungesetzlich sei, einer Gemeinschaft Kredite zu geben.
Das Regime Pinochet ignorierte, daß allein der Gedanke an die Anhäufung von Privateigentum der Lebensweise und Weltsicht der Mapuches fremd ist. Die Regierung weiß genau, daß diese privaten Landparzellen für die Mapuche-Familien keine Existenzgrundlage bilden. Wie es mit den Kleinbauern in ganz Chile geschehen ist, werden die Mapuches gezwungen, ihr Land aus Mangel an Geld für Samen, Dünger etc. zu verkaufen. Deshalb werden die „Ausnahmefälle", die im Gesetzt erwähnt sind, sehr bald zur Regel werden, und das Mapuche-Land wird entweder von Großgrundbesitzern übernommen oder in Touristik-Zentren verwandelt werden.
Die Mapuches haben auf das Gesetz scharf reagiert. Die Kulturzentren der Mapuches gaben eine gemeinsame Erklärung heraus, die besagt: „Wir waren an der Gesetzverordnung Nr. 2.586 nicht beteiligt. Wir durften nicht einmal den Entwurf des Gesetzes sehen. Dies macht das Gesetz von Anfang an ungültig. Das Gesetz zeigt die völlige Unkenntnis unserer Situation. Sein Ziel ist, die kulturelle Integrität der Mapuches anzugreifen und die Teilung der Eingeborenengemeinschaft zu erzwingen. Getarnt als Lösung für unsere Probleme und unter der falschen Maske des Protektionismus verurteilt es uns in Wirklichkeit zur Ausrottung."
...„Dieses Gesetzt, das angeblich zum Nutzen des Mapuche-Volkes gemacht wurde, verändert nicht, sondern vernichtet die Möglichkeiten zur Beteiligung, zur Entwicklung und zum Fortschritt, die Bestandteil der früheren Gesetzgebung waren. Es beraubt das Mapuche-Volk seines Landes und verordnet seine obligatorische Eingliederung in die nationale Gemeinschaft. Es zerstört unseren besonderen Charakter, unsere Werte, unser kulturelles Erbe und unsere rechtmäßige und unterschiedliche soziale Identität, die Grundlage und Bereicherung der chilenischen Nation war. Es ignoriert die Verantwortlichkeit des Staates, die Entwicklung aller Indianer und Gruppen, die die nationale Gesellschaft bilden, zu schützen und zu fördern."
(aus dem Informations-Rundbrief der „Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile"/Bonn vom 30. Juni 1979)
Die Mapuches müssen vom Moment ihrer Geburt an ums nackte Überleben kämpfen. Es mangelt an ärztlicher Versorgung und später an Bildungsmöglichkeiten. Die Ausbildungszentren liegen im allgemeinen sehr weit von den Mapuchessiedlungen entfernt. Die rassische Diskriminierung, die Mißachtung für das eingeborene Volk, haben die Mapuche-Frau ängstlich werden lassen, überhaupt ein Krankenhaus oder eine Behörde aufzusuchen, wo man sie verächtlich behandelt. Es kommt häufig vor, daß Mapuche-Frauen draußen vor diesen öffentlichen Einrichtungen weinen.
Die wirtschaftliche Situation der Mapuche-Familien ist sehr schlecht. Die Frauen werden vom Produktionsprozeß ausgeschlossen, ihre Arbeitsmöglichkeiten beschränken sich auf die Arbeit als Hausmädchen in Privathaushalten oder den Verkauf ihrer kunsthandwerklichen oder landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Markt von Temuco. Dort verkaufen sie Geflügel, Eier, Früchte und Gartenprodukte, um ein bischen Geld zu bekommen, wovon, nach Abzug der Transportkosten, sehr wenig übrigbleibt.
Wenn sie im Autobus reisen, müssen sie immer stehen, während die Nichtindianer sitzen. Das ist die Realität, die sich immer gegen die Würde der Mapuche auswirkt. Die Mapuchefrau erlebt diese Drangsalierungen und Diskriminierungen in besonderem Maße.
Die Kinder der Mapuche haben praktisch keine Kindheit. Es ist schmerzlich zu sehen, wie die Kinder, sobald sie laufen können, zum Hüten der Schafe und Schweine herangezogen werden müssen, denn in den kleinen Mapuche-Siedlungen gibt es keine umzäunten Weiden. Es ist notwendig, das Vieh weit entfernt von den Siedlungen zu hüten, damit es die bebauten Felder nicht abfrißt. Dieses traurige Leben der Mapuche-Kinder kann man in Lumaco, Cholchol, Imperial, Roblehuacho oder in den Kordilleren der Anden finden. In dem Alter, in dem andere Kinder zur Schule gehen, nämlich zwischen 4 und 14 Jahren, müssen die Mapuche-Kinder ohne jede Schulbildung unter diesen harten Bedingungen beim Vieh-Hüten aufwachsen.



Projekt: MÜTTERZENTRUM UND VOLKSKÜCHE IN TEMUCO

Ziele: Finanzielle Unterstützung für eine Volksküche und ein Mütterzentrum, das von mehr als 4o Mapuche-Frauen gebildet wird. Damit werden folgende Ziele angestrebt:
1.) Den Familien zu helfen, das Problem des Hungers und der Unterernährung der Kinder zu lindern, die gegenwärtig eine Mahlzeit täglich bekommen.
2.) Eine Basisorganisation zu finanzieren, damit diese

Frauen sich regelmäßig treffen können, um gemeinsam nach Lösungen ihrer sozialen Probleme zu suchen, z.B. Wolle zu kaufen, um Strickarbeiten zum späteren Verkauf anzufertigen und auch eine Nähmaschine, mit deren Hilfe die Frauen ein gewisses Einkommen für ihre Familien erzielen könnten.
3.) Das Mütterzentrum erfüllt außerdem eine wichtige Funktion, indem es den Frauen ermöglicht, die historische Identität des Mapuche-Volkes, seine Werte und seine Kultur zu bewahren und weiterzugeben. Wenn die Frauen ihre Probleme gemeinsam diskutieren, können sie deren sozialen Charakter entdecken. Die politische, ökonomische und rassische Diskriminierung, der die Mapuche-Frauen ausgesetzt sind, ist dann kein individuelles Problem jeder einzelnen von ihnen mehr (die bloße Tatsache, in einer Indianerfamilie geboren zu sein!) und wird zu einem sozio-politischen Problem der chilenischen Gesellschaft, die sie marginalisiert und diskriminiert.

Form der Hilfe:
1.) Wir wollen mit diesem Projekt eine regelmäßige Unterstützung von monatlich 1.000,-- DM erreichen. Dafür suchen wir verschiedene Institutionen und Familien, die dieses Projekt monatlich mit festen Überweisungszahlungen unterstützen können, und zwar auf das Konto: Annemarie Ahrens, PSA Berlin West,
Nr. 171571 - 1o4, Stichwort: Mütterzentrum
Die Personen oder Institutionen, die dafür spenden, werden periodisch über die Überweisungen und des Vorankommen des Mütterzentrum und der Volksküche unterrichtet. Institutionen oder Gruppen von einzelnen Spendern, können auch die Adresse der Empfänger bekommen, um direkten Kontakt zu haben.
2.) Ab Januar können auch Einzelpatenschaften von Familien des Mütterzentrums oder der Volksküche vermittelt werden, wobei dann die Spender direkt die monatlichen Beträge nach Chile überweisen können.

Ausführliche Informationen über die Situation der Mapuches bei der „Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile", Heerstr. 178, 53oo Bonn und bei
Izquierda Christiana Chile, Kontakt: Norbert Ahrens, Lipchizallee 48, 1 Berlin 47 (dort sind auch weitere Auskünfte über das oben beschriebene Projekt zu bekommen).

* * *



Rezension

VW Do Brasil

„VW do Brasil-Entwicklungshilfe im besten Sinne?"

„Die überragende Bedeutung der Multinationalen Konzerne für die Dritte Welt und die zweifelhafte Aufbauleistung, welche die Wirtschaftsgigangen zum Wohle der Menschheit in den armen Ländern der Erde vollbringen, ist von vielen schon lange erkannt, aber bislang nur von wenigen wirklich untersucht worden. Die vorliegende Broschüre nimmt den größten Multi Lateinamerikas, VW do Brasil, kritisch unter die Lupe und bringt außerdem Informationen zur Lage der brasilianischen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften." (aus dem Vorwort der Verfasser)
Um es vorwegzunehmen: Diesem Anspruch sind die Verfasser dieser Sondernummer der „Brasilien-Nachrichten", Werner Würtele und Harals Lobgesang, sehr gut gerecht geworden.
Zunächst wird kritisch über eine **Reise des VW-Gesamtbetriebsrates** zu VW do Brasil berichtet: über den Versuch der Unternehmensleitung, durch einen hohen Komfort und ein entsprechendes Freizeitprogramm der Reise den Betriebsrat günstig zu stimmen und über das Scheitern des Kontaktes zu den brasilianischen Gewerkschaften (die von der Regierung kontrolliert sind und im Betrieb nicht viel zu sagen haben, mehr dazu siehe unten).
Dann wird die **politische und gewerkschaftliche Situation** in Brasilien seit dem Militärputsch 1964 aufgezeigt: damals wurden die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte aufgehoben, die Arbeiter- und Bauernorganisationen zerschlagen, die Gewerkschaften der staatlichen Kontrolle unterworfen. Gegen diese Politik gab es stärkeren Widerstand 1967/68 und in den letzten Jahren. Die Geschichte, Struktur und politische Orientierung der Gewerkschaften werden erläutert: Heute sind die „gelben", staatlich kontrollierten Gewerkschaften zu „halbstaatlichen Dienstleistungsagenturen" geworden. „Die wichtigsten Aufgaben einer Gewerkschaft können die brasilianischen Arbeiterorganisationen **nicht** wahrnehmen" (S. 25): Sie sind in den Betrieben praktisch nicht vertreten, haben kein Tarifverhandlungs- und Streikrecht. Eine Streiks von 1968 werden genauer geschildert.
Der **wirtschaftlichen Entwicklung Brasiliens** ist der nächste Abschnitt gewidmet: Das wirtschaftliche Wachstum, die Beschäftigungsstruktur und die Rolle der Multis in Brasilien wird untersucht: Das Investitionsklima für die Multinationalen Konzerne (MNK) ist ausgezeichnet (s.o.), laut FAZ stehen" 99% der Unternehmer in Sao Paulo . . .voll hinter der Wirtschaftspolitik dieser Regierung. . ." „Der Hegemonialstellung der MNK entspricht ein hoher Grad an Wirtschaftskonzentration". Bei dauerhaften Konsumgütern beträgt ihr Anteil 100%, bei nicht-dauerhaften Konsumgütern 65%, bei der Kapitalgüterherstellung 55,5% (in der Autoproduktion 100%, bei Pharmazie- und Veterinär-Produkten 86,6%).
Und nun **zu VW selbst**: VW do Brasil, umsatzgrößter Konzern in Lateinamerika, wird auf seine Bedeutung für Brasilien hin untersucht. VW hat tatkräftig zur Ausplünderung Brasiliens beigetragen (und tut es wohl heute noch): So hat das Werk zwischen 1965 und 1975 das 2,3fache des von ihm importierten Kapitals wieder exportiert. Zur technologischen Entwicklung des Landes trägt VW auch bei: So verkaufte es vor kurzem zu teuren Preises Maschinen des Baujahrs 1939 an VW do Brasil. Kaufen kann sich den „Volks"-Wagen in Brasilien auch nicht jeder: der Käfer kostet doppelt soviel wie in der BRD, VW do Brasil bietet seiner Kundenschicht außerdem einen nur in Brasilien konstruierten Sportwagen an.
VW do Brasil hat –zur Erlangung von Vorteilen bei der Gewinnbesteuerung– ein großangelegtes Viezucht-Projekt in Angriff genommen. Das Fleisch soll in erster Linie exportiert werden, der Betrieb kommt mit relativ wenigen Arbeitskräften aus. Auch bei der Autoherstellung versucht VW do Brasil mit möglichst wenigen Arbeitskräften auszukommen. 1975 z.B. wurde Personal „abgebaut", obwohl der Umsatzerlös um 24,9% und der Absatz um 10,5% anstiegen. Die (durch günstige gesetzliche Kündigungsmöglichkeiten) hohe Fluktuation in den brasilianischen Industriebetrieben herrscht auch bei VW: Sie sorgt für eine gute Arbeitsdisziplin und entbindet VW von Auflagen, die mit der Betriebszugehörigkeitsdauer verbunden sind. Der seit Jahren anhaltende Reallohnverfall (seit 1959 um 2/3) und die weit unter dem Existenzminimum liegenden Mindestlöhne relativieren auch die „überdurchschnittliche" Entlohnung der VW-Arbeiter wieder etwas: Sie reicht gerade für Grundnahrungsmittel und andere lebensnotwendige Ausgaben.


Auto-Multi Volkswagen in Brasilien

VW ist natürlich über die „günstigen Rahmenbedingungen wie politische Stabilität" und „eine praxisnahe Wirtschaftspolitik" (aus dem Geschäftsbericht 1975) sehr zufrieden. Damit seine Mitarbeiter auch zufrieden sind, betreibt VW eine „Loyalisierungsstrategie": soziale/medizinische Leistungen, Transport zum Arbeitsplatz, Kredite vom Betrieb. . . und die staatliche Repression sorgt zusätzlich für ein ruhiges Betriebsklima, z.T. direkt im Betrieb (Werkspolizei).
Mit einem langen Exkurs über die **Lage der Industriearbeiterschaft** und einem **Dokumententeil** schließt die Broschüre ab, die wegen ihrer gründlichen Untersuchung des VW-Konzerns in Brasilien und der Rahmenbedingungen seiner Tätigkeit sehr zu empfehlen ist –für Lehrer, Gewerkschafter und Dritte Welt– Arbeitskreise.
„VW do Brasil–Entwicklungshilfe im bestehen Sinne?", Sondernummer der „Brasilien-Nachrichten", beziehbar über AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn (DM 4,–).

bm

Leserbrief zum Ausländerblock

Leserbrief zum Ausländerblock, in „blätter des iz3w", nr 79

Liebe Freunde!

Nur über einen Punkt will ich Euch etwas schreiben, der mich ärgert, weil er wieder verrät, wie gerne Studenten - und zwar leider „linke" Studenten – sich in die Kategorie der notleidenden Opfer der Ausbeutung einschmuggeln.
Gleich bei der Einleitung zum Themenblock „Ausländer in der BRD" schreibt Ihr:

„Die ausländischen *Arbeiter und Studenten*, die in der BRD, Österreich oder der Schweiz leben, sind nicht aus Abendteuerlust oder ähnlichen Beweggründen hier; sie wanderten aus ihren Heimatländern aus, um vorrübergehend oder lebenslang *Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten* zu erhalten, die in ihren Heimatländern nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind."

Von da aus redet Ihr nur von den Arbeitern. Und es wäre besser gewesen, entweder die Studenten nicht erwähnt zu haben oder ihre Problematik getrennt und ausführlich zu behandeln. Die Gleichstellung nämlich zwischen Arbeitern und Studenten, die Ihr in den Eingangsworten postuliert, entspricht keineswegs der Wirklichkeit. Diese Gleichstellung ist aber leider bei nicht wenigen linken ausländischen Studenten üblich - und auch bei nicht wenigen linken Deutschen, die sich gerne mit allen Forderungen der „ausländischen Komilitonen" solidarisieren und dabei auf eine kritische Analyse verzichten.
Wäre ich ein ausländischer Arbeiter, wäre ich unheimlich sauer und zutiefst gekränkt darüber, daß Ihr die Gründe, die einen ausländischen *Arbeiter zur Auswanderung treiben*, den Gründen gleichstellt, die einen ausländischen *Studenten zum Studium in Mitteleuropa bewegen*. Da ich aber ein ausländischer Akademiker bin, bin ich ärgerlich darüber, daß Ihr mit Eurer Gleichstellung die Klassenunterschiede verwischt, die es leider noch gibt. Sie zu vertuschen, bringt uns wirklich nicht weiter.
Was einen ausländischen Arbeiter nämlich zur Auswanderung treibt, ist in der Regel die unmittelbare und blanke Not, der pure Mangel an Überlebenschancen in der Heimat - und zwar für sich und für seine Familie. Und wenn die ausländischen Arbeiter hier landen, begegnet ihnen eine äußerst harte Wirklichkeit der dreckigen Arbeit, der Diskriminierung, der Unsicherheit, des Gettos... Und, wenn sie hier „fertig" sind, dann sind sie eben „fertig" und tragen in der Tasche kein Diplom und keinen Doktortitel.
Was aber einen ausländischen Studenten zum Studium hier bewegt, ist in der Regel der Wunsch, durch das Studium in Europa eine bessere Position in der Heimat oder sogar in einem Industrieland zu erreichen. Die Wirklichkeit, die ihm hier begegnet, ist sicher nicht leicht, aber er muß nicht die harte Wirklichkeit der entfremdeten Arbeit erleben („entfremdet" weil abhängig, weil stumpfsinnig und weil in der Fremde), er muß nicht die gleiche Diskriminierung wie der ausländische Arbeiter erleben (er ist ja doch kein „Gastarbeiter", er ist ein künftiger Herr Diplom-Ingenieur!), er wird in der Regel von anderen unterhalten und, wenn er nach einigen Jahren fertig ist, hat er einen sozial und finanziell wertvollen Titel in der Tasche.
Daß das Leben eines ausländischen Studenten nicht leicht ist, dürfte in der Regel klar sein. Aber wessen Leben ist schon leicht? Und vor allem, wie kann man die Frechheit haben, diese Härte mit der anderen Härte in einen Topf zu schmeißen?
Ihr vergleicht auch noch was, was keine Gleichstellung erlaubt: Den Mangel an Arbeitsmöglichkeiten zitiert Ihr auf der gleichen Ebene wie den Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten (gemeint sind in dem Zusammenhang die Studienmöglichkeiten). Und dabei laßt Ihr unerwähnt, daß die Arbeit eine Notwendigkeit und folglich ein Recht ist, während das Studium für den einzelnen, der diese Chance hat, ein Privileg und nicht selten ein Luxus bedeutet. Daß bestimmte Menschen unter diesen wenigen die das Privileg genießen, studieren zu dürfen und zu können, aus diesem Privileg eine Aufgabe zugunsten der nicht Privilegierten machen, das ist auch klar. Aber das ist eine Ausnahme und es bleibt ein Privileg.
Es ist klar, daß sowohl die Arbeitsemigration als auch das Ausländerstudium im Rahmen der „internationalen kapitalistischen - und nicht nur „kapitalistischen" - Arbeitsteilung" zu sehen sind. Aber während der ausländische Arbeiter in dieser Arbeitsteilung eine Rolle da unten - unter den Ausgebeuteten - zugewiesen bekommt, erhält der fertige ausländische Student in der Regel einen Sessel auf den oberen Etagen, wo sich Ausbeuter etwas lieber als da unten „ausbeuten" lassen.
Ich meine als Zusammenfassung folgendes: Laßt uns mal aufhören mit der Selbstbemitleidung und mit der unkritischen Solidarisierung! Wir sollten mit unserer kritischen Solidarität dazu beitragen, daß die ausländischen - und nicht nur die ausländischen - Studenten erkennen, daß sie eine Menge Privilegien genießen und sich verpflichtet fühlen, ihr Wissen und Können zugunsten der Landsleute einzusetzen, die in der Heimat oder Mitteleuropa die unteren Etagen bewohnen.

Herzlich Euer G. Aparicio
Ausländerreferent ESG Aachen

Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e.V.

In der letzten Ausgabe der „Blätter des iz3w" haben wir im Themenblock „Ausländer in der BRD" den Artikel „Komm' mir bloß nicht mit so einem! – Frauen von Ausländern setzen sich zur Wehr", eine Selbstdarstellung der Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen veröffentlicht. Durch ein technisches Versehen waren die Kontaktadressen der Interessengemeinschaft nicht angegeben. Hier die Adresse :

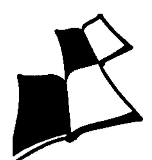
Rosi Wolf-Almanasreh
Gerhart-Hauptmann-Ring 410
6000 Frankfurt am Main 50
Telefon: (0611) 58 11 41 (15-18 Uhr)

Viktor Lütertz
Rehlingstr. 2

7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Messe 1979



31. Frankfurter Buchmesse 10. bis 15. Oktober

31st Frankfurt Book Fair October 10 to 15

31e Foire du Livre de Francfort 10 au 15 Octobre

ANKÜNDIGUNG

»blätter des iz3w*«

* „blätter des informationszentrums dritte welt"

Besuchen Sie uns bitte auf der Frankfurter BUCHMESSE, Stand 715 Halle 8.

»und unseren Verkaufsstand auf der GEGENBUCHMESSE«